

kommunalpolitisches
forum



Land Brandenburg e.V.



WALD·SOLAR·HEIM

Entdecke die Natur

Herausforderung Kommunalwald

kommunal- aktuell
04-07

Dokumentation der Redebeiträge der Kommunalwaldkonferenz des
„kommunalpolitischen forums Land Brandenburg“ e.V. und des Wald-Solar-Heims
vom 30. August 2007 im Wald-Solar-Heim Eberswalde

Impressum

Herausgeber: kommunalpolitisches forum Land Brandenburg e.V.

Kontakt: Geschäftsstelle, Heinersdorfer Straße 8, 16321 Bernau;

Tel./Fax.: 03338/459293-94; 459295

E-Mail: kf-land-brandenburg-ev@gmx.de

www.kf-land-brandenburg.de

V.i.S.d.P.: Steffen Friedrich

Redaktionsschluss: 16. Oktober 2007

Inhalt

Vorwort	2
Kommunalwald im Land Brandenburg – eine Bestandsaufnahme	3
Kommunalwaldbewirtschaftung im Spannungsfeld zwischen ökonomischen Zwängen und ökologischen Herausforderungen Einbindung forstlicher Wachstumsmodelle in die Entscheidungsfindung Prof. Dr. Martin Guericke	29
Ein Vermögen sichern - Stadforst Eberswalde Wolfram Simon	42
Intensivierung der Holznutzung – eine Chance für Brandenburg Kornelia Wehlan	46
Kommunalwald aus der Sicht der Kommune André Stahl	50
Holzindustrie - eine Wachstumsbranche Antje Maschmann-Fehrensens	52
Die Entwicklung des Stadforstes Nauen von der Bürde zur verlässlichen Wirtschaftsressource der Gemeinde Ilona Moritz	58

Vorwort

In aller Munde ist die Diskussion um die Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge der Kommunen für ihre Bürgerinnen und Bürger. Zahlreiche Aufgabenbereiche werden diskutiert und infrage gestellt. Nur selten gerät in dieser Diskussion die Frage in den Mittelpunkt, welche Verantwortung Land und Kommunen tragen, die Eigentümer von Waldflächen sind. Wir haben gemeinsam mit dem Wald-Solar-Heim Eberswalde Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Verwaltungen und der Forste eingeladen, um mit ihnen zu diskutieren, wie Kommunen auch oder gerade in Zeiten leerer Kassen ihre Verantwortung für den Wald wahrnehmen können und müssen. 55.858 ha Wald, das sind gerade einmal 5 Prozent des Gesamtbestandes unserer Wälder gehören Kommunen. Dies scheint nicht viel und doch ist es für jede einzelne Kommune ein hoher Wert, der mit einer hohen Verantwortung verbunden ist. Da geht es um die Frage, ob ein Verkauf des Kommunalwaldes die leeren Kassen füllen kann, oder ob bei einer 100-prozentigen Durchforstung die Kosten und Erträge vertretbar sind, oder ob und wie der Wald in Gemeinsamkeit mit den verschiedenen Nutzern nachhaltig genutzt, gehegt und gepflegt werden kann. Nicht nur die sich widerstreitenden Interessen der Nutzer, wie erholungssuchende Spaziergänger, Jäger, Reiter, Gespannfahrer, Forstarbeiter sondern auch die Interessen der unterschiedlichen Eigentümer, die eng beieinander liegen gilt es dabei unter einen Hut zu bekommen. Klar ist, mehr denn je gilt der Wald neben seinen Erholungsfaktoren auch als Wirtschaftsfaktor für Kommunen. Dafür wollten wir den Blick schärfen und Anregungen für einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit den Wäldern der Kommunen, aber auch der Privatbesitzern vermitteln. Lesen Sie selbst, ob uns dies gelungen ist.

Margitta Mächtig

Vorsitzende des „kommunalpolitischen forums Land Brandenburg“ e.V.

Prof. Dr. Klaus Höppner

**Kommunalwald
im Land Brandenburg heute –
eine Bestandsaufnahme**

**Kommunalwaldkonferenz am 30.08.2007
Wald-Solar-Heim Eberswalde**

Inhaltsübersicht

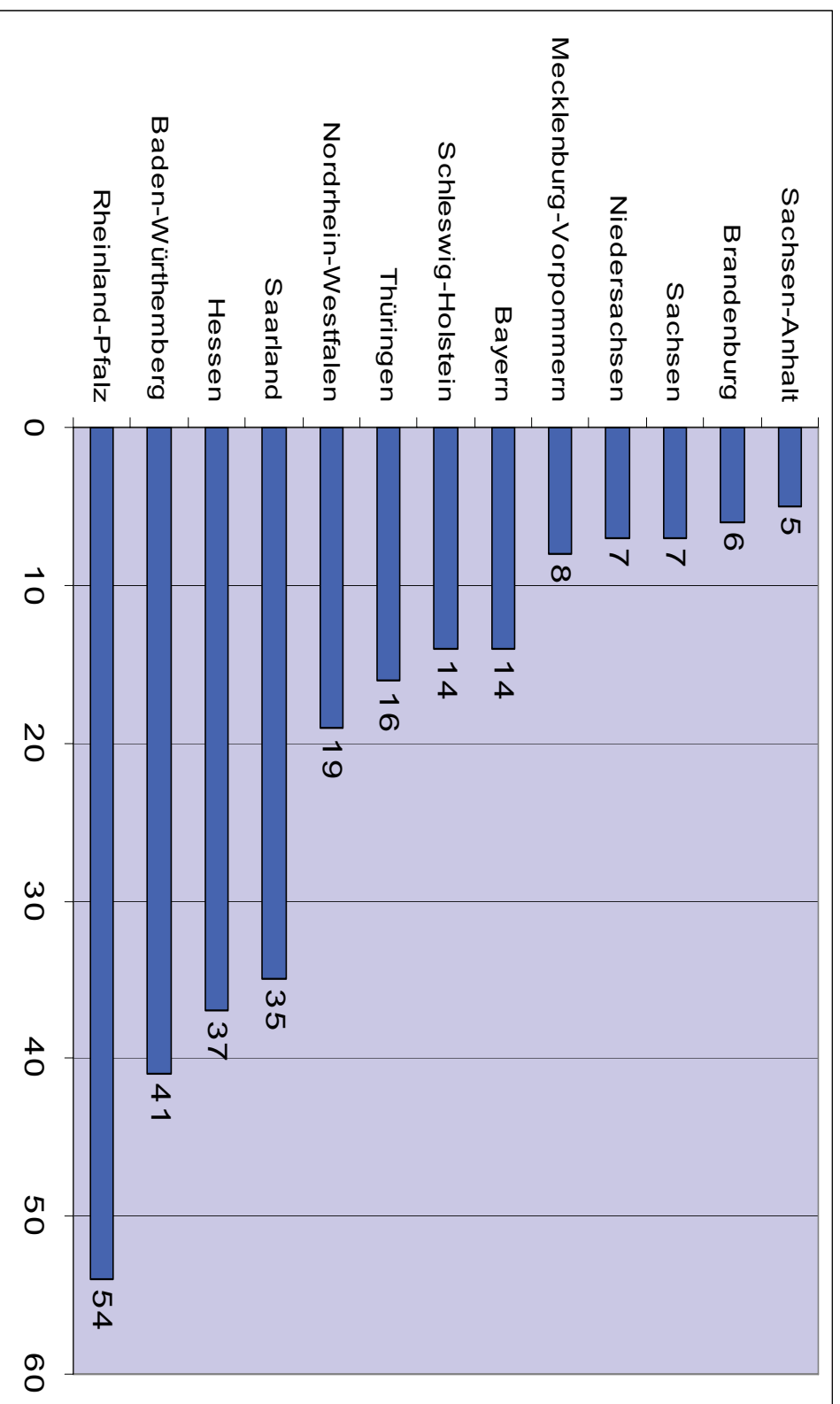
- **Rechtliche Grundlagen**
- **Natürliche Verhältnisse**
- **Wirtschaftliche Betrachtungen (TBN Forst BMELV)**
- **Fazit**

Waldeigentumsarten und Waldbesitzer

(2) Körperschaftswald im Sinne dieses Gesetzes ist Wald, der im Alleineigentum der Städte und Gemeinden, der Gemeindeverbände, der Zweckverbände sowie sonstiger Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts steht.

§ 3 LWaldG Bbg. v. 20.04.2004

Prozentualer Anteil des Körperschaftswaldes an der Gesamtwaldfläche der Bundesländer

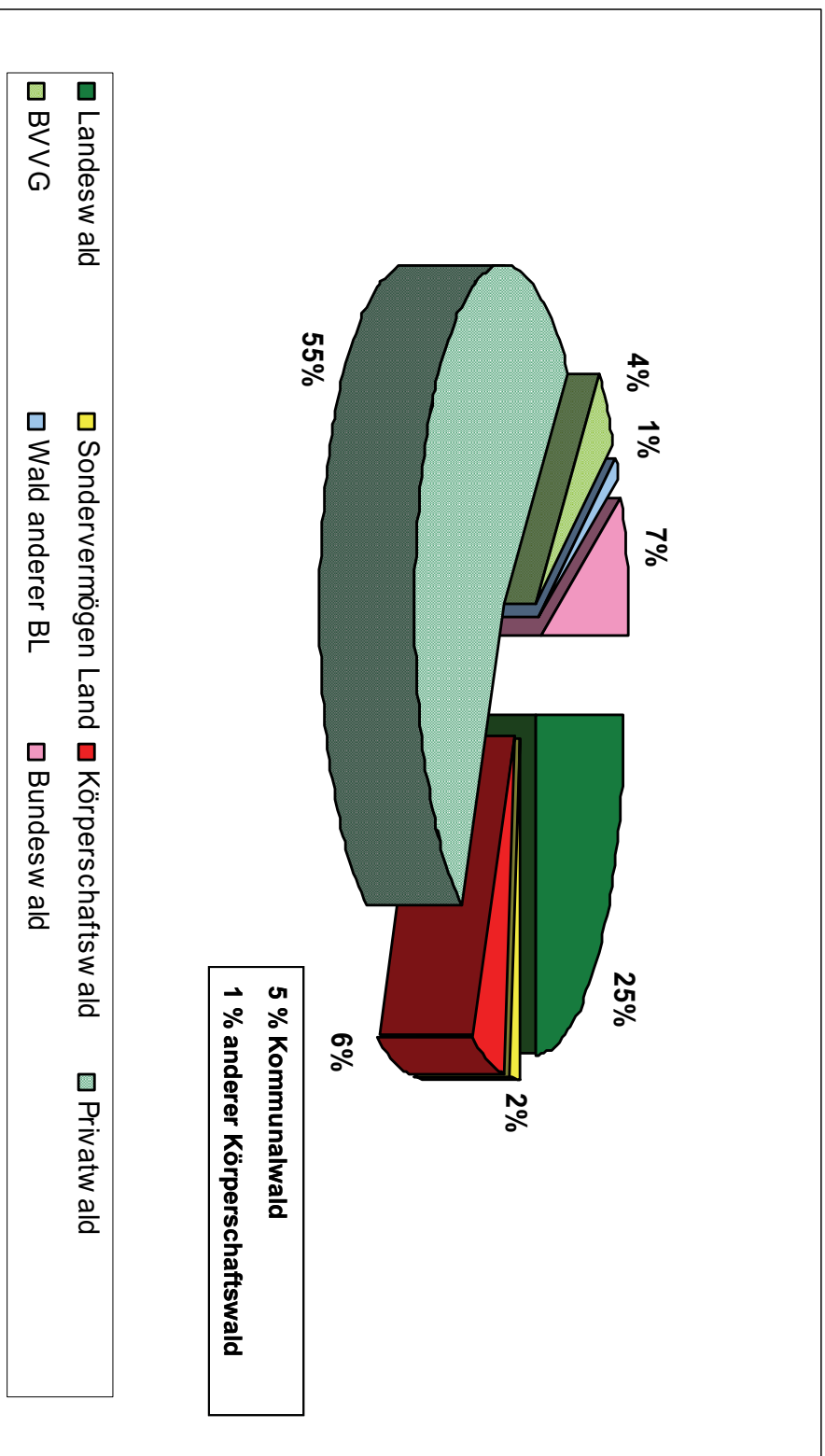


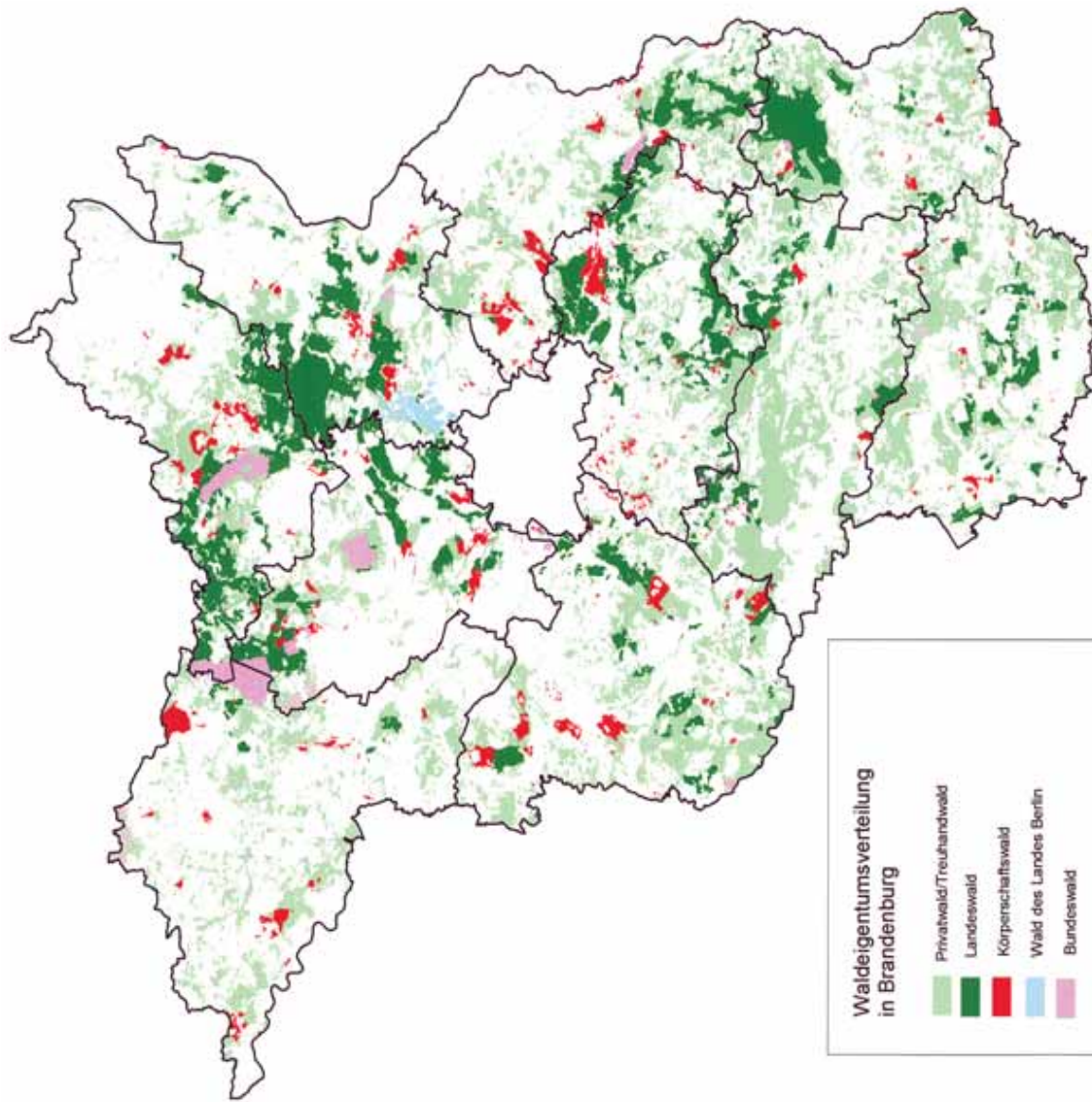
Der Körperschaftswald als eine von drei bestimmenden Waldbesitzarten auch im Land Brandenburg hat einen Anteil an der Gesamtwaldfläche von etwa 6 %, das sind 67.217 ha.

Davon befinden sich 55.858 ha, das sind ca. 5 % der Gesamtwaldfläche, im Eigentum der Städte und Gemeinden.

Im Land Brandenburg gibt es 516 kommunale Waldeigentümer, von denen 46 über 200 ha besitzen.

Waldeigentum in Brandenburg



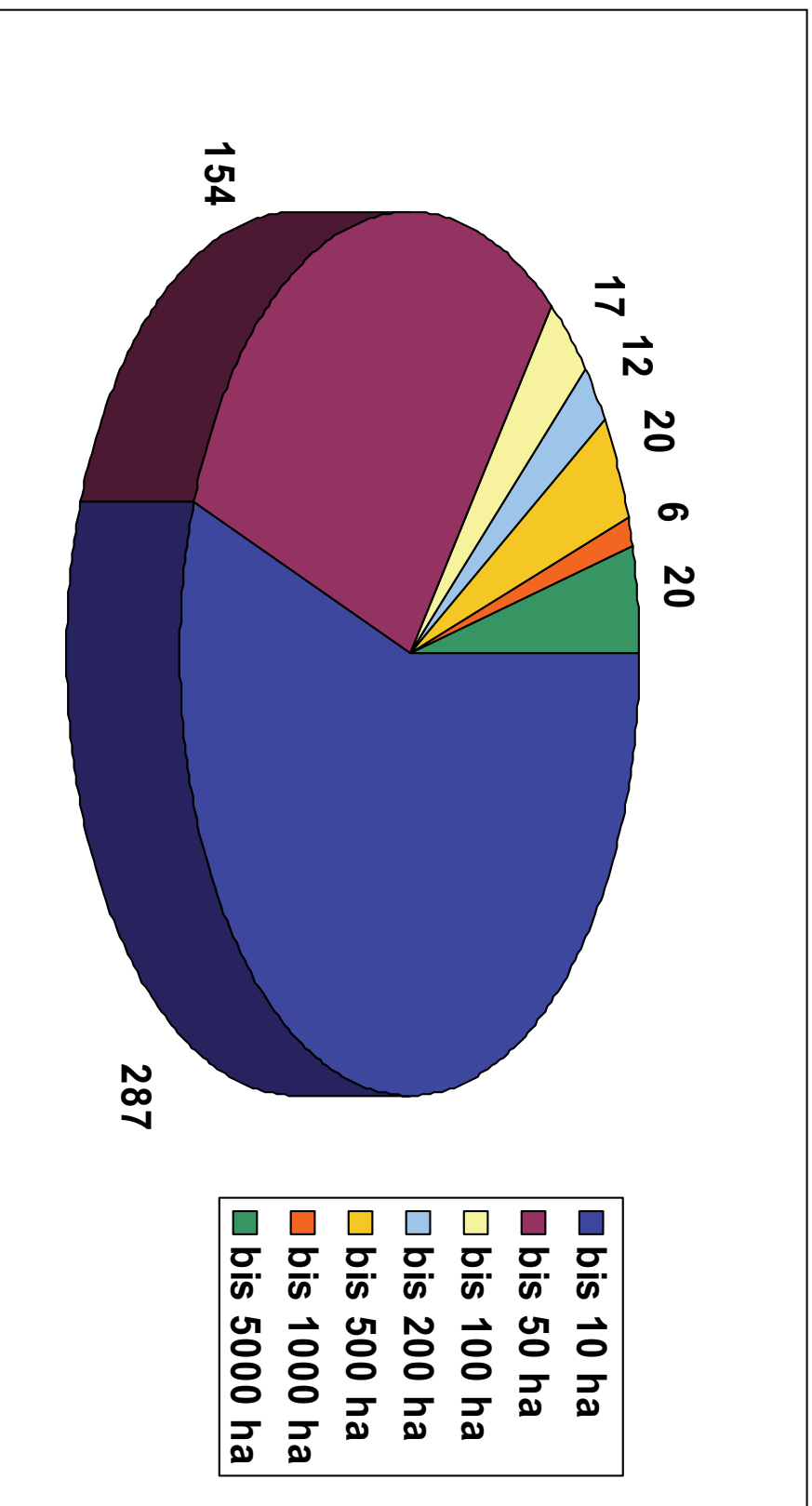


**Waldeigentumsverteilung
in Brandenburg**

- Privatwald/Treuhandwald
- Landeswald
- Körperschaftswald
- Wald des Landes Berlin
- Bundeswald
- Grenze der Ämter für Forstwirtschaft

Quelle: Landesforstanstalt Eberswalde
ANZ: Waldentwicklungsplanung
Stand: 01.01.2002

Anzahl der Kommunalwaldbetriebe nach Größe



Zielsetzungen im Körperschaftswald

Der Körperschaftswald soll dem Allgemeinwohl in besonderem Maße dienen und nachhaltig bewirtschaftet werden. Seine wirtschaftlichen Potenziale sollen entsprechend den standörtlichen Bedingungen unter besonderer Beachtung der Schutz- und Erholungsfunktion ausgeschöpft werden.

27 LWaldG Bbg. v. 20.04.2004

Die Forstbehörden haben die Aufgabe, Waldbesitzer durch Rat und Anleitung bei der Bewirtschaftung des Waldes und bei der Erfüllung der ihnen nach diesem Gesetz obliegenden Pflichten zu unterstützen. Rat und Anleitung sind kostenfrei. Die Forstbehörden unterstützen diejenigen Waldbesitzer durch tätige Mithilfe gegen Entgelt, bei denen diese Leistung wegen struktureller Nachteile regelmäßig nicht von Dritten übernommen wird oder die tätige Mithilfe aus forstlicher Sicht erforderlich ist.

§ 28 LWaldG Bbg. v. 20.04.2004

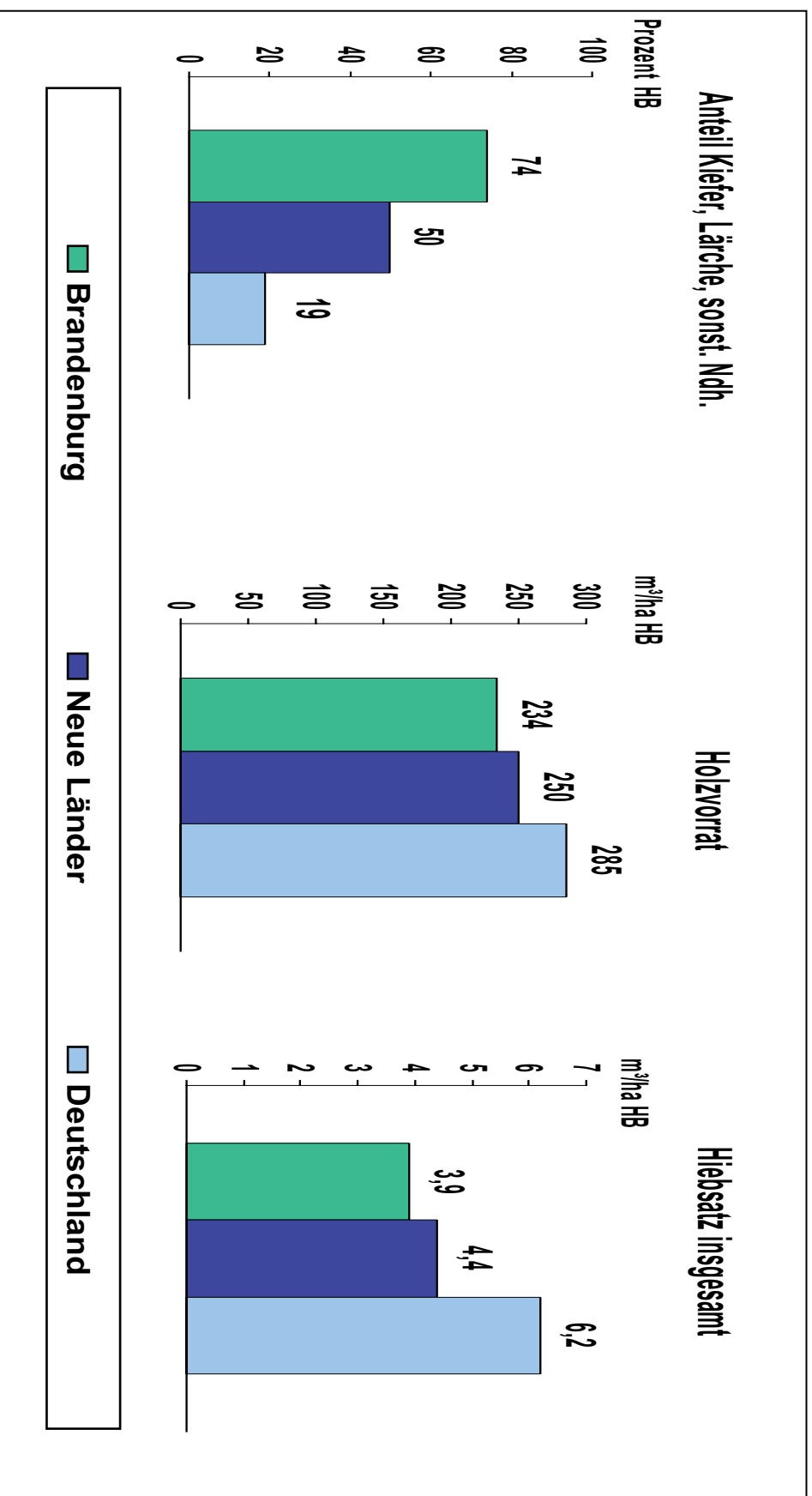
BMELV-Testbetriebsnetz Forstwirtschaft Land Brandenburg

Teilnehmende kommunale Forstbetriebe im Jahr 2005

- Anzahl: 14
(= ca. 30 % der kommunalen Forstbetriebe über 200 ha Waldfläche)
- Waldfläche insgesamt: 21.147 ha
(= ca. 38 % der Kommunalwaldfläche insgesamt;
= ca. 45 % der Waldfläche der kommunalen Forstbetriebe über 200 ha Waldfläche)
- Durchschnittliche Waldfläche je Betrieb: 1.511 ha

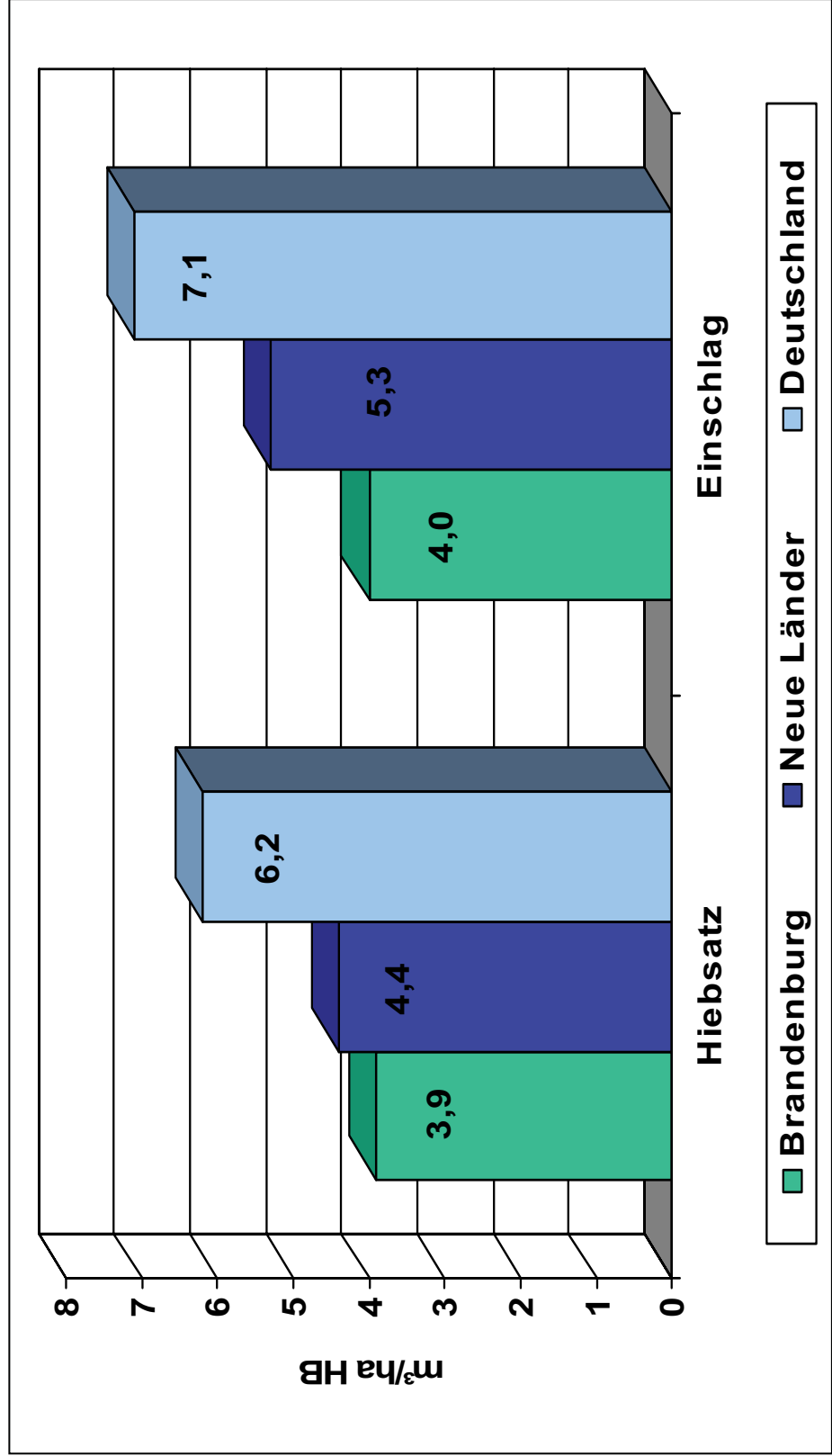
Kiefernanteil, Holzvorrat und Hiebsatz – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



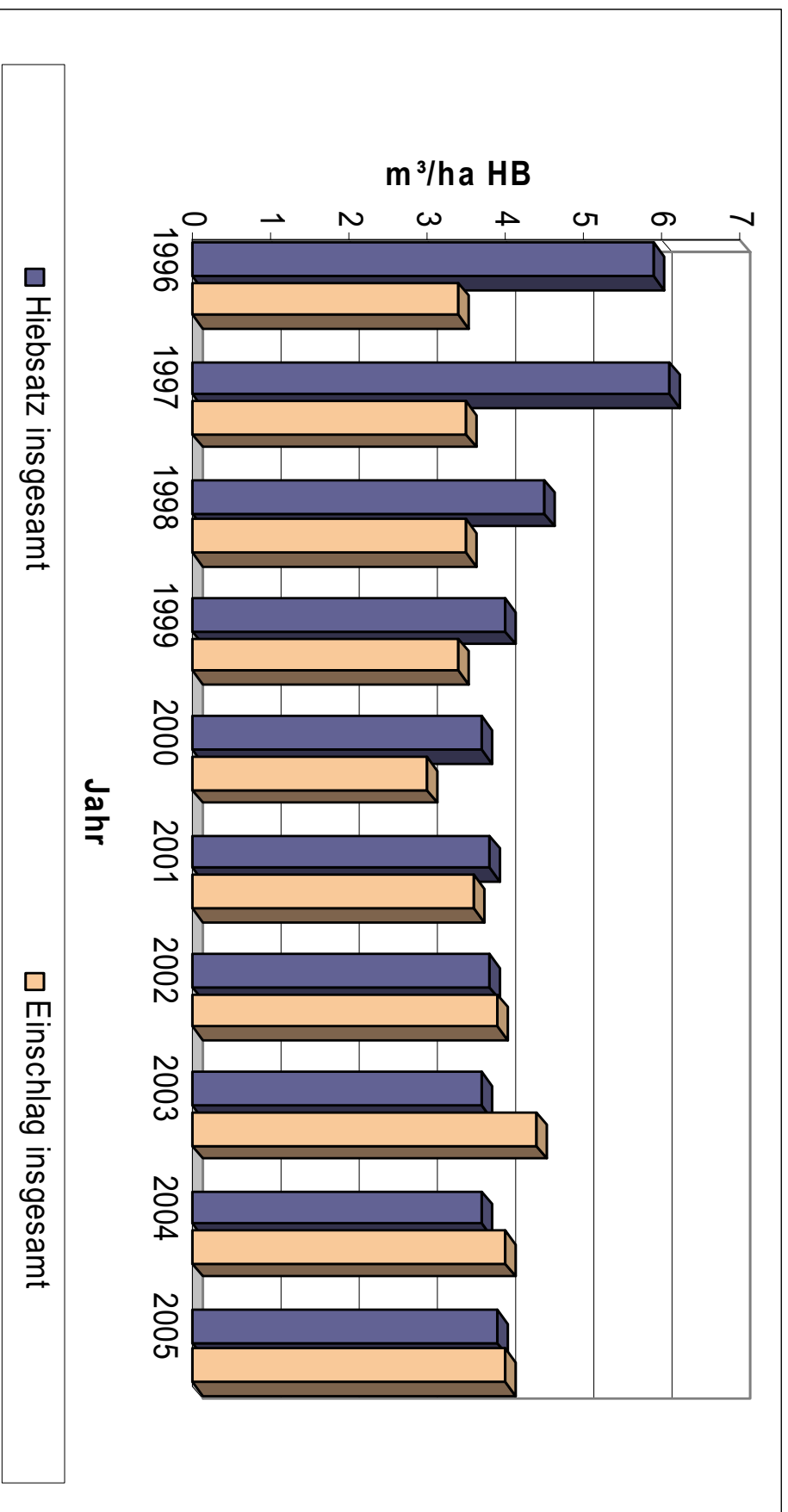
Hiebsatz und Einschlag – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



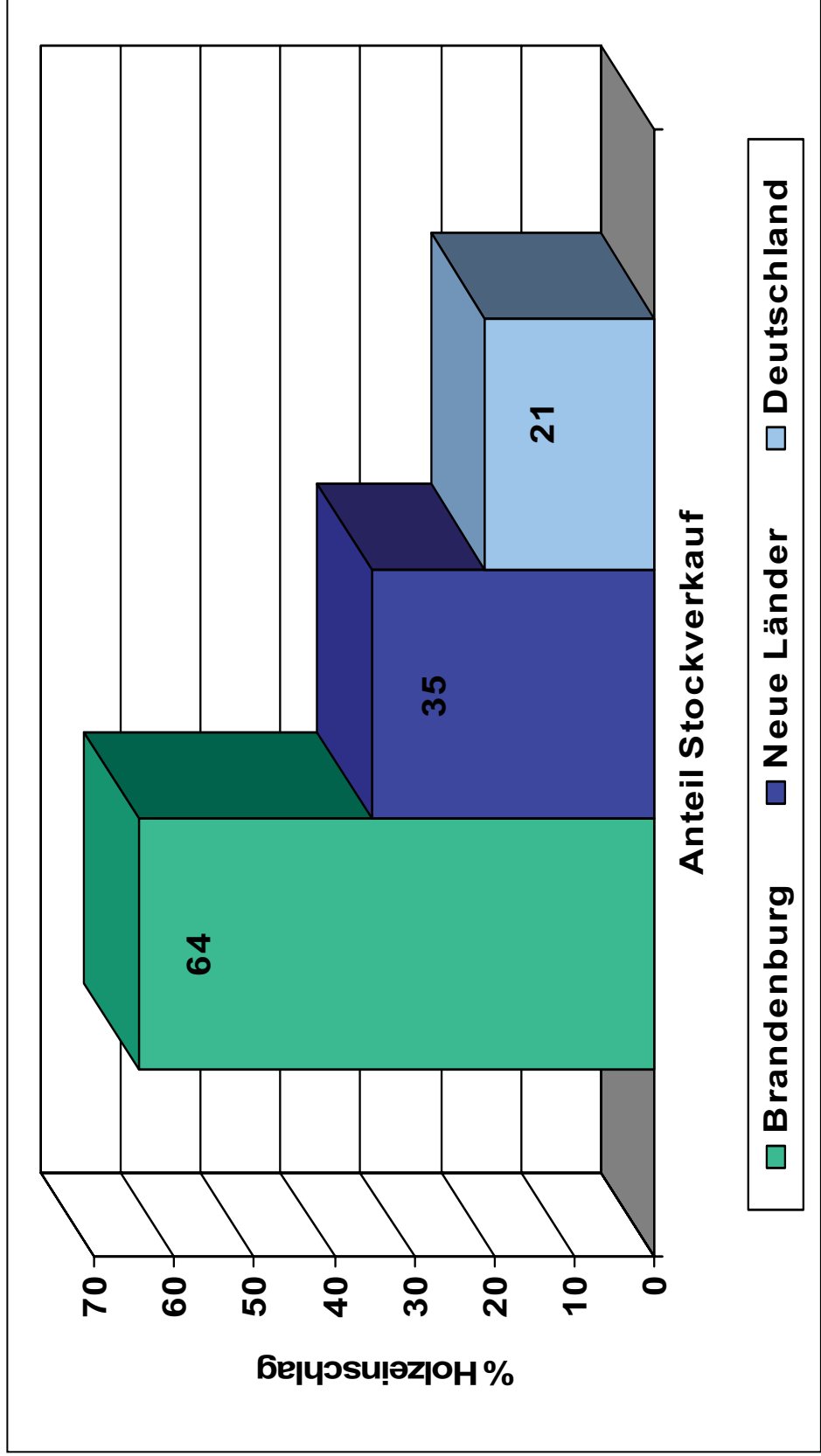
Hiebsatz und Einschlag im Kommunalwald Land Brandenburg

Quelle: BMELV-TBN Forst



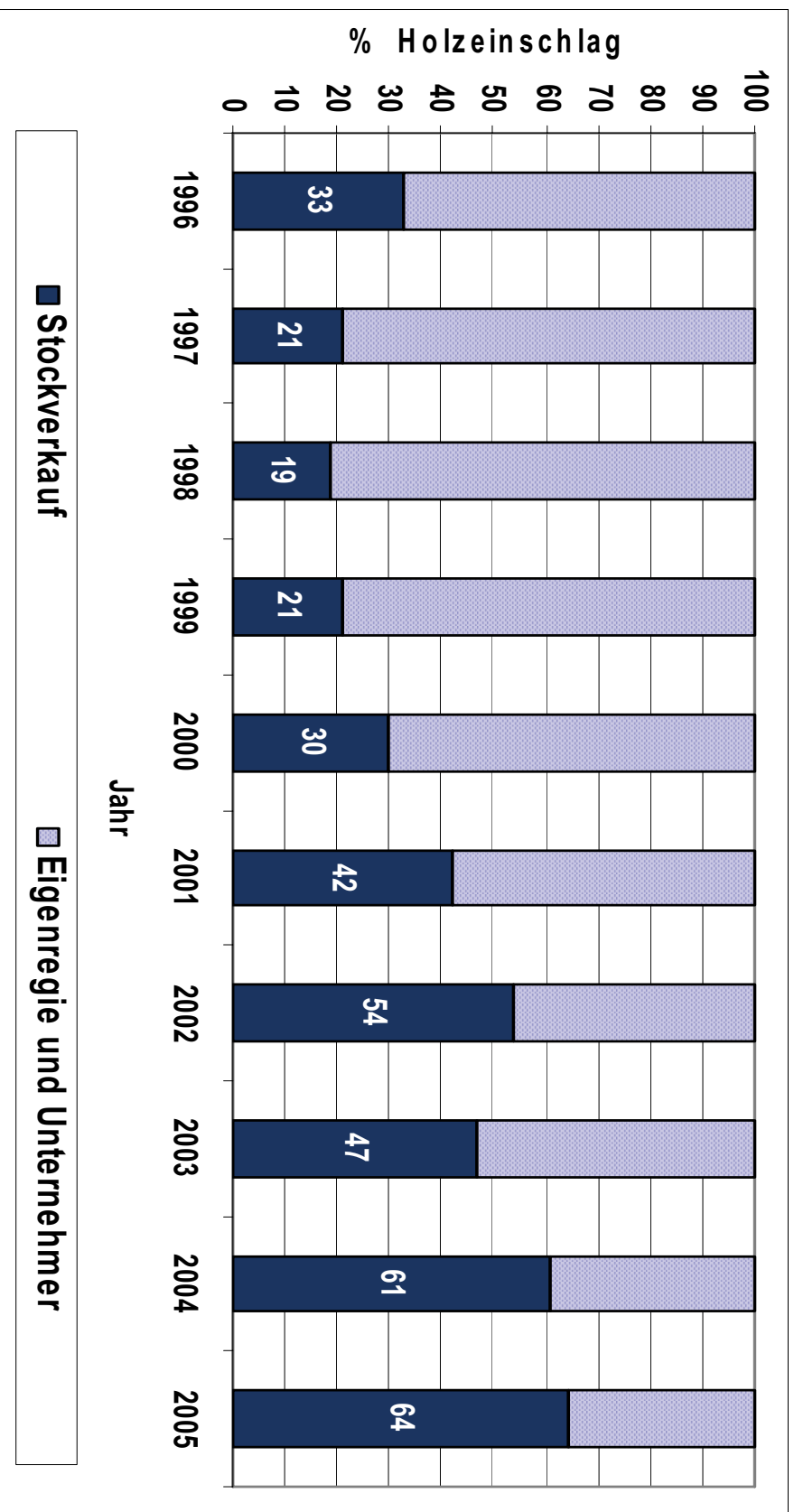
Anteil Stockverkauf am Holzeinschlag – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



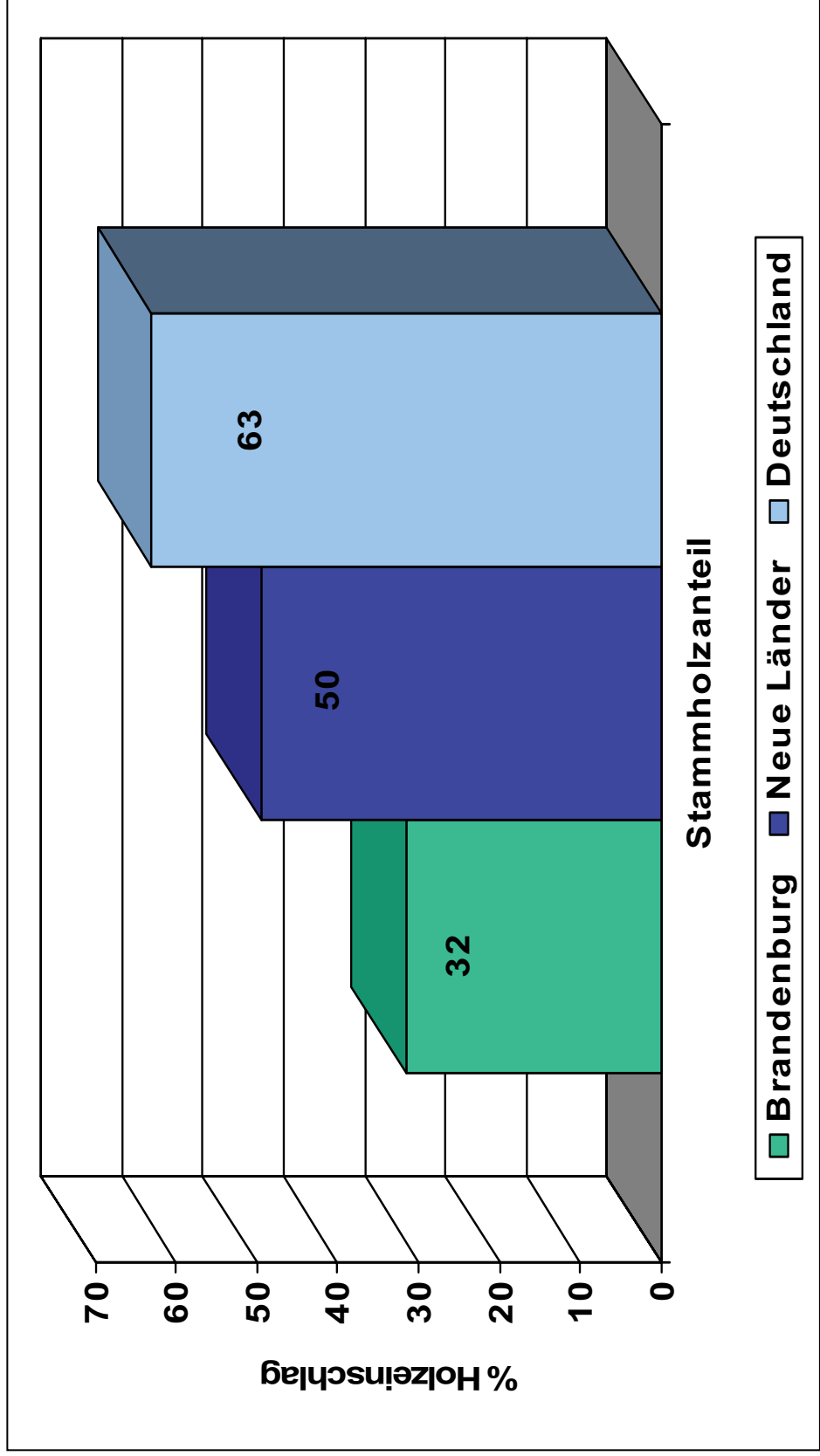
Anteil Stockverkauf am Holzeinschlag im Kommunalwald Land Brandenburg

Quelle: BMELV-TBN Forst



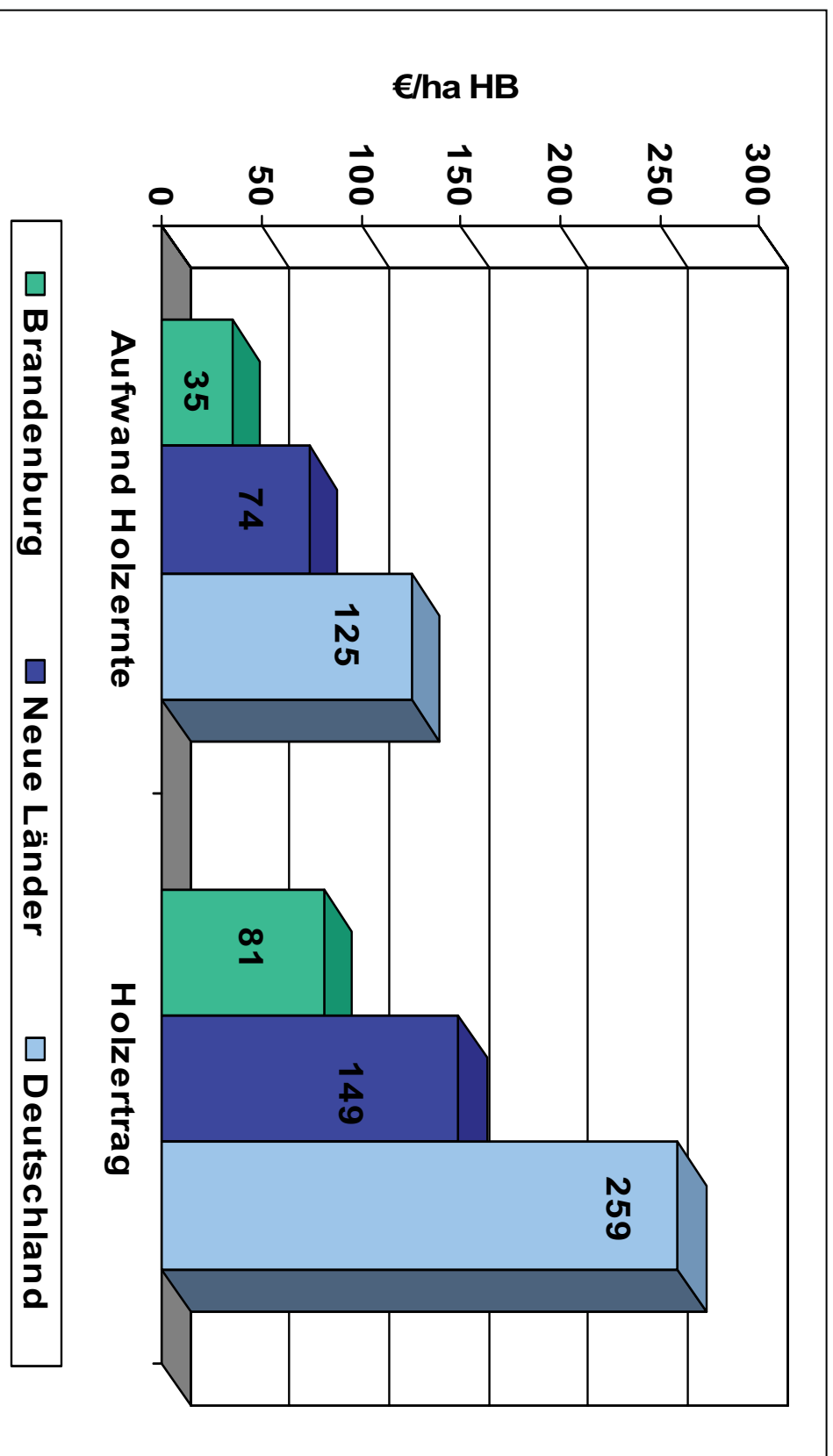
Anteil Stammholz am Holzeinschlag – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



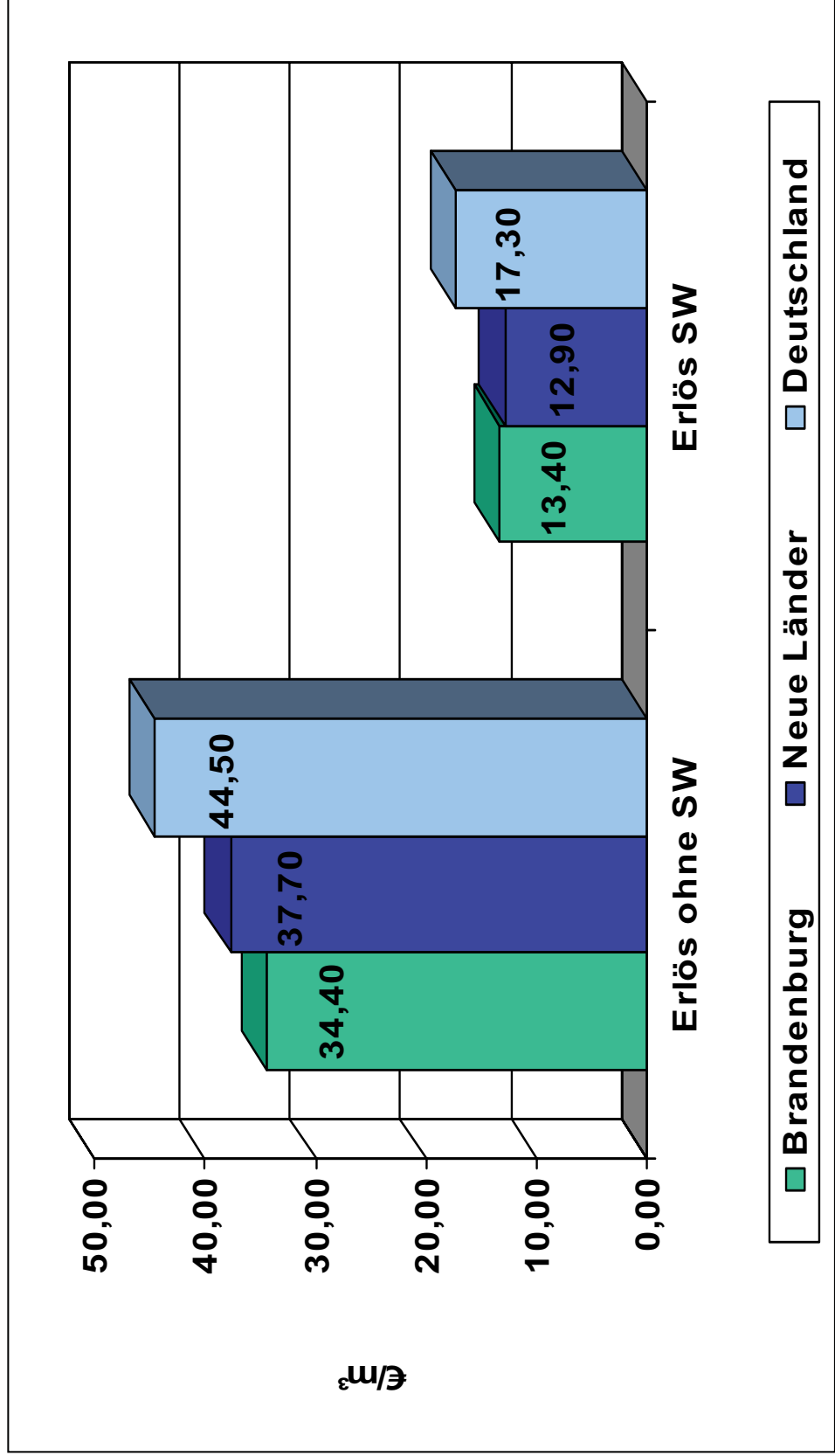
Aufwand Holzernte und Holzertrag – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



Verkaufserlöse Holz – Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald

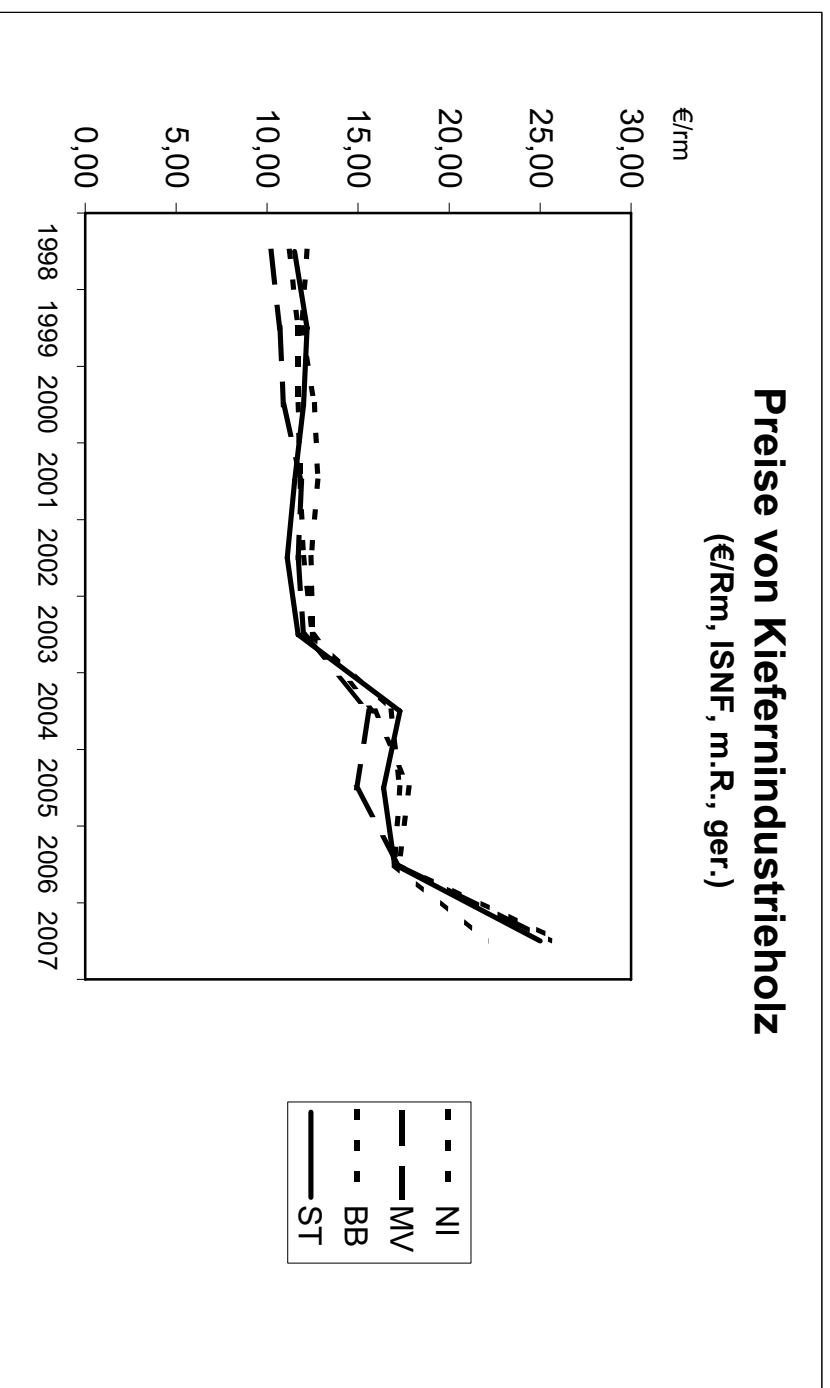


Entwicklung der Kiefernindustrieholzpreise

Quelle: Dr. Thomas Gottlob

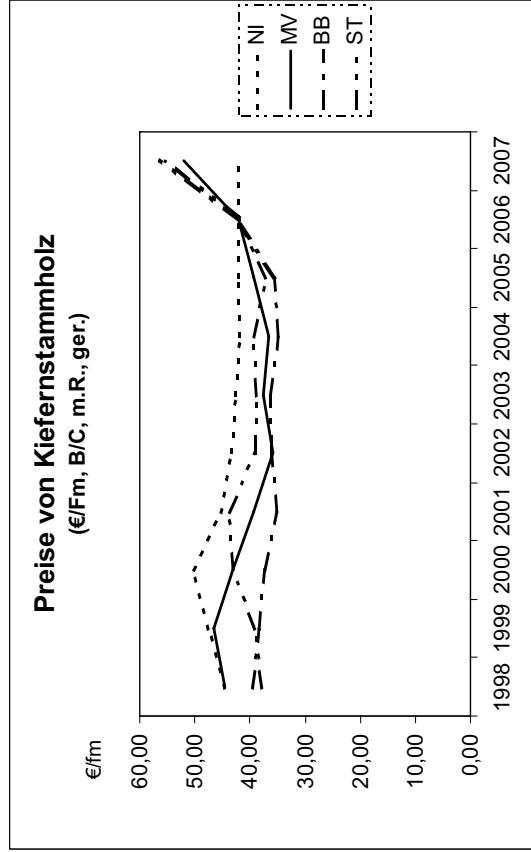
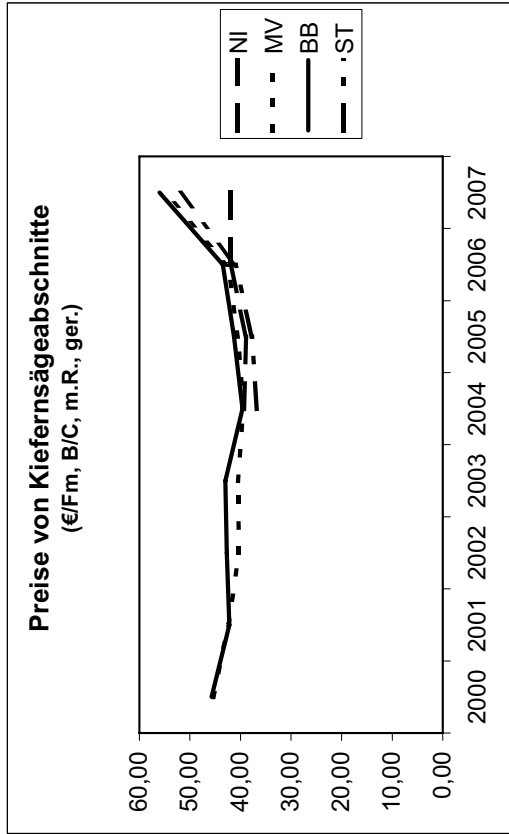
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern, AöR

Malchin (2007)



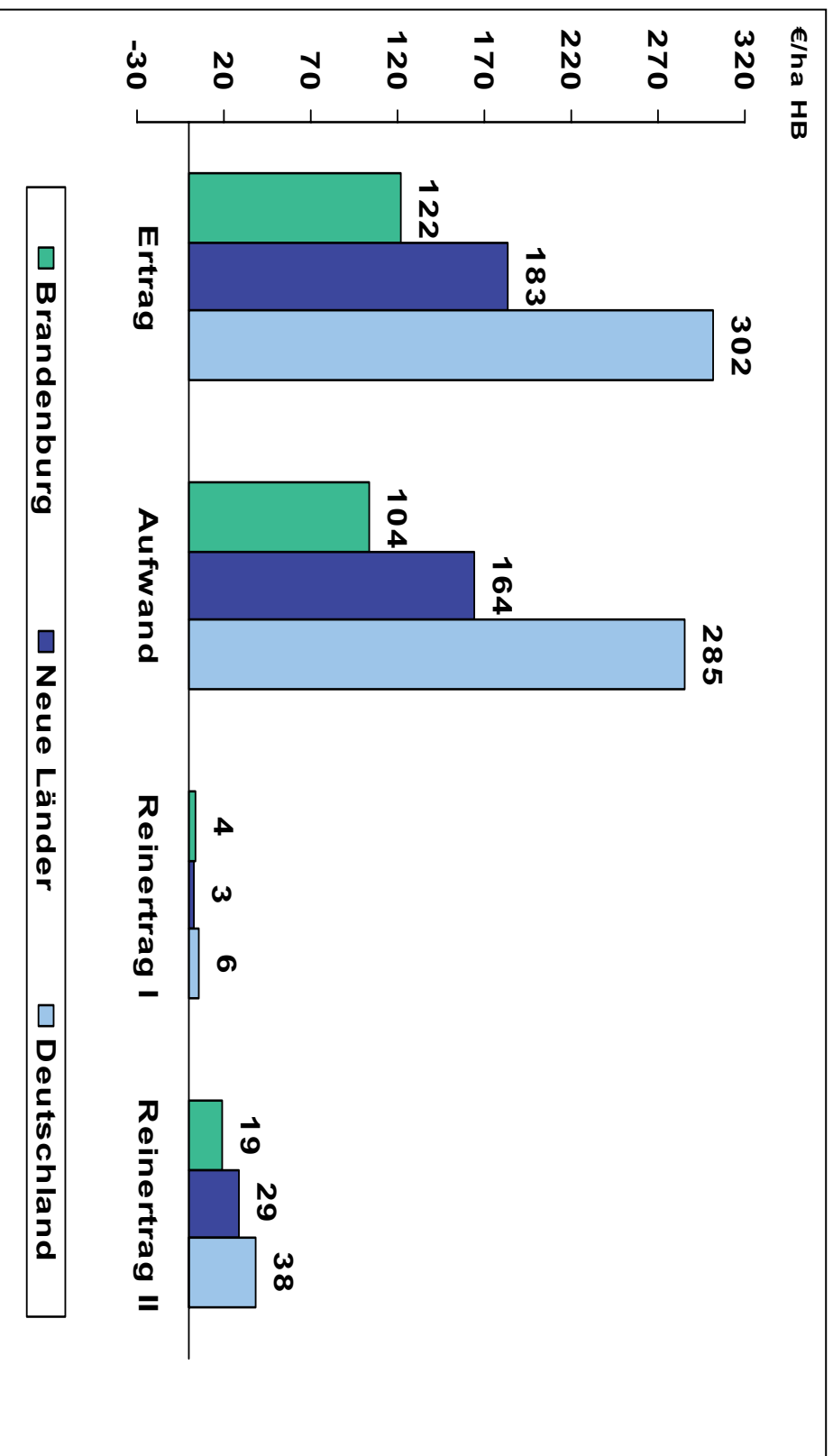
Entwicklung der Kiefersägeholzpreise

Quelle: Dr. Thomas Gottlob
Landesforst Mecklenburg-Vorpommern, AÖR
Malchin (2007)



Einkommensanalyse Produktbereiche 1 bis 3 - Jahr 2005

Quelle: BMELV-TBN Forst, Körperschaftswald



Förderung von kommunalen Forstbetrieben im Land Brandenburg

		Haushaltsjahr			
		2004	2005	2006	2007
	Anzahl Bewilligungen	19	15	14	1
GAK	Betrag in €	59.000	82.000	59.000	500
dav. Anzahl	Kulturpflege	8	6	8	1
	Waldumbau	8	7	4	
	Jungbest. Pflege	3	2	2	
EAGFL	Anzahl Bewilligungen	6	31	30	2
	Betrag in €	119.000	358.000	131.000	82.000
dav. Anzahl	Weg/Löschw.stell.	6	5	10	2
	Biotopbäume	0	26	20	0
	Summe in €	178.000	440.000	190.000	82.500

Die wirtschaftliche Situation der kommunalen Forstbetriebe hat sich durch die Senkung der Aufwände und die gestiegenen Holzpreise der letzten Jahre etwas verbessert.

Die Ergebnisse des BMELV-Testbetriebes Forst für Brandenburg zeigen, dass der Kommunalwald im Jahr 2005 in den Produktbereichen 1 bis 3 die „schwarze“ Null erreicht hat.

Zusammenfassung

- Der Körperschaftswald als eine von drei bestimmenden Waldbesitzarten auch im Land Brandenburg hat einen Anteil an der Gesamtwaldfläche von etwa 6 %, das sind 67.217 ha.
- Davon befinden sich 55.858 ha, das sind ca. 5 % der Gesamtwaldfläche, im Eigentum der Städte und Gemeinden.
- Die aktuelle Flächeninventur weist für Brandenburg 516 waldbesitzende Kommunen aus. 46 Betriebe besitzen eine Waldfläche von mehr als 200 ha, davon haben 20 Kommunen eine Waldfläche über 1.000 ha.
- In 36 kommunalen Forstbetrieben (18.680 ha) erfolgen Betriebsleitung und –vollzug durch die ÄfF. 37 Kommunen (2.706 ha) lassen die Betriebsleitung, 4 Kommunen (307 ha) den Betriebsvollzug für ihren Wald durch die ÄfF durchführen.

Zusammenfassung

- Die betriebswirtschaftliche Situation der kommunalen Forstbetriebe ist ab 2005 nicht mehr defizitär. Das ist umso mehr bemerkenswert, da im Zeitraum der vergangenen 5 Jahre die Inanspruchnahme von Fördermitteln eine stark rückläufige Tendenz hat. Dennoch wurde 2005 in den Produktbereichen 1 bis 3 die „schwarze Null“ erreicht.
- Die naturale Ausstattung der kommunalen Forstbetriebe in Brandenburg sowie die Holzpreisentwicklung lassen mittelfristig durchaus eine weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarten. Dennoch sollten eine weitere Kostenreduzierung und die Erschließung zusätzlicher Geschäftsfelder erreicht werden.

Kommunalwaldbewirtschaftung im Spannungsfeld zwischen ökonomischen Zwängen und ökologischen Herausforderungen

Einbindung forstlicher Wachstumsmodelle in die Entscheidungsfindung

Prof. Dr. Martin Guericke, FH Eberswalde

Sehr geehrte Frau Mächtig, sehr geehrte Damen und Herren,

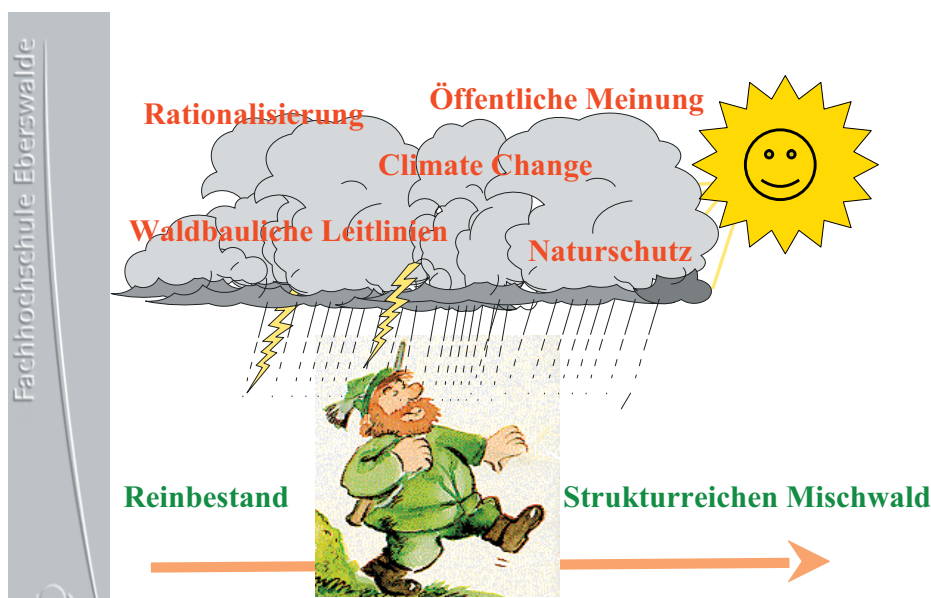
Ich bedanke mich für die freundliche Einladung und Begrüßung zum diesjährigen Kommunalpolitischen Forum hier in Eberswalde.

Es ist mir eine große Ehre und ein besonderes Vergnügen Ihnen heute sogar einen kleinen Vortrag unter dem Titel „Kommunalwaldbewirtschaftung im Spannungsfeld zwischen ökonomischen Zwängen und ökologischen Herausforderungen – die Einbindung forstlicher Wachstumsmodelle in die Entscheidungsfindung“ präsentieren zu dürfen.

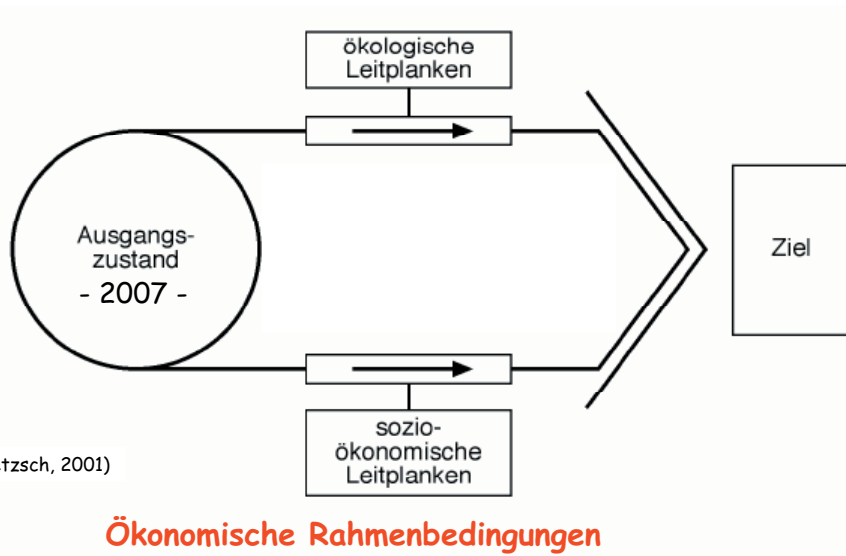
Vielleicht kurz zu meiner Person, meinem beruflichen Werdegang/Hintergrund: Ich war die letzten 17 Jahre in Niedersachsen in der Forstverwaltung beschäftigt, u. a. in der Forsteinrichtung, in der Forstlichen Versuchsanstalt und als Dezernent im Forstbetrieb, hier zuständig u. a. für die Betreuung von Genossenschaftswald. Vor knapp einem Jahr, zum 1. September 2006 wurde ich dann auf den Lehrstuhl für Waldwachstumskunde an der Fachhochschule Eberswalde berufen. Ich habe die Nachfolge von Prof. Lockow angetreten, wobei sich im Gegensatz zu meinem Vorgänger meine Stelle / Aufgabe zu 100% auf die Tätigkeit an der Fachhochschule konzentriert.

Ich habe den Vortrag gerne angenommen, um mich im Rahmen der Vorbereitungen etwas intensiver mit den forstlichen Verhältnissen, speziell im Kommunalwald, in Brandenburg auseinanderzusetzen, bitte aber schon im Vorfeld um Verständnis um Nachsicht, wenn Sie ggf. noch mehr Detailwissen erwarten, die Nuancen und gewachsenen Feinheiten, mit denen kann ich mit 11 Monaten Berufserfahrung in Brandenburg heute und an dieser Stelle noch nicht aufwarten.

Wie könnte man Ihre / unsere Ausgangssituation beschreiben? Wir befinden uns auf dem Weg, haben die Aufgabe geschultert, die auf großen Flächen vorhandenen Reinbestände in strukturreiche, stabile Mischwälder umzubauen. Dabei stehen wir im wahrsten Sinne des Wortes im Regen, manchmal könnte man meinen, es ist ein Gewitter, was da auf uns prasselt. Rationalisierungsdruck, Verwaltungsumbau, Belange des Naturschutzes wie Natura 2000 die Ausweisung von FFH-Gebieten, Öffentliche Meinung oft im Kommunalwald noch einflussreicher als im Privat- oder Landeswald, veränderte Waldbauliche Leitlinien (Stichwort „Grüner Ordner“) und seit geraumer Zeit die angeschobene Diskussion um Climate Change und die Folgen auf unsere Waldökosysteme. (Abb. 1)



Waldbewirtschaftung im Spannungsfeld



(nach Pretzsch, 2001)

Ökonomische Rahmenbedingungen



Einführung

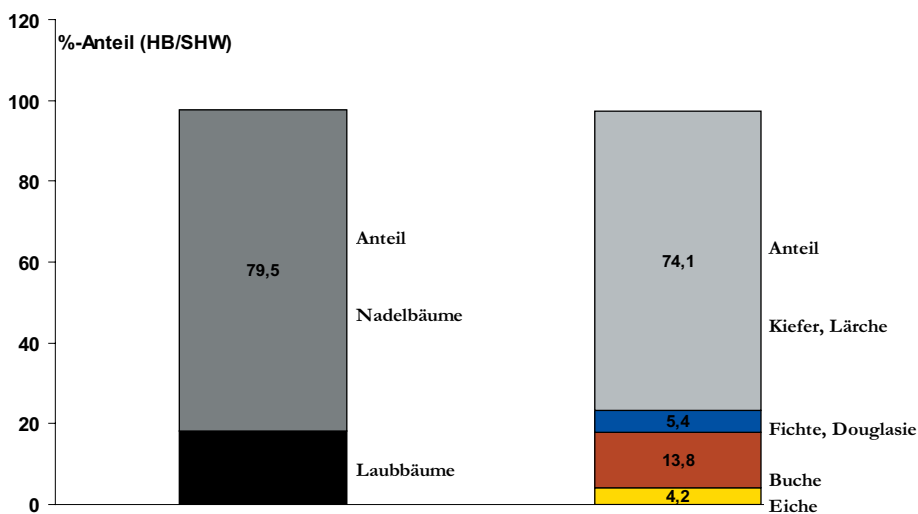
Prof. Dr. M. Guericke

Kommunalwaldbewirtschaftung oder ganz allgemein ausgedrückt „Waldbewirtschaftung“ bewegt sich in einem Korridor zwischen den ökonomischen Rahmenbedingungen (sozio-ökonomischen Leitplanken) einerseits und den ökologischen Leitplanken oder Herausforderungen andererseits. Vereinfacht bewegen wir uns dabei von einem Ausgangszustand im Jahr 2007 auf ein Ziel hin, ein Zielzustand der auf Grund der vergleichsweise langen forstlichen Produktionszeiträume im Wald natürlich auch Geduld erfordert und das wir nur allmählich erreichen werden. D.h. aber auch bei der Umsetzung sind Geduld und Weitsicht gefragt. (Abb. 2)

Naturale Ausgangssituation - Baumartenzusammensetzung und Vorrat

Baumartenzusammensetzung Körperschaftswald, 2005

[Quelle: TBN, LFE Eberswalde]



Holzvorrat Körperschaftswald 2005 - 234 m³/ha HB (Quelle TBN, LFE Eberswalde)



Ökonomische Rahmenbedingungen

Prof. Dr. M. Guericke

Wie lassen sich die ökonomischen Rahmenbedingungen beschreiben, ohne den zeitlichen Rahmen meines Vortrages zu sprengen. (Abb. 3)

Die ökonomischen Rahmenbedingungen werden natürlich ganz entscheidend von der naturalen Ausgangssituation, sprich der aktuellen Baumartenzusammensetzung bestimmt, hier dargestellt die Baumartenzusammensetzung im Körperschaftswald 2005, auf Grundlage der Daten des Testbetriebsnetzes in Brandenburg (Forstbetriebe ab 200 ha Wald). Die Situation ist bekannt und charakterisiert durch den hohen Nadelbaumanteil (knapp 80%) mit dem Schwergewicht auf die Kiefer, und rd. 20% Laubbäume, wobei der Buchenanteil gegenüber dem Eichenanteil dominiert.

Weiteres Charakteristikum sind die steigenden Holzvorräte im Körperschaftswald. Der Holzvorrat ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen auf inzwischen 234 Festmeter je Hektar Holzbodenfläche 2005. Der kontinuierlich steigende Holzvorrat erklärt sich aus dem bekannten Altersklassenaufbau. Im wesentlichen ist diese charakterisiert durch den deutlichen Überhang im Nadelholz (Kiefer) in der dritten Altersklasse 41-bis 60-jährig. Es ist ein weiterer Vorratsaufbau zu erwarten.

Die Ertragsseite (Abb 4)

Der Einschlag hat sich nach dem Kalamitätsjahr 2003 auf 4 Fm je ha Holzbodenfläche eingependelt, die dargestellten Hiebsätze schwanken zwischen 3,9 und 3,7 Fm je ha Holzbodenfläche (statistische Verschiebungen im Hintergrund).

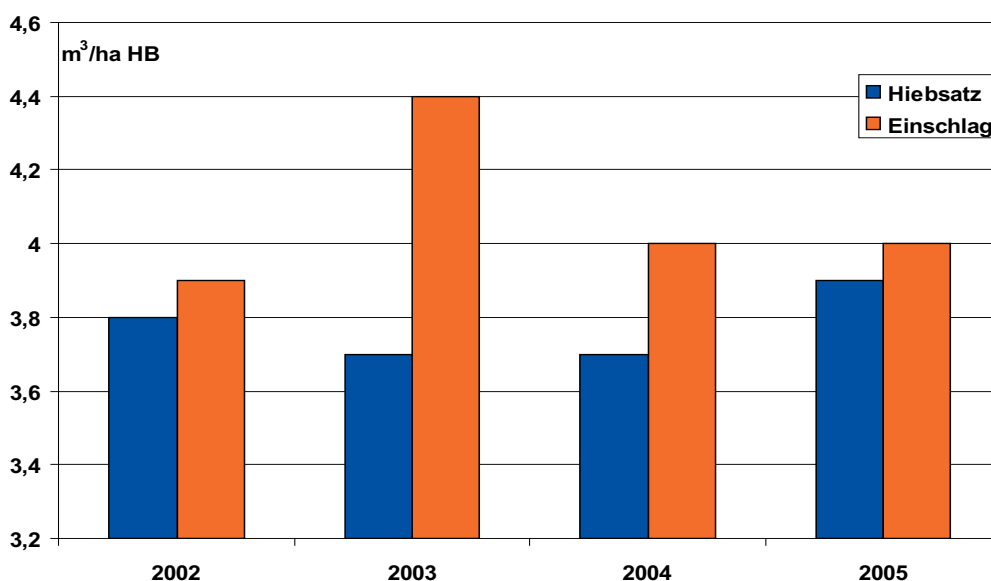
Der Körperschaftswald in BB repräsentiert eine Fläche von rd. 60.000 ha (rd. 45 Kommunen), die demzufolge einen jährlichen Einschlag von rd. 250.000 Fm realisieren.

Die Holzerlöse schwanken zwischen 27 € (Fichte) und 44 € / Fm (Eiche), im Durchschnitt wurden in 2005 34 € je Fm ohne Selbstwerbung erzielt. (In 2004 waren es immerhin 37 €, in 2003 hingegen lediglich 26 € je Fm). Das verdeutlicht die starken Preisschwankungen, die durch Kalamitäten (2003) bzw. anziehende Nachfrage in 2005 bedingt werden.

Ertragsseite - Einschlag und Erlös aus dem Holzverkauf

Hiebsatz und Einschlag Körperschaftswald 2002 - 2005

(Quelle TBN, LFE Eberswalde)



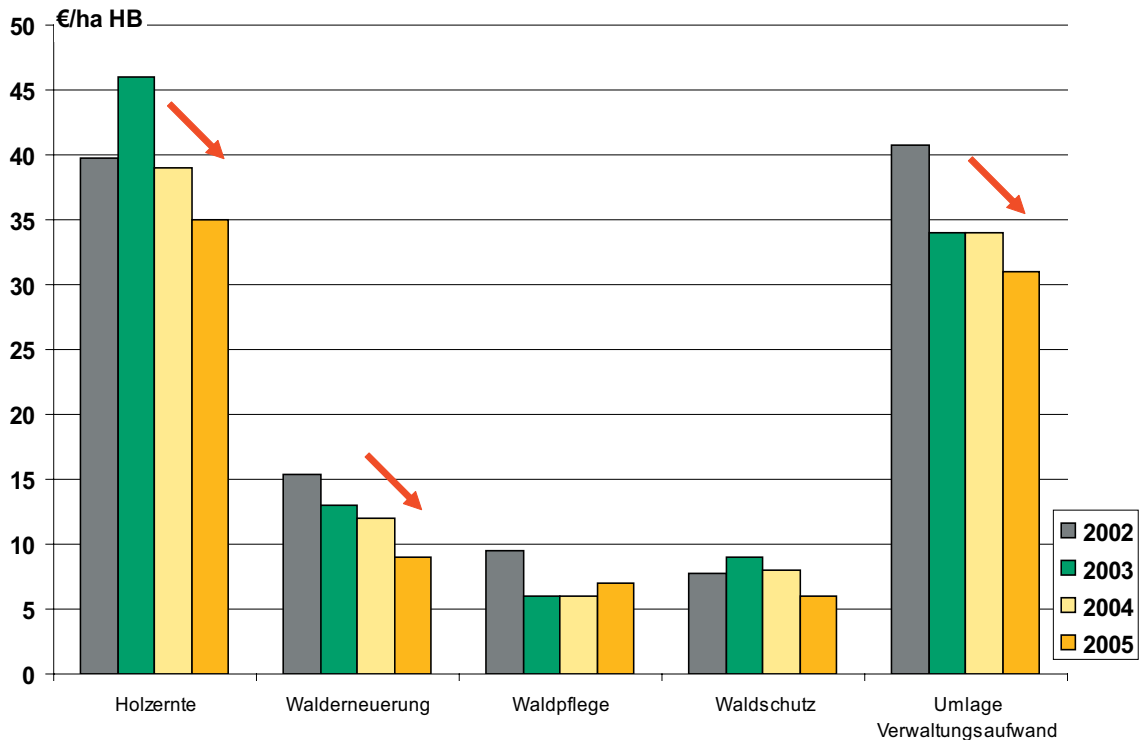
Erlöse aus dem Holzverkauf 2005 - **34,4 €/m³**

(Quelle TBN, LFE Eberswalde)

Betrieblicher Aufwand

Aufwand Produktbereich 1 Körperschaftswald 2002 - 2005

(Quelle TBN, LFE Eberswalde)



Ökonomische Rahmenbedingungen

Prof. Dr. M. Guericke

Wie sieht es mit der betrieblichen Aufwandsseite (Abb. 5) aus? Auch hierfür habe ich auf die Daten des Testbetriebsnetzes Brandenburg zurückgegriffen und folgende Zeitreihe von 2002 bis 2005 erstellt. Betrachtet man den Aufwand im Produktbereich 1 in der Zeitreihe ab 2002, so zeigen sich die folgenden Tendenzen:

Abnehmender Aufwand in der Holzernte – eine Folge des gesteigerten Maschineneinsatzes.

Umlage Verwaltungsaufwand gesunken von über 40 € auf 31 € je ha, ein ebenfalls nachvollziehbarer Trend, der Rationalisierungsdruck der durchgeschlagen hat

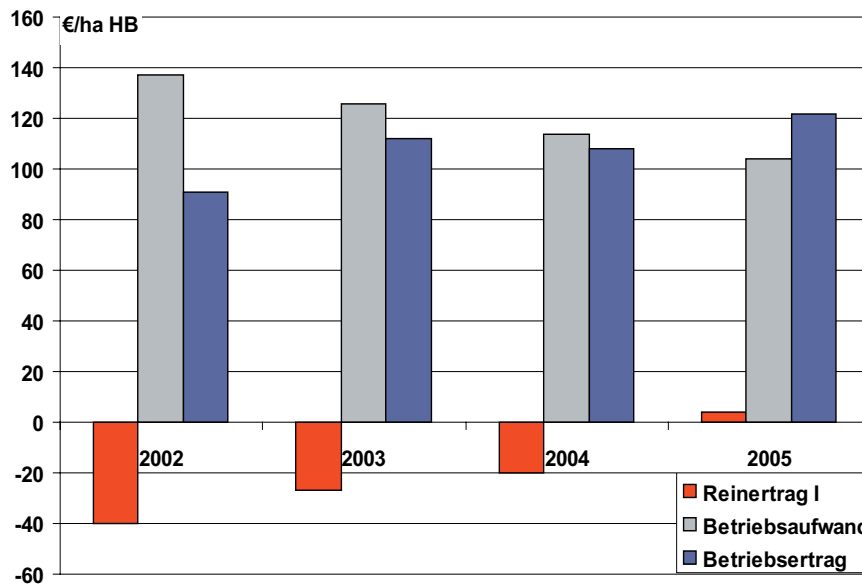
Es fällt aber ebenfalls auf, und das beurteile ich mal als vergleichsweise kritisch, dass die Aufwendungen für die Walderneuerung im gleichen Zeitraum von rd. 15 € / ha auf 9 € /ha gesunken sind, mit anderen Worten die Investitionen in den Wald der Zukunft, in den Waldumbau tendenziell zurückgenommen wurden. Das müsste man kritisch hinterfragen. Wird ausreichend in die Zukunft investiert? Wie sieht es aus mit der Verjüngungssituation? Wenn man solche Zahlen zur Verfügung hätte, könnte man vielleicht sagen: Entwarnung. Die Bestände verjüngen sich von alleine. Das Kapital baut sich auf. Wenn dem nicht so wäre, müsste man sagen: Achtung! Hier wird nicht in die Zukunft investiert. Ein gefährliches Spiel!

Im Ergebnis hat dieser abnehmende Aufwand auf der einen Seite in Verbindung mit tendenziell steigenden Verkaufserlösen für Holz zuletzt in 2005 zu einem positiven Reinertrag von 4 € /ha Holzbodenfläche geführt. Erfreulich, dass ein positiver Reinertrag erwirtschaftet wurde, andererseits wird jedoch deutlich, die ebenfalls bekannte Situation, dass die Kommunalwaldbewirtschaftung im ökonomischen Sinne kein wirklich profitables Geschäft ist, d. h. Kämmerer und Finanzfachleute in den zuständigen Körperschaften nicht mit dauerhaft hohen Einnahmen aus der Waldbewirtschaftung rechnen können. (Abb. 6)



**Betriebsertrag, Betriebsaufwand und Reinertrag I
Körperschaftswald 2002-2005 (ohne Subventionen)**

(Quelle TBN, LFE Eberwalde)



Ökonomische Rahmenbedingungen

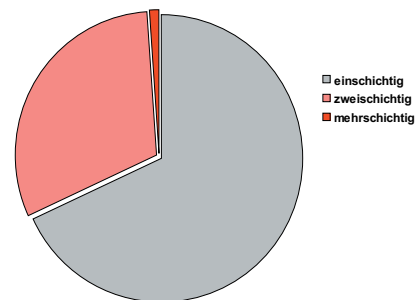
Prof. Dr. M. Guericke

Betrachten wir nun auf der anderen Seite die ökologischen Leitplanken oder die ökologischen Herausforderungen die die Waldbewirtschaftung beeinflussen. (Abb.7) In diesem Zusammenhang zeigen die Ergebnisse der BWI II (Ergebnisse für Brandenburg und Berlin über allen Waldbesitz hinweg, d.h. Nuancen können an dieser Stelle und anhand dieser Abbildungen nicht herausgearbeitet werden - Analogieschlüsse seien jedoch gestattet) ziemlich ernüchternde Fakten. In rd. 70% der Bestände handelt es sich demnach um einschichtige Bestände und mit über 50% dominieren Nadelwälder ohne Beimischung weiterer Baumarten.

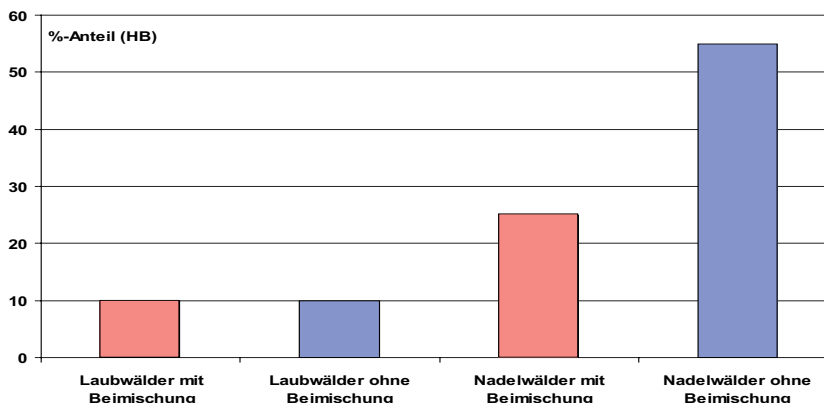


Waldaufbau - Waldstrukturen, Schichtigkeit
[Quelle BWI II, Ergebnisse für Brandenburg und Berlin]

... Förderung von Mischung und Schichtigkeit ...



Waldaufbau - Waldstrukturen, Mischung
[[Quelle BWI II, Ergebnisse für Brandenburg und Berlin]



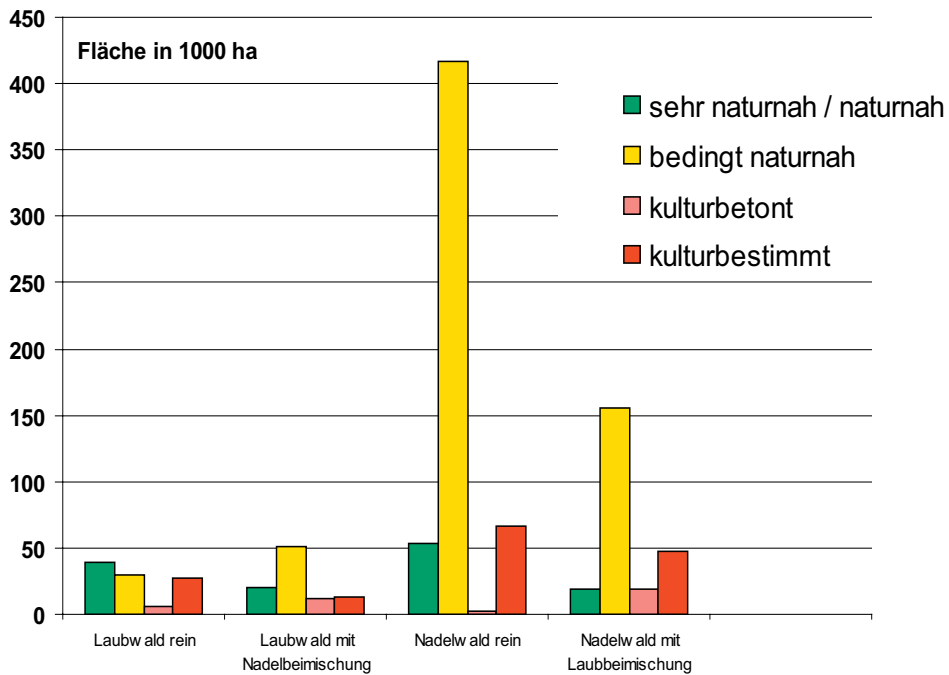
Ökologische Herausforderungen

Prof. Dr. M. Guericke

... Förderung der Naturnähe ...

Waldfläche nach Laub-/Nadelwald und Naturnähe der Baumartenzusammensetzung

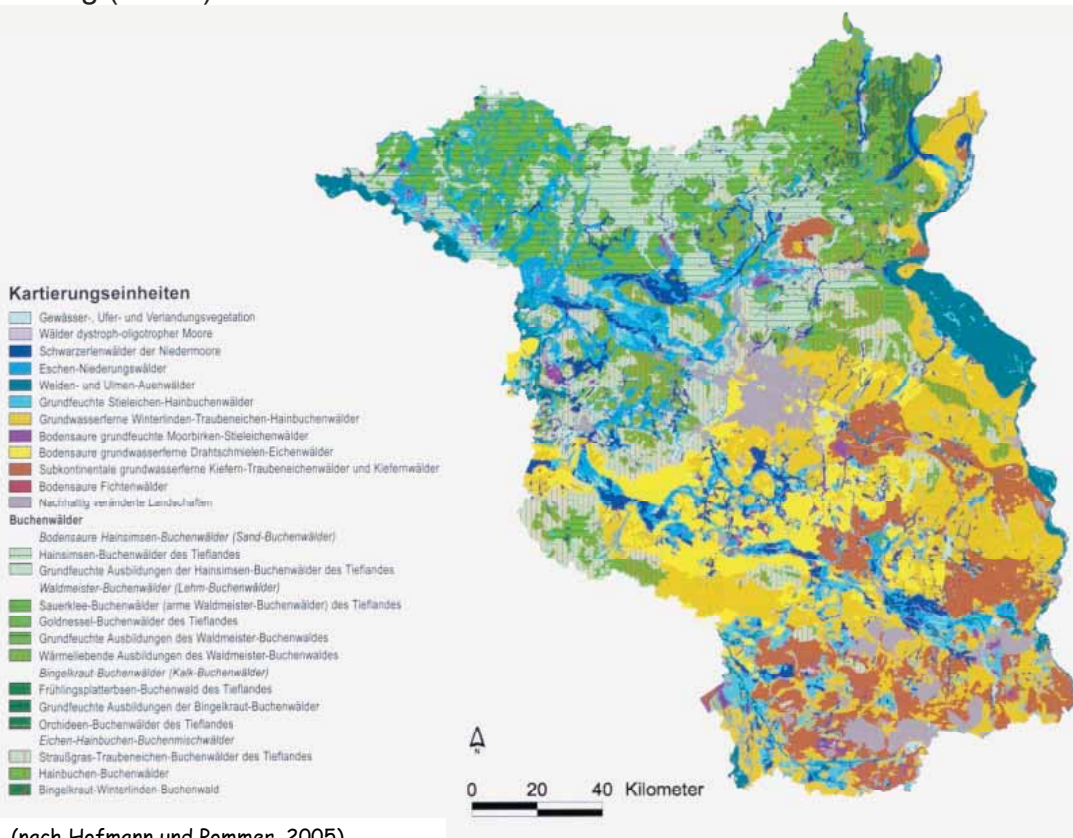
[Quelle BWI II, Ergebnisse für Brandenburg und Berlin]



Ökologische Herausforderungen

Prof. Dr. M. Guericke

Die Analyse der „Naturnähe“ verdeutlicht zudem den überproportional hohen Anteil bedingt naturnaher Bestockungen, dies gilt insbesondere für den Nadelwald rein und den Nadelwald mit Laubbeimischung. (Abb 8)



(nach Hofmann und Pommer, 2005)

Ökologische Herausforderungen

Prof. Dr. M. Guericke


Bei einer solchen Betrachtungsweise, der Frage der Naturnähe muss eine Referenz betrachtet werden. Als solches wurde von Hofmann und Pommer 2005 die bekannte Karte mit dem potentiell natürlichen Waldbild Brandenburgs veröffentlicht. Die Legende bezeichnet die Kartierungseinheiten, ohne im Detail darauf einzugehen fallen in den nördlichen Landesteilen die grünen Farben auf (Buchenwälder, in grundfeuchter Ausbildung, bzw. Sauerklee und Waldmeister Buchenwälder) in den mittleren und nördlichen Landesteilen dominieren hingegen die gelblichen bzw. bräunlichen Farben (grundwasserferne Traubeneichen-Kiefernwälder bzw. Kiefern-Traubeneichenwälder). Buche und Eiche als dominierende Baumarten in der Zusammensetzung der potenziell natürlichen Vegetation. (Abb. 9)

Damit wäre eigentlich die Zielsetzung, die Marschrichtung unserer Waldentwicklung auch vorgegeben, wenn man sich an der Naturnähe orientieren würde. Ich befürchte jedoch, so einfach gestaltet sich die Aufgabe des Waldumbaus in den kommenden Jahren nicht. Vielmehr sehe ich ein riesiges neues Spannungsfeld, das auf Sie als Praktiker vor Ort zukommt. Das wäre die Frage, Waldbau unter dem Zeichen des Klimawandels. Welche Veränderungen sind zu erwarten? (Abb. 10) Der PIK Report 83 aus 2003 kommt zu dem Ergebnis, dass in Brandenburg zu rechnen ist, mit einem:


- Moderaten Temperaturanstieg von 1,4 Kelvin (=Grad)
- Niederschlagsrückgang auf unter 450mm in der Jahressumme (zwischen 20 und 200 mm)
- Zunahme der Sonnenscheindauer
- Abnahme der Bewölkung

[Regionale Klimaszenarien für Brandenburg und das Elbeeinzugsgebiet, entwickelt am PIK (Gerstengarbe, Werner) durch statistisches „downscaling“ von Resultaten globaler Klimamodelle, angenommener Klimatrend bis 2055 +1.4 K (ECHAM4-Modell MPI Hamburg, PIK 2003)]

Fachhochschule Eberswalde



Regionale Klimaszenarien für Brandenburg und das Elbeeinzugsgebiet, entwickelt am PIK (Gerstengarbe, Werner) durch statistisches „downscaling“ von Resultaten globaler Klimamodelle (PIK-Report No. 83, 2003)



der Norden
mit feuchtem bis mäßig trockenem Klima

- Ostmecklenburg-Vorpommersches Jungmoränenland
- Westmecklenburger Jungmoränenland
- Mittelmecklenburger Jungmoränenland
- Ostmecklenburg-Nordbrandenburger Jungmoränenland
- Südwestmecklenburger Altmoränenland
- Ostniedersächsisch-Altmarkisches Altmoränenland

die Mitte
mit trockenem Klima

- Nordostbrandenburger Jungmoränenland
- Mittelbrandenburger Talsand- und Moränenland

der Süden
mit überwiegend mäßig trockenem Klima

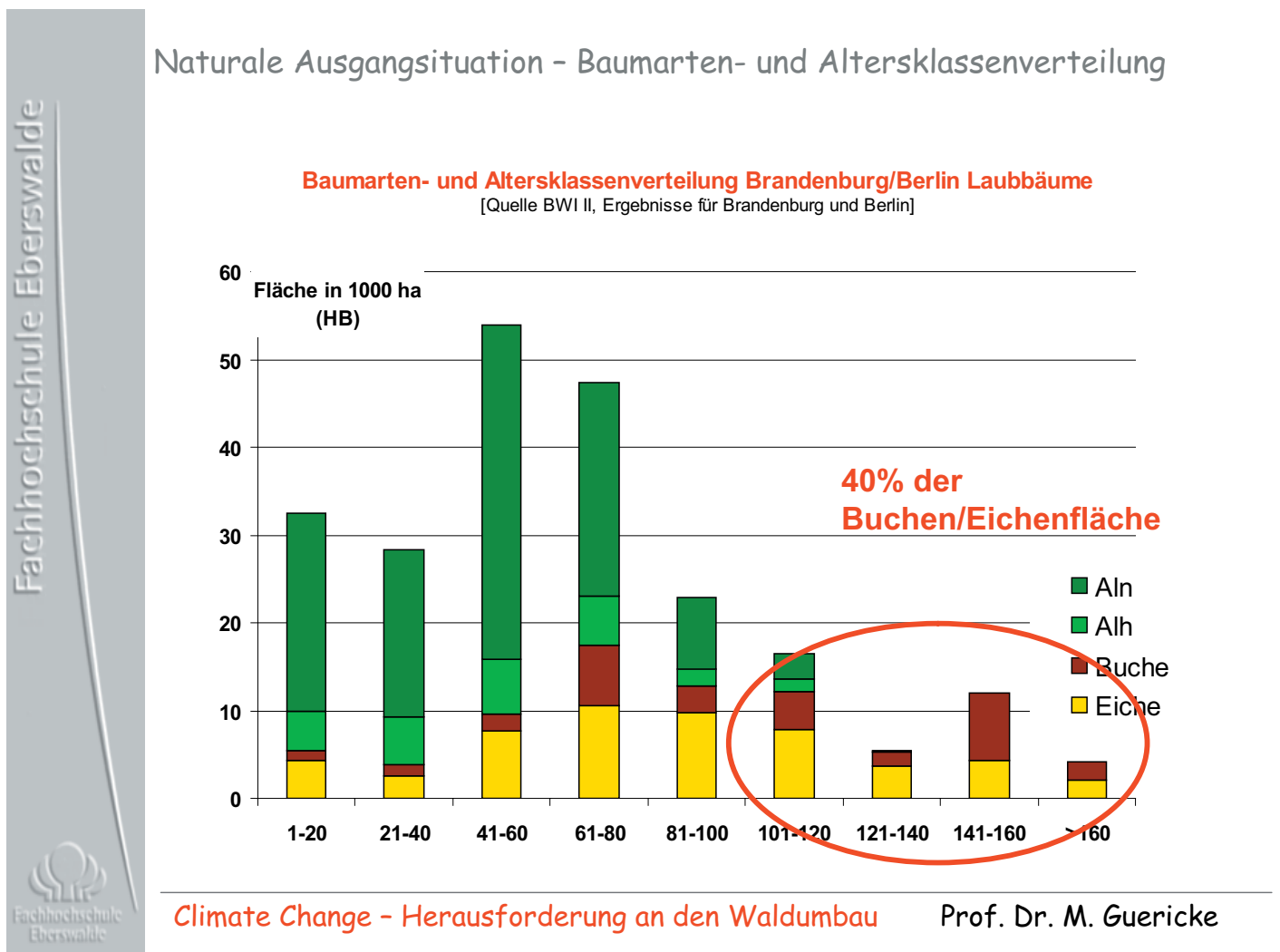
- Mittleres nordostdeutsches Altmoränenland
- Düben-Niederlausitzer Altmoränenland
- Hoher Fläming

Climate Change - Herausforderung an den Waldumbau
Prof. Dr. M. Guericke

Ich provoziere etwas die Frage, ob der Umbau mit Eiche und Buche wirklich zu den optimal anpassungsfähigen, elastischen Wäldern führt, die wir in Zukunft brauchen. Da gibt es die verschiedensten Untersuchungen, die Baumarten auf ihre Klima-Anpassungsfähigkeiten untersucht: (Abb. 12)

Da sieht man dann beispielsweise, dass Buche bei der Beurteilung ihrer Anpassungsleistung relativ schlecht wegkommt. Gut dagegen kommen Baumarten, wie die Roteiche und die Douglasie weg. Dass diese Diskussion im Ansatz begonnen wurde, entnehme ich der Äußerung von Herrn Luthardt in Brandenburg, der in einer Veröffentlichung geschrieben hat: „Wenn das Spektrum der heimischen Baumarten ausgereizt ist, dann kann auch über das Einbringen von Douglasie, Robinie oder anderer Gastbaumarten nachgedacht werden“. Also ein weites Feld, mit dem sie sich aber auch auseinandersetzen müssen.

Im Zusammenhang mit dem Waldumbau möchte ich auf einen weiteren Aspekt hinweisen und greife dazu auf die Ergebnisse der Bundeswaldinventur zurück, auf die Baumarten- und Altersklassenverteilung für Laubbäume (Abb. 13). Hier sieht man, dass rund 40% der Buchen- und Eichenfläche in der Altersklasse 100 bis über 160 Jahre sind. Das sind Bestände, die, insofern sie sich nicht von alleine verjüngen, zur Verjüngung anstehen. Da kann ich sagen: Ich verjüngen sie natürlich oder ich habe jetzt die Option, durch das Einbringen weiterer Baumarten vielleicht einen anderen Wald in Zukunft zu erreichen. Das ist ein nicht unerheblicher Flächenanteil, mit dem man sich jetzt planerisch auseinandersetzen muss.



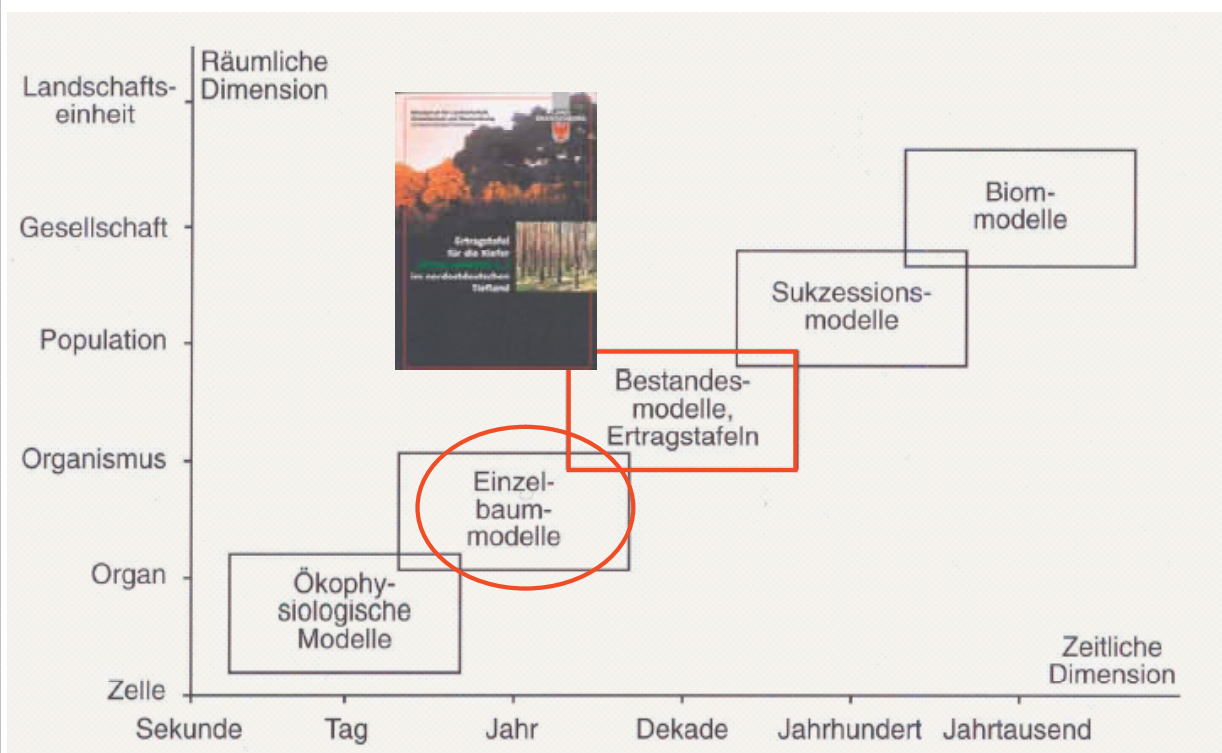
Kommen wir zu dem letzten Aspekt meines Vortrages, wie können, wie lassen sich waldwachstumskundliche Modelle in das praktische Waldmanagement einbauen?

Um es vorweg zu nehmen, diese Modelle können Sie und Ihre Arbeit vor Ort nicht ersetzen, sie sind vielmehr dazu gedacht und dafür gemacht worden, die Auswirkung unterschiedlicher waldbaulicher Strategien zu untersuchen, sie sind ein Hilfsmittel im Rahmen der Entscheidungsfindung, sie sollen frühzeitig Entwicklungen aufzeigen und dazu beitragen unterschiedliche „Handlungspfade“ miteinander vergleichen zu können, bewerten zu können und so dazu beitragen optimale Behandlungsstrategien herauszuarbeiten.

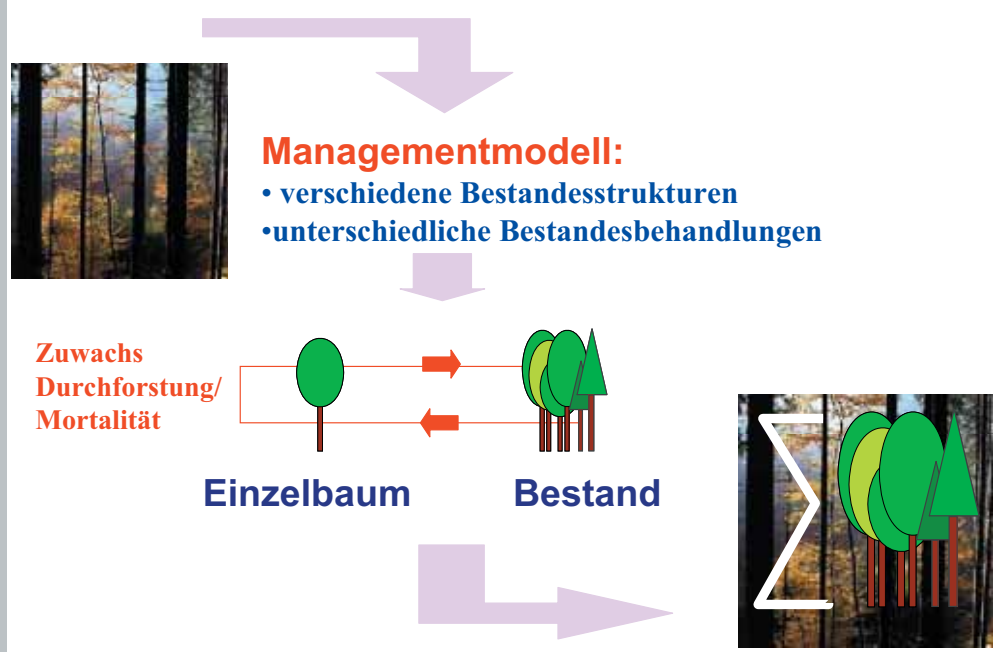
Bis vor wenigen Jahren versteckten sich hinter solchen waldwachstumskundlichen Modellen Ertragstafelsammlungen, wie beispielsweise die Ertragstafel für die Baumart Kiefer im nordostdeutschen Tiefland. Diese Ertragstafelsammlungen beschreiben den Wachstumsgang und die Behandlungsstrategien für Reinbestände unterschiedlicher Wüchsigkeit.

Als Hilfsmittel, als Modell für die Beschreibung und Behandlung von Mischbeständen und ganz unterschiedlicher Behandlungsstrategien sind sie gänzlich ungeeignet. Daher werden seit über 10 Jahren bundesweit „Einzelbaumsimulatoren“ entwickelt. (Abb. 14, Abb. 15))

Unterschiedliche Modellebenen und Ansätze ...

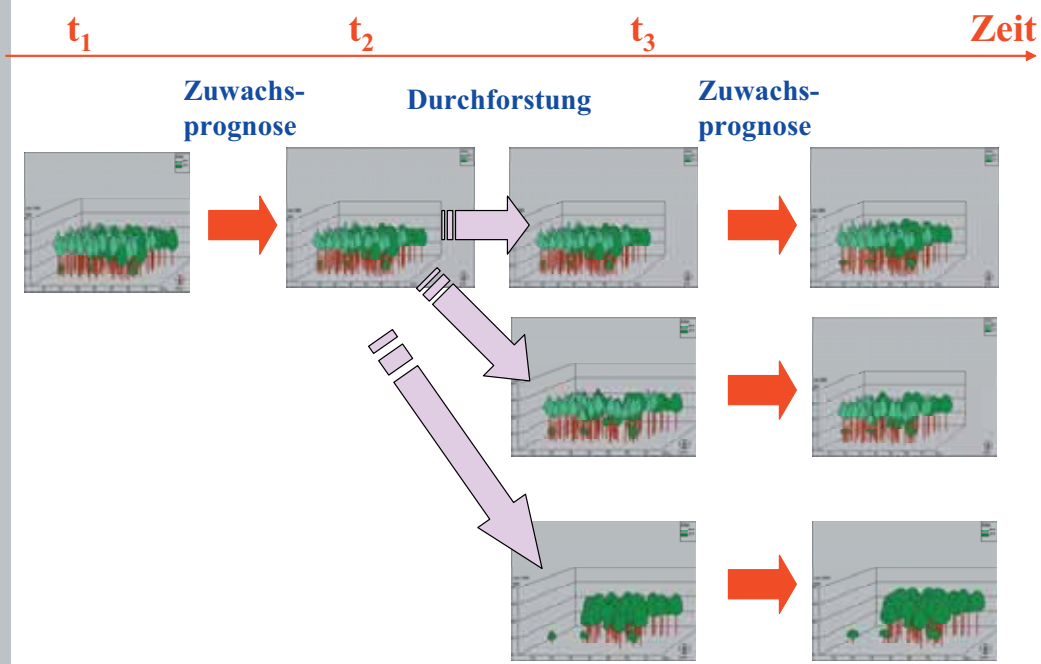


Einzelbaummodelle



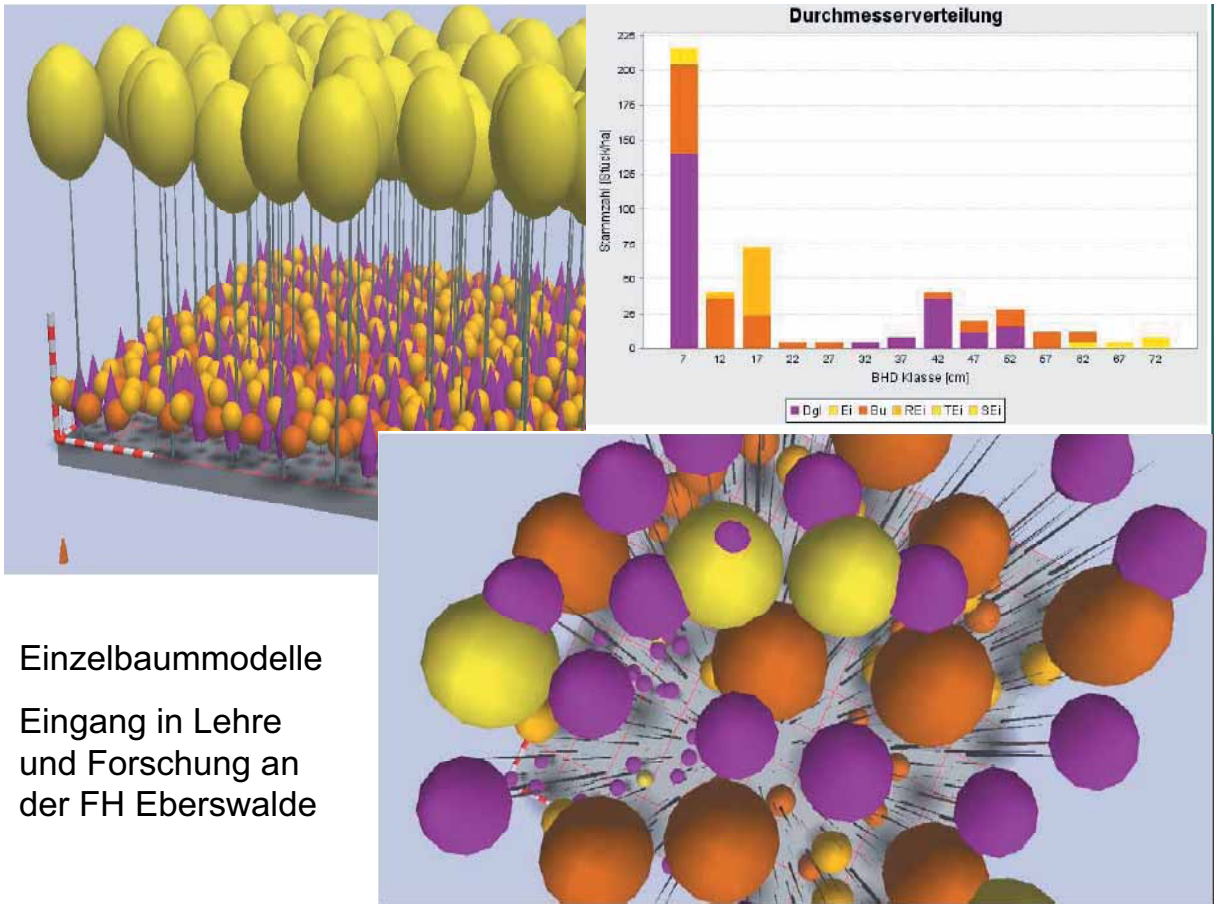
Waldwachstumskundliche Modelle - Entwicklungsstand Prof. Dr. M. Guericke

Was bedeutet das, wenn von dem „Einzelbaumansatz“ gesprochen wird. Der Einzelbaum stellt in solchen Modellen, anders als in den klassischen Ertragstafeln der Bestand, die kleinste Einheit dar. D.h. im Rahmen der Modellierung mit Einzelbaumsimulatoren wird ein Bestand zunächst in seine Einzelbäume aufgelöst, dann das Wachstum dieser einzelnen Bäume simuliert und anschließend die Ergebnisse wieder verdichtet und aufbereitet. So ein Einzelbaummodell ist natürlich viel, viel flexibler als die Ertragstafeln. Wie läuft das ab? Sie brauchen Starteingaben (Initialisierung), wenn sie diese haben, übernimmt es der Rechner, dass er die Konkurrenzsituation des Einzelbaumes berechnet. Sie haben dann eine Wachstumsprognose. Sie haben externe Effekte, die Durchforstung, die sie simulieren können. Dann kommt es zur Ergebnisausgabe oder sie machen eine Schleife und er berechnet die nächsten 10 oder die nächsten 15 Jahre. Der Vorteil ist, dass sie dann hier verschiedene Varianten, parallel oder hintereinander durchrechnen können. (Abb. 16)



Waldwachstumskundliche Modelle - Entwicklungsstand Prof. Dr. M. Guericke

Ergebnisse könnten dann so aussehen:

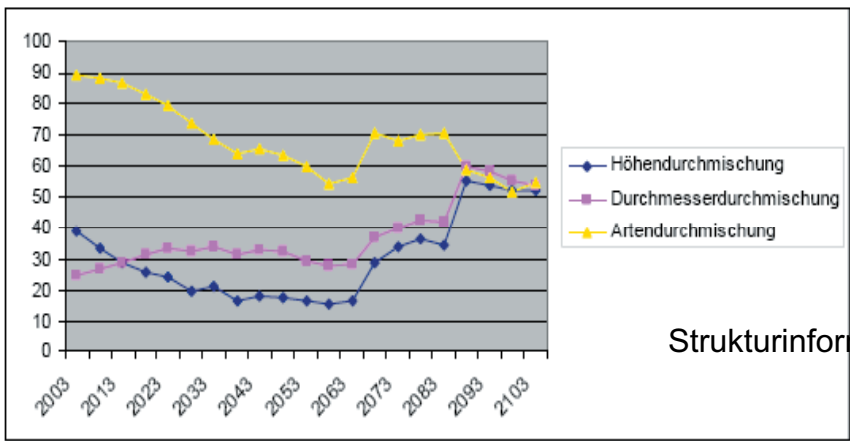


Einzelbaummodelle
Eingang in Lehre
und Forschung an
der FH Eberswalde



Waldwachstumskundliche Modelle - Fallstudien

Prof. Dr. M. Guericke



Strukturinformationen



Waldwachstumskundliche Modelle - Fallstudien

Prof. Dr. M. Guericke

Eine Weiterentwicklung wäre dann der sogenannte Waldplaner.

Einige abschließende Bemerkungen:

Die Kommunalwaldbewirtschaftung in Brandenburg wird geprägt von schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen und zugleich hohen ökologischen Herausforderungen. Dieses Spannungsfeld begründet sich in der gegenwärtigen Baumartenzusammensetzung und dem Altersklassenaufbau. Tendenziell abnehmender betrieblicher Aufwand im Produktbereich 1 in Verbindung mit Jahreseinschlägen um 4 Fm/ha HB und gleichzeitig steigenden Holzerlösen haben das Betriebsergebnis bis 2005 kontinuierlich verbessert.

Die Entwicklung strukturreicher Mischbestände gehört zu den besonderen ökologischen Herausforderungen. Neben dem Umbau reiner Kiefernbestände sollte hierbei der Blick auf das Verjüngungsgeschehen in den über 100-jährigen Buchen- und Eichenbeständen gerichtet sein.

Das Ziel der Waldbewirtschaftung ist der Erhalt der Funktionsfähigkeit der Waldökosysteme. Voraussetzungen sind und bleiben elastische Waldökosysteme (Wagner, 2004).

Die Annahme konstanter Produktionsbedingungen ist nicht zutreffend. Die Weiterentwicklung natürlicher Produktionsregelungen erscheint daher dringend notwendig.

Forstliche Managementmodelle – Einzelbaumsimulatoren bzw. FDSS – können dazu beitragen die Auswirkungen verschiedener Behandlungsstrategien zu quantifizieren und damit vergleichbar zu machen. Simulationsrechnungen können die Entscheidungsfindung unterstützen, keinesfalls ersetzen sie jedoch die Fachkraft vor Ort.

Vielmehr gewinnt qualifiziertes, gut ausgebildetes Personal künftig weiter an Bedeutung.

Die vorgestellten Modellansätze befinden sich in ständiger Weiterentwicklung, d.h. es besteht hoher Forschungsbedarf und damit seitens der FH Eberswalde der Wunsch nach konkreten Projekten, Kooperationen.

Ein Vermögen sichern - Stadtforst Eberswalde Stadtförster Wolfram Simon

„Der wertvollste Teil städtischen Besitzes ist sein Wald, dessen Umfang im Jahre 1937 (Februar) 1609,5866 Hektar betrug“

Mit diesen Worten leitet der Eberswalder Historiker Rudolf Schmidt im Band 1 seiner Geschichte der Stadt Eberswalde das Kapitel 18. „Vom Eberswalder Wald“ ein.

Man kann heute sicher darüber streiten, ob diese Aussage in Zeiten, in denen andere Prioritäten gesetzt werden, noch zutreffend ist. Betrachten wir den Wald aber nicht nur monetär sondern in seinen vielfältigen Funktionen für die Eberswalder Bevölkerung, dann sind diese Worte bestimmt noch immer nicht von der Hand zu weisen. Für mich als Forstmann und Stadtförster sind sie auf jeden Fall zutreffend.

Seinen nachweislichen Ursprung hat der Eberswalder Stadtwald in einer Grenzbriefurkunde aus dem Jahr 1300, in der Markgraf Albrecht III. der Stadt wesentliche Teile der heute noch vorhandenen Waldflächen schenkte. Der Wald hatte für die Eberswalder Bevölkerung in allen Jahrhunderten eine große, überwiegend natürlich sehr praktische Bedeutung. Es gab anfangs die sogenannte **Holzfreiheit**, die es jedem Bürger gestattete, sein Brennholz wo und wann es ihm gefiel aus dem Wald zu holen, wenn er vorher ein Holzzeichen aus der Stadtverwaltung erworben hatte.

Später erhielt jeder hausbesitzende Bürger eine Holzkavel, die sogenannte **Bürgerkavel**, zur uneingeschränkten Nutzung, die per Rezess von 1699 sogar unveräußerlich mit den betreffenden Häusern verbunden wurde. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts konnte die Stadt diese Bürgerkaveln wieder in ihren Besitz bringen.

Den Bürgern war es gestattet, neben Brennholz auch Bauholz zu geringen Konditionen aus dem Stadtwald zu entnehmen. Auch die Eberswalder Garnison verlangte ihren Anteil, außerdem mussten Kriegskontributionen gezahlt werden.

Es war also nicht verwunderlich, dass bereits beginnend im 17. Jahrhundert über Holzknappheit bedingt durch die andauernden Holzplünderungen gesprochen wurde. Mit einem Erlass der Regierung im Jahr 1857 zog man die Notbremse und setzte die bisherigen Ansprüche der 240 Bürgerstellen außer Kraft. Der Zugriff zu Bau- und Brennholz wurde eingeschränkt und an Bedingungen, z.B. Leistungen für den Wald gebunden.

Trotzdem war der Wald als Geldbeschaffungsmittel immer wieder mal im Gespräch.

In der Stadtverordnetenversammlung vom 19.11.1847 dachte man z.B. daran, „...den Wald herunterzuhauen, um Geldmittel für städtische Bauten zu beschaffen“. Nur die Tatsache, dass der Wald „den holzberechtigten Bürgern“ gehörte und nicht Eigentum der Kämmerei war, ließ dieses Vorhaben scheitern.

Eine geregelte „Forstbewirtschaftung“ war in der älteren Zeit gar nicht möglich. „Erst durch die Einrichtung des Städteforstmeisteramtes (1749) wurde staatlicherseits die Aufsicht über die städtischen Waldungen besonderen Beamten übertragen, was für die fernere Gestaltung der Forstwirtschaft von segensreichem Einfluss war...“ (Zitat Rudolf Schmidt)

Ab der Mitte des 19. Jahrhunderts kümmerten sich verstärkt Angehörige der Eberswalder forstlichen Lehre und Forschung um den Stadtwald. 1848 wurde eine Vermessung durch Professor Schneider, zuständig für Mathematik und Vermessung durchgeführt, anschließend erfolgte eine Taxation durch Oberforststrat Pfeil. In der 2. Hälfte dieses Jahrhunderts waren es dann vor allem Akademiedirektor Bernhard Danckelmann und ab 1898 Adam Schwappach, der 21 Jahre lang als Dezernent für Stadtforst- und Parkverwaltung den Stadtwald betreute.

In dieser Zeit entstand die traditionelle „Heidereise“ als Brauch. Alljährlich im Juli informierten sich Mitglieder der Stadtverwaltung, des Forstdezernats und Sachverständige auf dieser Waldbereisung „... über den Zustand des Waldes, den Stand der Kulturen und was sonst alles mit der Waldbewirtschaftung zusammenhängt...“ (Zitat R. Schmidt) Mittagsrast wurde an einer schattigen Stelle im Stadtbruch gehalten. Dort befinden sich heute drei Gedenksteine für Danckelmann, Schwappach und Meyer, einem Eberswalder Stadtrat, der sich für den Stadtwald verdient gemacht hat. Die „Heidereise“ geriet in der späteren Zeit in Vergessenheit, erst mit der Rückübertragung der Waldflächen an die Stadt wurde diese Tradition 1993 neu belebt.

Einschneidend für den Stadtwald war sicher der Bau des Hohenzollernkanals, der heutigen Havel- Oder- Wasserstraße zu Beginn des 20. Jahrhunderts und die Errichtung der Eberswalder Kasernen im Süden der Stadt durch das Reichskriegsministerium in den 30er Jahren. Neben den Flächenabgängen durch zunehmende Industrialisierung nördlich des Finowkanals wurden hier die größten Waldflächen für andere Nutzungen umgewandelt.

Der Stadt gelang es aber, durch Flächenzukaufe und Aufforstungen vor allem in der Gemarkung Britz die Größe ihres Waldbestandes weitestgehend zu erhalten.

Anders war das in der Zeit der Bewirtschaftung als Volkswald in den Jahren der DDR. Die Präsenz der sowjetischen Streitkräfte in der Garnisonsstadt Eberswalde hat auch im Stadtwald seine Spuren hinterlassen. Vor allem im Süden, in der Gemarkung Britz und in der Nähe des Flugplatzes wurden die Waldflächen geschädigt. Mit der Errichtung des Schweinezucht- und Mastkombinates im Stadtbruch in den 70er Jahren kam ein weiterer Faktor hinzu, der sich sowohl durch Flächenabgänge als auch später durch massive Stickstoffeinträge negativ auf den Stadtwald auswirkte.

Nach der Wende wurden die städtischen Waldflächen zu Beginn der 90er Jahre an die Stadt rückübertragen. Mit dem Amt für Forstwirtschaft Eberswalde wurde bereits vor der vollständigen Rückübertragung ein Vertrag über Tätige Mithilfe vereinbart, der sowohl die forstliche Betriebsleitung als auch den Betriebsvollzug beinhaltet. Seit dem 01. März 1993 wird der Stadtwald durch einen Revierförster der Oberförsterei Eberswalde- Finowtal betreut. Als erstes wurden durch das AfF Eberswalde die größten Teile der städtischen Waldflächen, die zu dieser Zeit über 5 Reviere verteilt waren, in einem Revier, dem heutigen Revier Stadtsee zusammengefasst. Dieses Revier besteht zu ca. 85 % aus Stadtwaldflächen.

Von der Lage und aus ihrer Entstehung verfügen die städtischen Waldflächen über relativ gute Voraussetzungen. Geologisch ist das Gebiet durch die letzte Eiszeit, die sogenannte Weichselvereisung geprägt. Nördlich des Eberswalder Urstromtales befinden sich ausgedehnte Sanderflächen, die teilweise durch Schmelzwasserabflüsse bis auf Grundmoränenschichten abgeschwemmt wurden. Im südlichen Bereich, der „Oberheide“ überwiegen Endmoränenbildungen, kräftige Laubholzstandorte herrschen hier vor. Einen Überblick über die Standortverteilung im Stadtwald liefert die nachfolgende Folie.

Auf Grund dieser natürlichen Voraussetzungen und verstärkt durch die zum Zeitpunkt der Rückübertragung vorhandene Baumartenzusammensetzung und die Altersklassenverteilung hat sich die Stadt als Waldeigentümer früh mit dem im Land angestrebten Waldumbauprogramm identifiziert. Es wurde außerdem erkannt, dass die stadtnahen Wälder eine erhebliche Schutz- und Erholungsfunktion für die Einwohner der „Waldstadt Eberswalde“ haben.

Daraus schlussfolgernd wurden Bewirtschaftungsgrundsätze erarbeitet, die anlässlich einer „Heidereise“ mit den Stadtverordneten diskutiert und als längerfristige Orientierung bestätigt wurden.

Im Wesentlichen beinhalten diese Bewirtschaftungsgrundsätze die nachfolgenden Punkte:

- (1.) Veränderung der Baumartenzusammensetzung und Verbesserung der Altersklassenverteilung durch Umbau von Reinbeständen. In der Naturalplanung, der sich die Stadt in der Mitte der 90er Jahre angeschlossen hat, wurde im sog. Generationsprogramm als Ziel fixiert:

Nadelbaum-Bestockungen	2%
Nadel-Laubbaum-Mischbestockungen	60%
Laubbaum-Bestockungen	38%

Da die Stadt als Waldbesitzer Fördermittel beantragen kann, wurde die Möglichkeit des Waldumbaus über Fördermittel von Anfang an intensiv genutzt. Zusätzlich wurden in größerem Umfang Ersatzmaßnahmen für Waldumbau in den Stadtwald gezogen, so dass bis zum Jahr 2006

70,82 ha Unterbau
55,53 ha Voranbau
22,90 ha Naturverjüngung
und 30,81 ha Erst- bzw. Ersatzaufforstungen realisiert wurden.

- (2.) Erhöhung der Attraktivität der stadtnahen Waldflächen für die Bevölkerung. Hier waren und sind u.a. die ehemaligen Konversionsflächen zu beräumen und zu renaturieren. Mehr als 7 ha wurden allein im Süden des Stadtwaldes in der Nähe des Waldfriedhofes beräumt, entsiegelt, übererdet und aufgeforstet. Dazu gehört aber auch die Anlage von Lehrpfaden, die ständige Beseitigung von Müll (in den ersten 7 Monaten dieses Jahres bereits ca. 45 m³) und die Pflege von Waldwiesen und Freiflächen im Stadtwald. Ein besonderer Schwerpunkt ist hier auch das Stadtbruch, in den 70er Jahren durch das angrenzende Schweinezucht- und -mastkombinat stark geschädigt. Ziel ist es hier, durch geeignete waldbauliche Maßnahmen die Waldflächen wieder aufzuwerten und mindestens in den ursprünglichen Zustand zu versetzen. Durch die Waldfunktionskartierung wurden für den Stadtwald:

608,23 ha Wasserschutzwald
30,15 ha Bodenschutzwald
372,79 ha Klima- und Immissionsschutzwald
124,64 ha Sonstiger Schutzwald
874,79 ha Naturschutzwald
260,45 ha Wald für Forschung und Kultur
und 1.044,84 ha Erholungswald erfasst und kartiert.

- (3.) Die Spätblühende Traubenkirsche als Neophyt und stark verdämmende Baumart hat im Stadtwald im Unter- und Zwischenstand große Flächenanteile übernommen. Zur Erleichterung der Verjüngung mit heimischen Baumarten ist sie vor allem mit Hilfe von Arbeitskräften des zweiten Arbeitsmarktes so weit wie möglich zu beseitigen. Jährlich wurden dazu AB-Maßnahmen, später SAM und heute 1-€-Arbeitskräfte über Träger beantragt und eingesetzt, im Mittel ca. 50 Arbeitskräfte.

- (4.) Durch die militärische Nutzung stadtnaher Wälder und durch Kriegseinwirkungen sind größere Flächen splinterbelastet. Auf ca. 470 ha Stadtwaldfläche sind Metallsplinter im Holz nachgewiesen worden. Da dieses Holz bisher schwer absetzbar war, waren vor allem in diesen Abteilungen alternative Nutzungs- und Entwicklungskonzepte zu erarbeiten. So ist in den Abteilungen 305 / 311 ein Traubeneichensaatgutbestand anerkannt worden, aus dem z.B. im Jahr 2006 ca. 4,0 Tonnen Saatgut geerntet wurden.

- (5.) Wie aus den Waldfunktionen ersichtlich sind im Stadtwald Eberswalde ca. 875 ha Naturschutzwald ausgewiesen. Neben Flächen des Biosphärenreservates Schorfheide und dem Naturpark Barnim sind das auch die neu ausgewiesenen Geschützten Landschaftsbestandteile „Moore-Pumpe“ und „Die Höllen“, die vor allem auch auf Initiative

des BSIJ unter Schutz gestellt wurden. Außerdem gibt es natürlich eine Vielzahl geschützter Biotope, wie Moore, Feuchtwiesen, Hangwälder, Quellbereiche u.a. Schutz und Pflege dieser besonderen Waldstandorte sind in den Bewirtschaftungsrichtlinien festgelegt. Ein besonderes Problem ist in den letzten Jahren die Zunahme der Population des Bibers. Die starke Vermehrung im Stadtwald hat neben dem positiven Effekt des Wasserrückhaltes auch zunehmend zu Schäden am Baumbestand geführt.

- (6.) Schwerpunkte der Tätigkeit im Stadtwald sind Öffentlichkeitsarbeit und Waldpädagogik. Geführte Wanderungen mit unterschiedlichen Interessengruppen, Veröffentlichungen in den Medien zu Waldproblemen, Ausstellungen und auch das jährliche Weihnachtsbaumschlagen sind Möglichkeiten, mit dem Stadtwald vertraut zu machen. Im Stadtwald gibt es drei Schulwälder in der Oberheide, im Stadtbruch und in Britz. Vor allem die Grundschule Mitte hat diesen bisher besonders aktiv genutzt, u.a. einen Lehrpfad angelegt und unterschiedliche Schulveranstaltungen hier durchgeführt. Seit diesem Jahr gibt es in einer Kita in Waldnähe eine Waldwandergruppe.
- (7.) Ebenfalls aus der Aufstellung der Waldfunktionen ist zu ersehen, dass ca. 260 ha der städtischen Waldfläche u.a. für die Forschung zur Verfügung stehen. Alte und neu angelegte zum Teil langfristige Versuchsflächen der in Eberswalde ansässigen Forschungseinrichtungen werden durch diese betreut und ausgewertet. Die Verbindung zur Fachhochschule ist vorhanden. Es finden Lehrveranstaltungen im Stadtwald statt, Beleg- und Diplomarbeiten werden angefertigt. Jüngstes Beispiel ist die Errichtung der „Knüppelbrücke“ über das „Kalte Wasser“, die als Diplomarbeit im FB Holztechnik ihren Ursprung hat.
- (8.) Zur Erreichung der langfristigen Zielstellungen im Waldumbau ist eine konsequente Bejagung der Stadtwaldfläche notwendig. Die Stadt hat sich für eine Jagdausübung durch entgeltliche Begehungsscheininhaber für ihren Eigenjagdbezirk entschieden. Die Begehungsscheine werden jährlich, aber mit langfristigen Optionen ausgegeben, die Betreuung der Jäger erfolgt durch den Stadtförster. Dieses System hat sich bewährt, die jährliche Strecke auf ca. 1500 ha bejagbarer Fläche ist stabil. Bemerkenswert ist der relativ hohe Anteil Unfallwild, vor allem auch im unmittelbaren Stadtbereich.

Kritisch bewertet wird vor allem durch die Stadtverordneten das erzielte Betriebsergebnis des Stadtwaldes und der ursächlich dafür verantwortliche Holzeinschlag. Der relativ geringe Einschlag in den ersten Jahren nach der Rückübertragung ist begründet in den o.g. Schwerpunkten. Wir haben uns auf den Waldumbau und die Renaturierung der Konversionsflächen konzentriert, da blieb mit den drei angestellten Mitarbeitern für die Holznutzung wenig Zeit. Erst mit der Möglichkeit des Einsatzes von Harvestern, vor allem in jungen und mittelalten Nadelholzbeständen konnte die Nutzung erhöht werden.

Die bisherige Absatzsituation auf dem Holzmarkt, die Altersklassenverteilung und der hohe Anteil Splitterholz sind ein Grund dafür, dass der Stadtwald bisher defizitär gewirtschaftet hat.

Erst mit dem Betriebsergebnis 2007 werden wir vor allem bedingt durch die erfreuliche Holzpreisentwicklung schwarze Zahlen schreiben. Aber schon 2008 sieht das, verursacht durch enorme Belastungen aus Nachforderungen des Wasser- und Bodenverbandes, wieder kritisch aus. Für die nächsten Jahrzehnte wünsche ich mir, dass die Stadtverordneten als gewählte Vertreter der Eberswalder Bürger ihre Entscheidungen zum Stadtwald mit Augenmaß und nachhaltig treffen, so wie das Generationen schon vor ihnen getan haben.

Der Stadtwald Eberswalde ist es wert, als Schatz bewahrt zu werden.

Intensivierung der Holznutzung – eine Chance für Brandenburg

Kornelia Wehlan, Mitglied des Landtages Brandenburg, Sprecherin für Agrarpolitik und ländliche Entwicklung der Fraktion Die Linke

Herzlichen Dank für die Einladung zur heutigen Veranstaltung, der ich natürlich gern gefolgt bin. Das soll nicht nur eine Höflichkeitsfloskel sein – sondern hängt mit einer Reihe von Faktoren zusammen: So ist natürlich der Tagungsort Eberswalde in vielerlei Hinsicht reizvoll. In den vergangenen Jahren ist hier mit viel Engagement ein Standort der forstlichen Lehre und Forschung entstanden – oder besser gesagt *wiederentstanden* – der neben Tharandt – als die Wiege der forstlichen Ausbildung bezeichnet werden kann. Die Entstehung geht in das Jahr 1821 zurück. (*Hinweis: Die Schule wurde 1963 aus politischen Gründen geschlossen*) Etwa 1500 Studierende und 50 Hochschullehrer beleben das der Nachhaltigkeit verpflichtete Profil von vierzehn Studiengängen. Bundesweit einmalig ist die Zusammenführung der auf den ländlichen Raum orientierten Fächer wie Forstwirtschaft, Landschaftsnutzung und Naturschutz, Ökolandbau, Holztechnik, Regionalmanagement oder Tourismus. Der Agrarausschuss des Landtages hat sich vor kurzem sehr anschaulich ein Bild davon machen können. Hervorheben möchte ich unbedingt auch das Leitprojekt „Erneuerbare Energien aus forst- und landwirtschaftlicher Biomasse“.

Zweitens verbindet sich mit dem Standort das Holzkraftwerk Eberswalde. Es liefert in das Stromnetz die Menge an Strom, mit der vergleichsweise 50.000 Haushalte versorgt werden könnten. Durch die Anlage entstehen Schätzungen zufolge über 100 neue Arbeitsplätze, vor allem in der Forstwirtschaft. Und dann hat natürlich auch mein Interesse das Wald-Solar-Heim. Im Verbund mit anderen Anbietern Erneuerbarer Energien treffen sich hier Experten zum Gespräch. Und wenn dann Vertreter des Pelletswerkes in Schwedt, des Holzkraftwerkes, der Edis und der Märka an einem Tisch sitzen, kann ich mir gut vorstellen, dass der umkämpfte Markt den Austausch von Freundlichkeiten schnell auf ein Mindestmaß reduziert und Tacheles geredet wird.

Mittendrin das Amt für Forstwirtschaft, das nach Jahren der Preis- und Absatzkrise ein in jeder Hinsicht begehrtes Produkt offerieren kann. Die Zahlen für das Amt für Forstwirtschaft Eberswalde sprechen eine deutliche Sprache: 260.000 Festmeter Holz mit einem Erlös von 8,2 Mio. € im Jahr 2006 verkauft. Allein das neue Holzkraftwerk soll mit 44.000 fm beliefert werden. Dazu wurde ein nicht unumstrittener Vertrag geschlossen, der aber im Kern u.E. nicht angreifbar ist. Insbesondere wird die Praxis zeigen, wie sich das zu liefernde spezielle Holzsortiment am Markt positionieren wird.

Die wirtschaftlichen Zeichen stehen also für die Forstwirtschaft günstig. Stehen auch günstig für den Kommunalwald Eberswalde. Dazu haben die Vorredner bereits hinreichende Ausführungen gemacht. Gestatten Sie mir insofern nur eine Ergänzung aus Sicht der Linken: Die Landesverfassung sieht nicht ohne Grund eine Vielfalt an Eigentumsformen vor. Das schließt den Landeswald – also die Sicherung des öffentlichen Eigentums ausdrücklich ein. Privatisierung auf Teufel komm raus ist mit diesem Grundsatz eben auch nicht vereinbar. Und diese Position lässt sich eins zu eins auch auf den Kommunalwald übertragen. Zumal der Wald für uns auch ein Element der Daseinsvorsorge ist. Diese soll nicht von den Regeln des Marktes dominiert und den Gesetzen des Profitstrebens bestimmt werden. Soziale und ökologische Maßstäbe für die öffentliche Daseinsvorsorge und deren Dienstleistungsqualität gilt es dabei stärker zu beachten.

Die Forstwirtschaft mit ihrer speziellen Bedeutung für das Gemeinwohl lässt sich schwer in ein neoliberales Wirtschaftsmodell einbinden. Das liegt in der Besonderheit des Wirtschaftens mit dem Naturgut Wald begründet. Das ist auch ein wesentlicher Grund, weshalb wir der Landesregierung nicht durchgehen lassen wollen, dass die von Berlin und zu großen Teilen von Ihnen selbst verursachte aktuelle Kassenlage die Abkehr von Gemeinwohlleistungen in Brandenburg bestimmt.

Um nicht mehr und nicht weniger geht es: Wie ordnet sich Brandenburg ein im allgemeinen Richtungsstreit in der deutschen Forstwirtschaft zwischen einer multifunktionalen Forstwirtschaft und einem neoliberalen Forstwirtschaftsmodell, das auf marktliche Steuerung setzt?

Das dabei immer wieder ins Feld geführte Argument, das europäische Wettbewerbsrecht würde das geradezu einfordern, ist einfach falsch. Denn Entscheidungen auf europäischer Ebene zu Artikel 86

Abs. 2 EG räumen den politischen Entscheidungsträgern auch in Zukunft erhebliche Freiheiten bei der Definition und der Finanzierung der Gemeinwohlleistungen im Forstbereich ein.

Wir können uns der Frage zur Privatisierung aber auch anders nähern. Würde irgendjemand Wald kaufen, um damit defizitär zu wirtschaften? Sicher nicht. Ganz offenbar gibt es aber ein reges Interesse, Wald zu kaufen und auch die Möglichkeit, damit Geld zu verdienen. Die Aufgabe, die also regelmäßig vor den öffentlichen Eigentümern steht, ist, sehr genau zu überlegen, wie ein defizitäres Wirtschaften vermieden werden kann. Diese Debatte wiederum müssen Sie im Falle eines Kommunalwaldes vor Ort führen. Das hohe Gut der kommunalen Selbstverwaltung verbietet eine Einmischung durch die Landesebene. Wenn gleich entsprechende Rahmenbedingungen der Landes- und Bundespolitik auch Einfluss auf Ihre Entscheidungen – hier vor Ort – haben. So mit der Möglichkeit der Beförderung oder der Inanspruchnahme von Einzelleistungen durch die Landesforst. Auch andere Formen der Bewirtschaftung sind denkbar und es ist mehr als legitim darüber nachzudenken. Gerade im Fall Eberswalde ist durch die Größe des Kommunalwaldes von 1.500 ha eine Grenzwertgröße gegeben, die in jedem Fall dazu zwingt, die Bewirtschaftung des Waldes mit anderen Komponenten zu verknüpfen und Synergien zu nutzen.

Zum heutigen Veranstaltungsort habe ich mit meiner Eingangswertschätzung für Eberswalde eine Reihe von Sachverhalten aufgezählt, die zeigen, dass sich das Thema meines Diskussionsbeitrages schon allein am Standort selbst abhandeln ließe. Sicherlich auch ein Grund, weshalb Sie die Kommunalwaldkonferenz hier in Eberswalde durchführen. Aber es soll ja um Brandenburg in Gänze gehen. Wie steht es beispielsweise um das Brennholz in Brandenburg? In den vergangenen 10 Jahren hat sich die Holzmenge, die für energetische Nutzung eingeschlagen wurde, fast verdoppelt. Im Jahr 2005 waren es mehr als 250.000 Festmeter.

Ich stehe eigentlich auf dem Standpunkt, dass Holz zum Heizen viel zu schade ist. Einer stofflichen Verwertung ist in aller Regel der Vorzug zu geben. Spätestens bei der Einbeziehung des Klimaschutzes in die Betrachtung wird deutlich, dass einer langfristigen CO₂-Speicherung der lediglich CO₂-neutralen Verbrennung in der Bilanz überlegen ist. Andererseits ist Holz verfügbar und in schwachen Dimensionen auch stofflich nicht ohne weiteren Aufwand zu verwerten. Hingegen ist der haushaltsnahe „dezentrale“ Einsatz - sei es in Form von Brennholz oder z.B. Pellets – gerade im ländlichen Raum leicht verfügbar – wenngleich es sich dabei oftmals nicht um ganze Holzkraftwerke handelt. Genau diese Lücke, zwischen der sinnvollen energetischen Nutzung nachwachsender Rohstoffe aus der Region und dem Komfort einer nahezu wartungsfreien Heizungsanlage könnte mit Holz aus Brandenburg geschlossen werden. Denn, Brandenburg ist ein walddreiches Land. Mit 1,1 Millionen Hektar besitzt es die drittgrößte Waldfläche aller Bundesländer. Mit 37 Prozent Waldanteil am Territorium liegt es an vierter Stelle im Bundesmaßstab. Mit 0,34 Hektar Waldfläche je Einwohner steht es an erster Stelle im Ländervergleich. Eine Branchenanalyse der Landesregierung hat das Cluster Forst und Holzwirtschaft zu einem von 17 Branchenkompetenzfeldern für das Land identifiziert. Hier stimmen wir durchaus mit der Landesregierung überein. Auch in unserem Leitbild „Für ein Brandenburg der Regionen“ hat die Forst- und Holzwirtschaft einen großen Stellenwert. 15.000 Menschen sind in diesem Bereich beschäftigt und in der Forstwirtschaft werden über 90 Prozent des Umsatzes aus dem Verkauf von Holz erzielt.

Die im Land Brandenburg und in benachbarten Bundesländern geschaffenen Kapazitäten umfassen mit den Werken Klenk (Baruth), Klausner (Wismar, Friesau, Kodersdorf) Robeta und Holzindustrie Templin (Templin) einen Jahresbedarf von fast 5 Mill. Kubikmetern. Die Industrieholzverarbeiter Glunz (Nettgau), Kronotex (Heiligengrabe), Varioboard (Magdeburg), Hornitex (Beeskow), Kronospan (Lampertswalde) und Pfeleiderer (Baruth) verarbeiten weitere 3,5 Mill. m³ im Jahr. Hinzu kommt der Bedarf des Zellstoffwerkes Stendal mit 3,4 Mill. Kubikmeter im Jahr. Das führt in der Konsequenz dazu, dass im Landeswald eine über die Nachhaltigkeitsgrenze hinausgehende Nutzung zeitweise festzustellen ist. Auch wenn dieser Fakt gegenwärtig mit Pflegerückständen etwas bemäntelt wird, weist es auf die Endlichkeit des Rohstoffes hin.

Anders sieht es im Privatwald aus. Hier schlummert ein Potenzial von knapp 40 Mio. Euro Umsatz. Von jährlich rund 5,5 Millionen Kubikmeter zu wachsendem Holz werden nur etwa 2 Millionen Kubikmeter genutzt. Im Privatwald werden auf etwa der Hälfte der Brandenburger Waldfläche

gerade einmal 40 Prozent des maximal nutzbaren Holzvorrates geerntet. Die weitaus größten Nutzungsreserven liegen also im kleinstrukturierten Privatwald, der in Brandenburg mit einer Fläche von 350.000 Hektar über ein Drittel des Gesamtwaldes ausmacht.

Die Koalition und die Landesregierung hatten sich einmal das Ziel gesetzt, gemeinsam mit den Waldbesitzern und der Holzindustrie „diesen Schatz der ungenutzten Holzreserven zu heben“. Davon hat man sich aber offensichtlich verabschiedet. Denn die einschneidenden Kürzungen bei der Forstreform werden genau auf diesem Gebiet ihre Wirkung entfalten. Offenbar hofft man hier auf die Allmacht des Marktes bzw. die Holzlaque durch die Holzindustrie. Wir meinen, ein Irrweg. Ich möchte in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die gerade noch im Aufwind befindliche Biodieselproduktion angesichts der veränderten Steuerpolitik schon wieder von Betriebsschließungen bedroht ist. Sie werden sich jetzt fragen: Was soll das denn hier an dieser Stelle zur Forst- und Holzwirtschaft? - Das möchte ich gern erklären. Wie schnell steht durch falsche politische Rahmensetzung eine ganze Branche infrage.

Wenn Ähnliches in den Holzverarbeitenden Betrieben des Landes vermieden werden soll, müssen wir heute Prioritäten setzen und uns sehr genau ansehen, wie viel Holz nachhaltig zuwächst, welches Aufkommen im Land Brandenburg mobilisiert werden kann und vor allen Dingen wie und für welche Absatzmengen inzwischen Verarbeitungskapazitäten entstanden sind und wie diese dauerhaft gesichert werden können. Immerhin sind diese Kapazitäten mit erheblichen Fördermitteln entwickelt worden. Es wäre mehr als fatal, einen Saldo festzustellen, der zu ganz anderen Problemen im ländlichen Raum führen würde. Die Konsequenz ist selbst der Landesregierung klar, wie aus einer ihrer Broschüren zu erfahren ist: „Die Forstverwaltung kann die Branche nur voranbringen, wenn eine nachhaltige Rohstoffabsicherung als Standortfaktor garantiert wird.“ – steht dort. Es bedarf also einer Steigerung der Aktivitäten, und zwar insbesondere im kommunalen Wald und im Privatwald. Man schätzt, dass 200 Kubikmeter Holzeinschlag eine Arbeitskraft binden. 2.350 Beschäftigte - vornehmlich außerhalb des Speckgürtels – könnten demnach vom brachliegenden Privatwaldpotenzial in Beschäftigung gebracht werden. Wenn also Land auf Land ab der demografische Wandel beklagt wird, dann muss sich die Landesregierung auch fragen lassen, warum die so einfachen und unmittelbar vor der Haustür liegenden Vorteile eines Lebens und Arbeitens im ländlichen Raum sträflichst vernachlässigt werden.

Wir halten es für unverzichtbar, hier einen neuen Anlauf zu unternehmen. Statt Personalabbau und Rückzug aus der Fläche sind Engagement, Ideen und eine straffe Führung gefragt. Es kann nicht sein, dass nicht einmal die eigenen Vorschläge der Verwaltung, die auf Antrag der Linksfraktion in ein Privatwaldkonzept geflossen sind, auch nur annähernd in Angriff genommen werden.

Aus einem vom Brandenburger Finanzministerium vorgelegten Ländervergleich geht hervor, dass Brandenburg eine äußerst geringe Finanzausstattung im Forstbereich hat: 66 Millionen Euro Minderausstattung im Vergleich der Flächenländer Ost und sogar 111 Millionen Euro im Vergleich der Flächenländer West. Nun sollen weitere 36 Millionen an Kürzungen folgen. Wie verträgt sich das im Flächenland Brandenburg? Und was bewirkt der drastische Stellenabbau im Landesforst? Er bewirkt mindestens, dass der Einschlag im Landeswald zurückgefahren wird, dass die erforderlichen Aktivitäten für den kleinen Privatwald und den Privatwald nicht im ausreichenden Maße gesichert werden können, dass Einnahmeverluste für die budgetierte Landesforstverwaltung entstehen und sich damit neue Löcher auftun, dass Kapazitäten in der Holzverarbeitenden Industrie nicht ausgelastet werden können, dass die Branche der forstlichen Lohnunternehmer schon heute einen Auftragsrückgang aufgrund fehlenden Personals in der Fläche prognostiziert.

Diese Aufzählung klingt so, als hätten wir es mit einer Branche zu tun, die gerade ihre tiefste Krise durchläuft. Dem ist aber nicht so. Die gesamtwirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik scheint sich zu erholen. Wir haben es seit Jahren erstmals wieder mit Wachstumsraten zu tun. Leider profitieren die Ostländer im gesamtdeutschen Vergleich weniger davon. Dennoch, die Konjunktur ist angesprungen.

Dies alles geschieht vor dem Hintergrund hoher Weltmarktpreise für fossile Brennstoffe, einer sich zuspitzenden Klimadebatte, des Sturms „Kyrill“ mit seinen Auswirkungen auf die Forstwirtschaft und einer veränderten Agrarpolitik, die nach neuen Standbeinen für die Landwirte sucht. Das Stichwort „Vom

Landwirt zum Energiewirt“ soll an dieser Stelle genügen. Eigentlich kann sich also die Forstbranche keine besseren Rahmenbedingungen vorstellen. Zudem zeigt die Holzmarktinformation, dass sich die Preise gut entwickelt haben. All das begründet unseren Ansatz, Potenziale zu entwickeln und zu nutzen, statt unkritisch Stellen und Ebenen zu streichen, was genau das Gegenteil bewirkt. Dazu sind Aufgabenkritik und Variantenvergleich notwendig, einschließlich einer politischen Debatte zu den Gemeinwohlleistungen. Allen drei Punkten ist der Agrarausschuss auf Antrag der Fraktion DIE LINKE gefolgt. Und auch der Minister kam nicht umhin vor der Sommerpause umzusteuern und eine Arbeitsgruppe zu berufen mit eben diesen Schwerpunkten. Wir dürfen gespannt sein, was uns dazu jetzt nach der Sommerpause vorgelegt wird.

Ich hoffe sehr, dass eine inhaltliche Sachdebatte möglich ist. Beispielsweise um die Ansprechpartner im ländlichen Raum – die Oberförster – als Ebene bestehen zu lassen. Mit der vorgesehenen neuen Ebene - die der Anstaltsleitung – wären wir ohnehin bei der Wiederbegründung des 1997 geschlossenen Landesforstamtes angekommen. Das sind Strukturspielereien ohne sachgerechten Hintergrund. Ebenso soll die Gemeinschaftsforstverwaltung laut Kabinettsbeschluss die strikte Trennung der marktorientierten und gemeinwohlorientierten/hoheitlichen Bereiche beibehalten. Das ist etwa so, als würde ein Standesbeamter bei der Trauung das Zusammenleben eines Paares untersagen.

Die Transparenzrichtlinie, mit der die Trennung der Geschäftsbereiche auch begründet wird, verlangt lediglich die haushaltsrechnerische Trennung. Dieser Forderung kommt die Landesforstverwaltung bereits heute nach. Wir haben seit 3 Jahren den budgetierten Forstbereich im Einzelplan 10. Ebenfalls nicht gedeckt ist die These, die Bewirtschaftung des Landeswaldes sei nicht eine Kernkompetenz staatlichen Handels. Hier verweisen wir auf die in der Landesverfassung vorgesehene Eigentumsvielfalt. Selbstverständlich kann öffentliches Eigentum auch öffentlich betrieben werden. Die Ansprüche an den Wald sind übrigens ganz real und ganz praktisch eigentumsabhängig differenziert. Die Kahlschlagdebatte hat das jüngst anschaulich verdeutlicht. Die Landesregierung hat unsere Unterstützung, wenn es darum geht, die Landesforst als moderne, effiziente und dem Gemeinwohl verpflichtete Verwaltung zu führen, Holzreserven zu mobilisieren, Beschäftigung im ländlichen Raum zu entwickeln und die Aufgaben nach dem Waldgesetz besser zu erfüllen.

Dem diene auch unser Antrag zur Entwicklung der Brandenburger Forst- und Holzwirtschaft. Um welche Schwerpunkte es dabei geht und auch gehen muss, habe ich hier ansatzweise aufgezeigt. Themen wie Anschubförderung von Schnellwuchsplantagen bzw. Feldgehölzen, die leidige Wildproblematik, die umstrittene Förderrichtlinie, die aktuellen Erkenntnisse zur Klimaentwicklung und Konsequenzen für zukünftige Baumartenzusammensetzungen sind weitere Sachfragen dazu. Stagnierende Verfügbarkeit von Ressourcen bei stark steigender Nachfrage machen Strategien notwendig, um auch künftig Holz aus nachhaltiger heimischer Produktion zur Verfügung stellen zu können. Neben der traditionellen Anbauform im Wald nimmt auch der Agrarholzanbau vor allem vor dem Hintergrund veränderter Flächennutzungen nach der GAP-Reform an Bedeutung zu. Denn eines steht bereits heute fest: die Flächen werden knapp. Die Fachhochschule Eberswalde ist am Verbundvorhaben DENDROM beteiligt, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung gefördert wird. Es untersucht die Möglichkeiten einer erhöhten Bereitstellung von holzartiger Biomasse aus dem Wald sowie Chancen und Risiken der Bereitstellung dieser durch den Agrarholzanbau im Vergleich zu traditionellen landwirtschaftlichen Kulturen. Damit sind Möglichkeiten aufgezeigt, den sich zum Teil widersprechenden Ansprüchen der Gesellschaft hinsichtlich einer Extensivierung der Landnutzung (Bodenschutz), einer Intensivierung der Biomassennutzung (Einsparung fossiler Energien und Klimaschutz), einer Erhöhung der Biodiversität (Artenschutz) und der regionalen Wertschöpfung (Arbeitsplätze) gerecht zu werden. Im Gegensatz zu unseren Nachbarländern Dänemark, Schweden, England und Frankreich findet der Agrarholzanbau in Deutschland nur auf kleineren Flächen statt. Die Mitglieder des Agrarausschusses des Landtages wurden durch den Projektleiter der Fachhochschule Eberswalde, Herrn Dieter Murach informiert, dass noch in diesem Jahr die ersten Flächen im industriellen Maßstab angelegt werden sollen.

Und hier schließt sich der Kreis zum hiesigen innovativen Standort der Forst- und Holzwirtschaftskompetenz, Ihrer Kommunalwaldkonferenz, der Holznutzung als eine Chance besonders für den ländlichen Raum Brandenburgs und den Rahmenbedingungen Brandenburger Landespolitik.

Kommunalwald aus der Sicht der Kommune

André Stahl

Bürgermeister Biesenthal

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um die Sicht eines Kommunalpolitikers auf die Bewirtschaftung von Wald, auf den Besitz von Wald darzustellen. Diese Sichtweise unterscheidet sich natürlich von der Sicht von Fachleuten, die den Wald als ihr Metier betrachten.

Im Rahmen der Kommunalpolitik ist der Wald nur eine Aufgabe von vielen und wird auch nicht als die vordringlichste Aufgabe wahrgenommen. Ich selbst bin ehrenamtlicher Bürgermeister in der Stadt Biesenthal, einer Stadt mit 5600 Einwohnern. Wir haben das Glück, dass wir über einen recht großen Stadtforst mit über 1200 ha verfügen. Ich bin vor ca. anderthalb Jahren Bürgermeister geworden und muss gestehen, dass ich bis dahin das Thema Wald recht nebensächlich wahrgenommen habe. Wir haben Wald unter dem Aspekt betrachtet, dass wenn das Defizit in Grenzen gehalten werden kann, das schon in Ordnung ist, solange wir nicht zusätzlich aus dem Stadthaushalt in den Wald investieren müssen. Wald, so die Meinung damals, - da kommt wohl irgendwie ein bisschen Jagdpacht rein und von den Holzverkäufen kann man ein paar Meter Gatter stellen. Vom Wald wurde darüberhinaus allenfalls noch wahrgenommen, dass die Jäger kostenlos ein Schwein zum Weihnachtsmarkt geliefert haben oder aber der Volkssolidarität für die Weihnachtsfeier zur Verfügung gestellt haben. Damit schloss sich aber schon der Kreis in der Wahrnehmung des Waldes durch Abgeordnete. Da gab es höchstens noch manchmal einen Fördermittelantrag, bei dem man sehen musste, noch irgendwie Eigenmittel dazu zu bekommen, um ein paar Buchen zu säen. Da fragten sich viele: Wieso eigentlich Buchen, wir haben doch überall Kiefernwald? Warum muss das eigentlich anders werden? Aber eine erschöpfende Beschäftigung oder Auseinandersetzung mit dem Thema Wald gab es nicht. Man hat auch vielmehr mit Kita-Preisen und -kapazitäten, Straßenzuständen usw. zu tun, der Wald stand in der Wahrnehmung dabei ganz weit hinten.

Vor zwei Jahren haben wir begonnen, uns mit dem Thema intensiver zu beschäftigen und stießen dabei auf Defizite. Zum einen haben wir zu wenig Beratung genossen gehabt, zum anderen diese aber auch nicht gesucht, so dass wir die Wirtschaftlichkeit, die Möglichkeit einer Einnahmesituation im Wald eigentlich nie ernsthaft beleuchtet haben. Zuerst haben wir dann geschaut, wo gehen denn die Kosten in diesen Wald hin. Da haben wir dann festgestellt, die größte Position war die des Beförsterungsvertrages. Für unsere 1200 ha haben wir ca. 30.000 Euro (man verzeihe mir wenn ich mich jetzt um einige Euro irre) bezahlt. Demgegenüber standen Jagdpachteinnahmen von ca 10.000 Euro und dazu kamen noch ein paar Einnahmen aus dem Holzeinschlag, die allerdings aufgefressen wurden von den Maßnahmen zur Wiederaufforstung. Wir haben dann versucht herauszufinden, ob es denn auch andere Modelle als die Beförsterung gibt. In Biesenthal haben wir uns dafür entschieden, den Beförsterungsvertrag zu kündigen. Zeitgleich mit der Kündigung ging dann der Förster, der in Biesenthal den Forst lange Jahre betreut hat in einen anderen Bereich. Danach haben wir erlebt, dass die Beratungsintensität – zuerst kommissarisch, jetzt über einen Vertrag von einem Jahr – durchaus zunehmen kann. Das Problem ist, der Vertrag ist gekündigt, eine Möglichkeit der Rückkehr ist ohne weiteres nicht gegeben, so dass wir das Ziel privatwirtschaftlich die Beratung zu suchen und eine Betreuung des Waldes zu suchen, versucht haben fortzuführen. Die Frage ist, und da muss sich die Forstverwaltung zuallererst fragen, wie es dazu kommen kann, dass unter Umständen die Betreuung nicht so maßlos intensiv war und auch die Angebote in dieser Richtung nicht so sehr groß waren. Denn letztendlich ist mir bekannt, dass eine ganze Anzahl Stadtförste diesen Weg gewählt haben, aus der Beförsterung durch die Forstbehörden auszuschneiden, diese Beförsterungsverträge zu lösen und letztendlich privatwirtschaftliche Varianten zu suchen. Ein Problem ist, wie gesagt, dass die Rückkehrmöglichkeit sehr eingeschränkt ist oder so gut wie nicht funktioniert, jedenfalls nicht in dieser Größenordnung.

Wir in unserer Stadt haben überlegt, welche Ziele wir mit unserem Wald verfolgen. Da gibt es natürlich völlig unterschiedliche Interessen im Wald, die ich vorher so nicht wahrgenommen habe. Da gibt es zum einen das Interesse an der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes als Rohstofflieferant. Dieser

Aspekt hatte in der Vergangenheit aufgrund der niedrigen Holzpreise keine vordergründige Rolle gespielt. Das hat sich aber seit ca. 3 Jahren deutlich gewandelt, dadurch dass die Preise erheblich angezogen haben. Darüberhinaus wurde natürlich immer die Erholungsfunktion des Waldes von vielen positiv wahrgenommen. Biesenthal ist eine eher touristisch geprägte Stadt, die als eines der wenigen Potentiale eigentlich nur ihr Naturpotenzial hat – einige Seen und weitläufige Waldflächen. Dieses Potenzial, darüber besteht auch Einvernehmen in der Stadtverordnetenversammlung wollen wir erhalten und dementsprechend den Erholungswert des Waldes hoch halten.

Darüber hinaus gibt es ein nicht unerhebliches Interesse im Bereich der Jagd. Darüber habe ich mich belehren lassen müssen, dass da ein ernsthafter Konflikt im Wald existiert. Auf der einen Seite die Interessen der Jäger, die ihr Hobby dort betreiben, dafür eine nicht unerhebliche Pacht zahlen, aber die Erreichung der anderen Ziele durchaus gefährden können - Stichwort Wildschäden. Diesen Nutzungskonflikt des Waldes zu lösen wird eine in den nächsten Jahren anstehende Aufgabe sein. Der Bestand des Waldes muss regelmäßig bewertet werden, um eben auch Wildschäden feststellen zu können und die Jagdpachtverträge auch zu „exekutieren“. Um auch jemanden haftbar zu machen, wenn dadurch Schäden entstehen, dass der Pächter seinen Pflichten nicht ordnungsgemäß nachkommt und eine ordnungsgemäße Bejagung des Waldes nicht sicherstellen kann. Ich musste feststellen, dass das nicht der einzige Konflikt ist, der in diesem Wald tobt. Es gibt wohl auch einen erheblichen Konflikt zwischen Jägern und Reitern und wiederum zwischen Reitern und Förstern bestehen und dazu zwischen Förstern und Jägern. Wir werden sehen, wie wir das lösen können. Mir wurde dargestellt, wie schädlich das Bereiten des Waldes für den Zustand der Wege sein soll, was ich im Moment noch nicht ernsthaft einschätzen kann. Das einzige, was ich nachvollziehen kann ist, dass sich die Jäger darüber ärgern, weil das Wild dann nicht so einsteht, wie es soll oder wie es gewünscht ist. Wir versuchen diese Nutzungskonflikte zu lösen. Unser Ziel ist es, das Erholungspotenzial des Waldes als Pfund in der wirtschaftlichen, in der touristischen Entwicklung zu erhalten.

Wir haben darüberhinaus deutlich das Ziel, Erträge im Wald auch durch den Verkauf von Holz zu erzielen, bei dem gleichzeitigen Versuch, den Umbau des Waldes zu gestalten. Hier ist festzustellen, dass wir im Biesenthaler Bereich eine sehr stark ausgeprägte Monokultur von Kiefernwald haben. Es gibt nur wenige Bereiche, wo Laubwälder oder Mischwälder vorhanden sind. Dieser Umbau wird teilweise an natürliche Grenzen stoßen. Dadurch, dass die Bodenverhältnisse bei uns von der Wertigkeit nicht allzu günstig sind, um durchgängig einen Umbau in Richtung Laubwald vornehmen zu können. Da werden wir uns fachlich beraten lassen, ob und an welchen Stellen es wirtschaftlich auch sinnvoll ist, einen derartigen Umbau vorzunehmen. Ziel ist es letztendlich Einnahmen zu erzielen.

Ich gehe nicht davon aus, dass man diese Einnahmen zwingend in den Haushalt einstellen sollte, insofern, dass man die dort erzielten Überschüsse letztendlich konsumtiv verbraucht. Ich denke, dass sich hier eine Möglichkeit für Kommunen bietet – gerade im derzeitigen Stadium, in dem die Holzpreise doch recht hoch sind – Vermögen zu bilden. Wir werden diesen Weg in der Stadt Biesenthal konsequent verfolgen. Wir werden diese Überschüsse, die wir im Wald erzielen, versuchen zum einen in die qualitative Verbesserung des Waldes zu stecken, aber eben auch Wald hinzuzukaufen. So werden wir in diesem Jahr bereits 40 ha Wald hinzuzukaufen, dazu kommen kurzfristig weitere 3 ha. Beabsichtigt ist in den nächsten zwei Jahren weitere 70 ha Waldfläche für die Stadt Biesenthal zu kaufen. Wir haben das Ziel durch die Auflösung von Pflegerückständen oder Durchforstungsreserven – man hat mir gesagt, dass das ein und dasselbe wäre, es käme nur darauf an, aus welcher Richtung man es betrachtet – das Geld hierfür zu generieren, um die Möglichkeit zu haben, diese Zukäufe zu tätigen. Wir haben also die Hoffnung, dass wir letztendlich für die Vermögensbildung der Stadt etwas tun können. So können wir die Stadt Biesenthal ein Stück reicher machen, an der einzigen natürlichen Ressource, die wir neben dem Wasser haben. Ich bitte zu entschuldigen, dass ich die forsttechnischen Termini so nicht beherrsche, da der Wald nicht mein grundlegendes Metier ist. Ich muss mich mühselig versuchen, mit der Materie

auseinander zu setzen. Das Problem ist, dass das vermutlich in vielen Kommunen so ist, dass erhebliche Informationsdefizite bei Abgeordneten oder auch bei Bürgermeistern bestehen. Damit ist es natürlich schwierig eine sinnvolle Bewirtschaftung des Waldes durch Kommunen sicherzustellen. Für viele stellt das Thema so eine Art Black Box dar. Ich habe manchmal den Eindruck, dass auch in der Art und Weise der Bewirtschaftung so eine Art Glaubenskrieg zwischen verschiedenen Lehren besteht, die für einen Nichtfachmann unmöglich aufzulösen sind. Man hat bei Entscheidungen, ob nun privatwirtschaftlich oder durch die Forstbehörde immer das Problem, dass man eigentlich nicht so richtig weiß, worauf man sich einlässt und eigentlich voller Hoffnung sein kann, dass die Entscheidung richtig ist. Das ist ein Problem des Waldes: Man sieht die Folgen von Fehlentscheidungen erst in zwanzig, fünfundzwanzig Jahren und leider nicht in zwei Jahren, wo man sie unter Umständen noch korrigieren könnte.

Holzindustrie - eine Wachstumsbranche

Antje Maschmann-Fehrensen

Geschäftsführerin Holzindustrie Templin

Zunächst möchte ich mich bei den Veranstaltern des heutigen Treffens sehr herzlich für die Einladung bedanken. Ich habe somit die Gelegenheit Sie hier in den wunderschönen Räumen des Wald-Solar-Heimes davon zu überzeugen, dass es sich bei der Holzwirtschaft um eine Wachstumsbranche handelt.

Bevor ich in das eigentliche Thema einsteige, erlauben sie mir, unsere Sägewerke in Brandenburg Ihnen kurz vorzustellen. Ich bin Antje Maschmann-Fehrensen, Geschäftsführerin der Holzindustrie Templin und auch der Holzbearbeitung Bralitz. Wir haben im Jahr 1993 das in Liquidation befindliche Sägewerk Templin von der Treuhand gekauft und es entstand die Holzindustrie Templin. Ausschlaggebend für diese Investition war der Gedanke, die Chancen und die Potenziale der neuen geopolitischen Situation, wie auch die sich abzeichnenden Wachstumspotenziale effektiv zu nutzen. In der Phase des Buchenbooms Ende der 90er Jahre folgte der Kauf der Holzverarbeitung Bralitz HBB. Weitere Investitionen wurden und werden an beiden Standorten getätigt. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass stets heimische Betriebe bei der Auftragsvergabe von anstehenden Investitionen berücksichtigt werden.

Wir beschäftigen knapp 100 Mitarbeiter, zählt man die indirekten Arbeitsplätze, nämlich die, die durch die Investitionen und auch den laufenden Betrieb anfallen, sind es schon deutlich mehr. Wir gehören damit in unseren Regionen – dem Landkreis Uckermark oder auch dem Landkreis Märkisch-Oderland – bekanntlich Regionen mit hohen Arbeitslosenzahlen in Brandenburg – zu den größeren Arbeitgebern. Darüberhinaus stellen wir jedes Jahr fünf bis sechs Ausbildungsplätze zur Verfügung. Die großen Betriebe der Holzverarbeitenden Industrie in Brandenburg, zu denen wir uns als Holzindustrie Templin und Holz Bralitz zählen, tragen überproportional zu der Exportquote der Brandenburger Wirtschaft bei, unser Exportanteil liegt bei über 85%.

Unsere Abnehmerländer verteilen sich rund um den Globus. Wir liefern nach Europa, Amerika, China, Taiwan, Indien, den mittleren Osten – also rund um den Globus. Wir ver- und bearbeiten an unseren brandenburgischen Standorten ein Volumen von ca. 80 Tausend Festmetern. An dieser Menge sind u. a. die Kommunalforsten Brandenburgs nicht unerheblich beteiligt. Beispielhaft möchte ich nennen: Eberswalde, Bad Freienwalde, Templin, Lychen, Prenzlau.

Wald und Holz sind eng mit der Menschheitsgeschichte verbunden. Holz ist einer ältesten Rohbauwerkstoffe und Energieträger und dadurch den Menschen so vertraut, wie kein anderer. Holz ist aber auch ein wichtiger Kohlenstoffspeicher und weist damit gegenüber anderen Rohstoffen nicht zu ersetzende Vorteile für eine nachhaltige Entwicklung auf. Somit besteht kein Zweifel, dass die Forstwirtschaft in einzigartiger Weise nicht nur das Ökosystem Wald pflegt und die sogenannten

Wohlfahrtsentwicklungen zur Verfügung stellt, sondern auch langfristig den nachwachsenden Rohstoff, Baustoff, Werkstoff und Energieträger Holz produziert. Diese Art der betriebs- und volkswirtschaftlich komplexen Landnutzung ist bei keinem Konkurrenzprodukt gegeben. Das System Forst- und Holzwirtschaft kann in diesem Zusammenhang als das Modell einer zukunftsfähigen Landnutzung und Produktionsweise angesehen werden.

Wenn ich nun auf die Entwicklung der Holzwirtschaft eingehe, erlauben Sie mir bitte, dass ich ebenfalls die Forstwirtschaft berücksichtige. Diese beiden Wirtschaftsfelder sind bei allgemeiner Betrachtungsweise oder auch bei spezieller Betrachtungsweise einfach permanent und unmittelbar miteinander verbunden. Die Holzwirtschaft kann immer nur so gut sein, wie auch die Forstwirtschaft ist. Derzeit ist die Entwicklung von Forst- und Holzwirtschaft in Deutschland positiv zu beurteilen. In fast allen Sortimenten ist eine gewachsene Nachfrage zu verzeichnen. Insbesondere der Energie- und Brennholzmarkt ist geradezu explodiert.

Im Zuge der Klimadiskussion hat außerdem die Bedeutung der Wälder im Bewusstsein von Politik und Öffentlichkeit zugenommen. So wurde beispielsweise der Rat für nachhaltige Entwicklung im April 2001 von dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder einberufen. Er entwickelt Beiträge für die Nachhaltigkeitsstrategie und Politik der Bundesregierung, benennt konkrete Handlungsfelder und -projekte und macht Nachhaltigkeit zu einem wichtigen öffentlichen Anliegen. Der Rat für nachhaltige Entwicklung stellte folgendes fest: „Die nationale Wald- und Holzwirtschaft steht vor nicht gelösten Zielkonflikten. Zum einen soll sie dazu beitragen die Lebensqualität zu verbessern, andererseits will sie wirtschaftsfähig wettbewerbsfähig sein. Wald- und Holzwirtschaft sieht sich mehr denn je im Spannungsfeld zwischen dem Anspruch so viel Natur wie möglich zu belassen und dem Gebot wirtschaftlich zu agieren. Derzeit ist die Holzwirtschaft international zu wenig wettbewerbsfähig. Ökologie und Sozialverträglichkeit stellen zukünftig noch größere Herausforderungen an die Forstpolitik. Schutz- und Erholungsfunktion der Wälder sind gefährdet. Die Potenziale von Holz zur Senkung von klimaschädlichem CO₂ werden bislang nicht genügend genutzt. Zudem stehen die Staatlichen Forstverwaltungen vor großen Umstrukturierungen.“

Die 2004 verabschiedete Charta für Holz ist nur eine von vielen nationalen Aktivitäten, die infolge der Empfehlungen des Rats für nachhaltige Entwicklung entstanden ist. Gemeinsam: Forstwirtschaft, Holzwirtschaft und Politik hatte man sich dazu verpflichtet daran zu arbeiten, dass der Holzverbrauch in Deutschland in zehn Jahren um 20 % ansteigt. Durch das Wachstum der Sägeindustrie und auch die stark angestiegene Holznachfrage für die energetische Nutzung ist aus dem Überflussprodukt Holz in ganz kurzer Zeit ein knappes Gut geworden. Das bestätigen auch die Zahlen, die wir heute im Laufe des Tages gehört haben.

Dass es sich bei der deutschen Holz- und Forstwirtschaft um eine Wachstumsbranche handelt, belegt die erste bundesweite Clusterstudie „Forst- und Holzwirtschaft Bundesrepublik Deutschland“ der Universität Münster. Demnach hat nach EU-Definition die deutsche Forst- und Holzwirtschaft mehr Beschäftigte als die Automobilindustrie und erwirtschaftet einen höheren Umsatz als die Elektroindustrie oder der Maschinen- und Anlagenbau. Der Sektor beschäftigt mehr als 1,3 Millionen Menschen, umfasst rund 185.000 Betriebe und erzielt einen jährlichen Umsatz von 181 Milliarden Euro. Die volkswirtschaftliche Bedeutung dieser Branche ist sogar höher als die bloßen Zahlen vermuten lassen, da die Branche einen überproportionalen Beitrag zur Ausbildung und Qualifizierung leistet. Außerdem sind die Betriebe der Forst- und Holzwirtschaft meist in ländlichen strukturschwachen Gebieten angesiedelt und dort ein entscheidendes Standbein der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Nun werde ich Ihnen doch anhand einiger Zahlen und Tabellen erläutern, wie sich die Märkte in den letzten Jahren im Bereich der Holzwirtschaft entwickelt haben, um zu belegen, dass es sich bei der Holzwirtschaft um eine wirkliche Wachstumsbranche handelt.

Wir haben hier den Strukturwandel der deutschen Sägeindustrie (Abb. 1).

Wir haben 1950 mehr als 10.000 Betriebe gehabt. Diese Zahl hat sich dramatisch reduziert auf im Jahr 2002 rund 3000 Betriebe. Wir haben ein Einschnittsvolumen Schnittholzproduktion in Deutschland in Millionen m³ von ca. 9 Millionen und sind jetzt bei nur noch 30% der Produktionseinheiten angelangt, bei 17 Millionen. Man kann also sehen, dass eine deutliche Konzentration in unserer Branche stattgefunden hat – insbesondere von 1950 bis 1980 war das am dramatischsten. Da haben erstmalig schon die Nadelholzsägewerke ihre Technologien umgeändert.

trend_d1

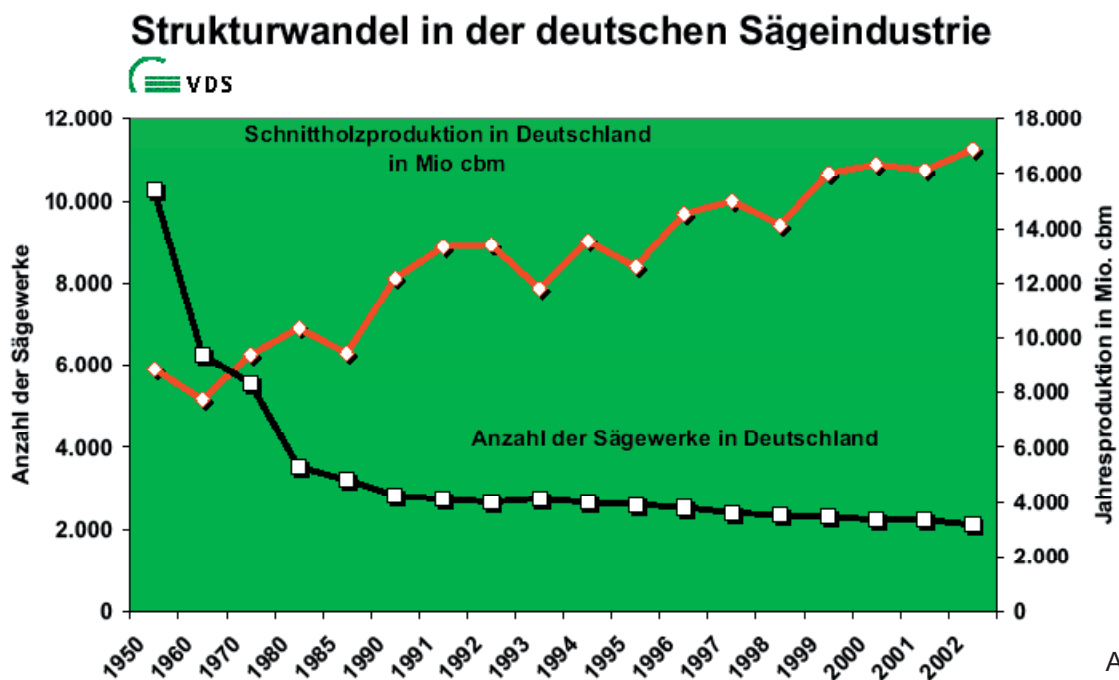


Abb. 1

Auf der anderen Seite haben wir den Auftragseingang als Volumenindex. (Abb. 2) Die obere Linie belegt die Auslandnachfrage. Wenn sie die Gesamtnachfrage sehen, hat sie sich in 5,5 Jahren mehr als verdoppelt. Sie ist von 70 auf 150 angestiegen. Extrem exorbitant ist hier wieder der Export, der sich nahezu verdreifacht hat. Vielleicht kann man hier unterstellen, dass die Linie, die mehr oder weniger den Inlandsbereich anbelangt und die mittlere Linie, dass hier die Kurven nadelholzdominiert sind, wogegen der Laubholzbereich eher in dem exportorientierten Absatz zu suchen ist.

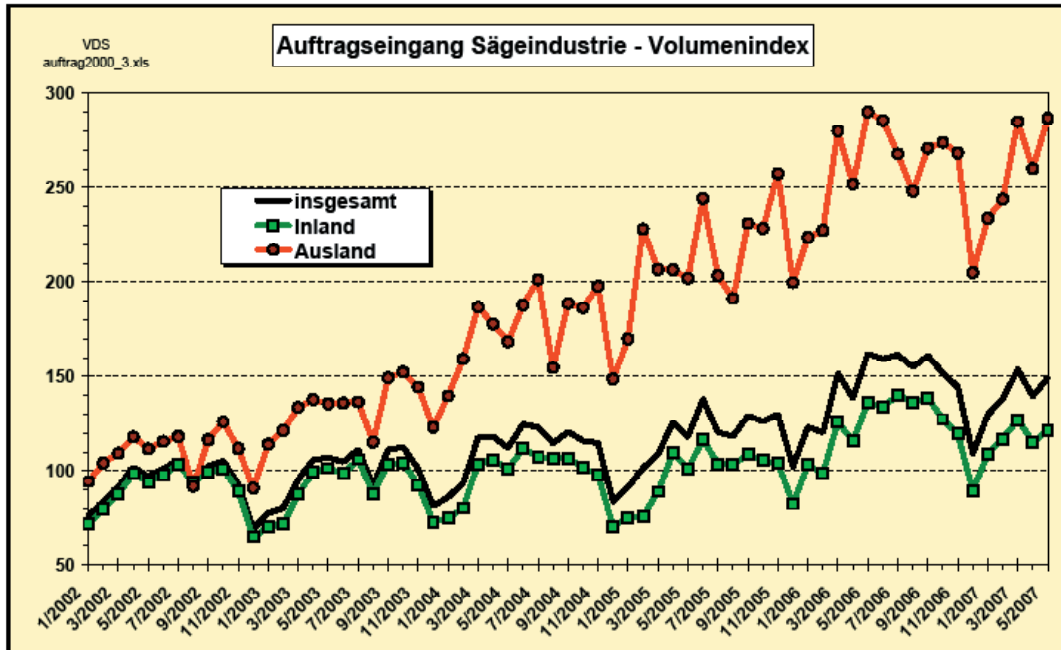


Abb. 2

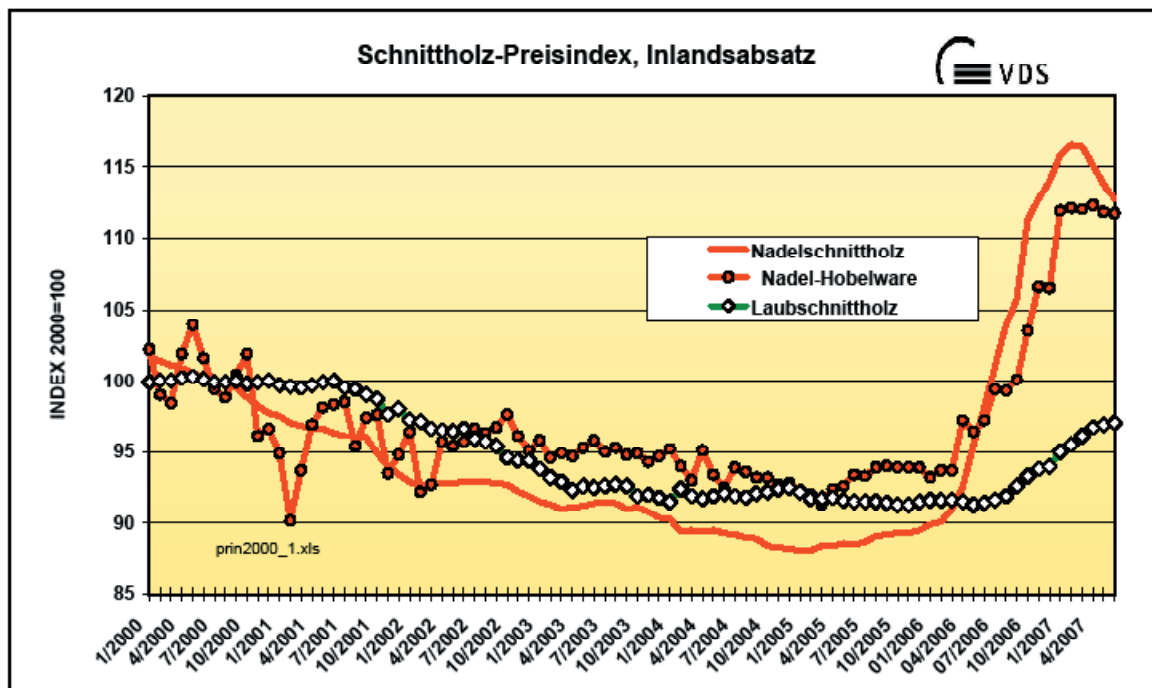


Abb. 3

Wir haben nun den Schnittholzpreisindex. (Abb. 3)

Die gepunktete Linie ist der Laubholzbereich, er ist in den Jahren ab 2000 leicht abgesunken. Das kann man erklären: Sie alle wissen, dass wir Ende der 90er Jahre diesen Buchenboom hatten. Die Konjunktur hat sich nun deutlich abgekühlt. Daher eine leichte Bewegung nach unten. Wir sehen aber seit 2006, dass es mit dem Laubholz wieder nach oben geht, wobei die Eiche hier wieder reinspielt. Man kann bei der relativ homogenen Kurve – im Vergleich zum Nadelholz – feststellen, dass die verschiedenen Laubholzarten in der Lage sind, sich mehr untereinander auszugleichen. Während im Nadelholzbereich eher stärkere Schwankungen zu verzeichnen sind.

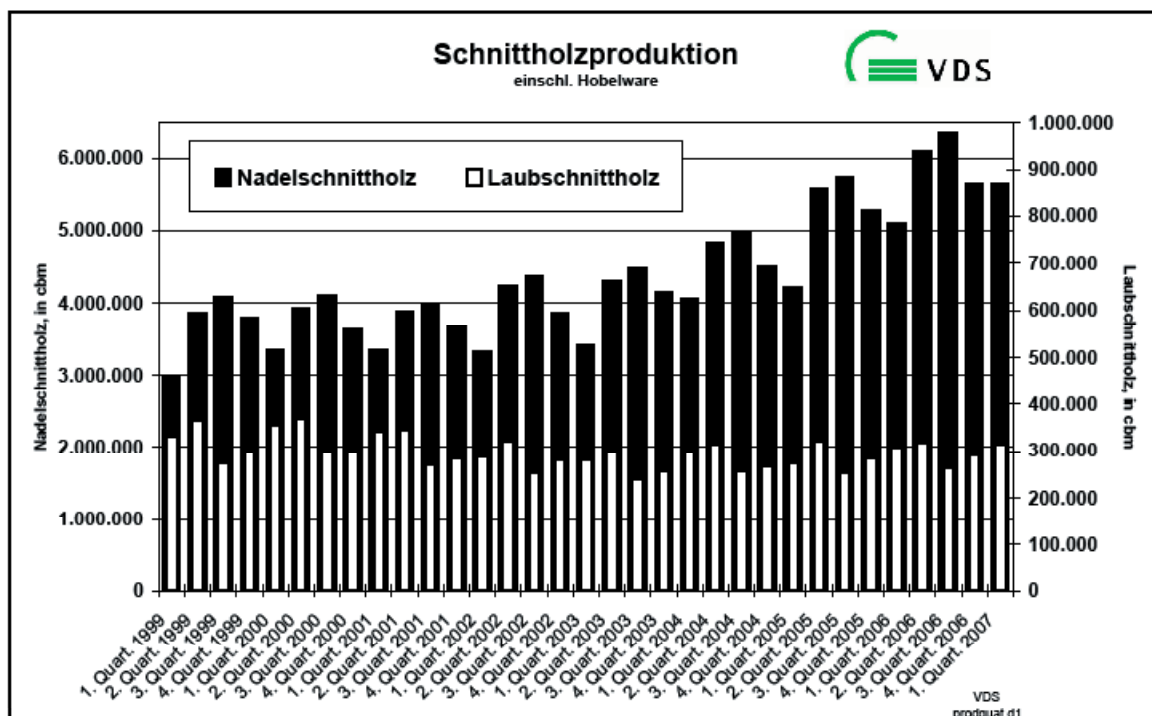


Abb. 4

Die Schnittholzproduktion (Abb. 4) Laub und Nadelholzbereich. Laubholz sehr konstant (Quartalszahlen). Wenn man sich überlegt, dass wir 2002 bei der Gesamtproduktion von Laub- und Nadelholz bei 17 Millionen waren, sind wir jetzt 2006 nur allein im Nadelbereich bei 22 Millionen. Deutlicher kann man eine Wachstumsbranche nicht darstellen.

Ich könnte sie jetzt noch stundenlang mit Zahlen überfordern. Aber ich denke, die Zahlen die ich jetzt gezeigt habe, sprechen eine deutliche Sprache. Es ist einfach so, dass aus dem Überflussprodukt Holz ein knappes Gut geworden ist und es ist an der Zeit einen konstruktiven Dialog zu beginnen, um eine Strategie zur Ressourcenverfügbarkeit zu beginnen.

Ressourcenverfügbarkeit – da tritt natürlich ein klassischer Konflikt ein – da wir ja in Deutschland alles gerne schwarz oder weiß sehen – oder vielleicht sogar in diesem Fall grün. Hier tritt die Frage in das Spannungsfeld zwischen den Anspruch, soviel Natur wie möglich zu belassen und dem Gebot wirtschaftlich zu agieren. Da erlauben Sie mir einen kleinen Exkurs in die ökologische Disziplin Fachbereich Forst- und Holzwirtschaft. Der Forst und die Senkenwirkung durch Bewirtschaftung. Naturwälder, sogenannte Urwälder z. B. Wälder des Amazonas befinden sich idealerweise in einem

Gleichgewichtszustand, in dem sich die Bindung und Freisetzung von Kohlenstoff in Form von CO₂ die Waage halten. In diesen Wäldern ist der Kohlenstoffspeicher aufgefüllt, es kann der Atmosphäre kein zusätzliches Kohlendioxid mehr entzogen werden. Diese Wälder sind deshalb kein Beitrag zur Senkung von Kohlendioxid, sind aber aus Gründen ihrer Seltenheit und Schönheit durchaus schützenswert. Die Wirtschaftswälder Europas hingegen können eine dauerhafte Senkungswirkung von Kohlendioxid entfalten, aber nur und ausschließlich durch die in jeder Beziehung nachhaltige Bewirtschaftung des Waldes und Nutzung des Holzes.

Zu diesen wissenschaftlichen Tatsachen im Widerspruch hat ein sogenannter Expertenworkshop stattgefunden, initiiert durch das Bundesamt für Naturschutz im Mai 2007. Der folgendes grob skizziertes Fazit getroffen hat: *Rotbuchenwälder sind eines der global am stärksten bedrohten Ökosysteme. Daher müssen folgende Wälder aus der stofflichen Nutzung genommen werden: In öffentlichem Eigentum befindliche Rotbuchenbestimmte Wälder von mehr als 1000 ha Größe, rotbuchenbestimmte Wälder von mindestens 200 ha Größe, die älter als 140 Jahre alt sind, grundsätzlich alle waldbestandenen Naturschutzgebiete, sofern nicht spezielle Schutzziele dagegen sprechen. Außerdem generelle Aufhebung der Verkehrssicherungspflicht in Wäldern, Umsetzung verbindlicher und überprüfbarer Naturschutzstandards für die Bewirtschaftung von Rotbuchenwäldern außerhalb von Schutzgebieten und die Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes und Bundeswaldgesetzes.* Da gibt es noch mehr Punkte, aber da mussten Sie vielleicht auch darüber schmunzeln. Vielleicht braucht sich ja der eine oder andere kommunale Waldbesitzer keine Sorgen mehr zu machen, weil er ja schlichtweg - ich sag das mal so „enteignet“ worden ist.

Dass es diesem Expertenteam ernst ist, das zeigt der kürzlich eingebrachte Änderungsantrag des Bundesnaturschutzgesetzes. Es sollte eine Konkretisierung aufgenommen werden, mit der eine Beispielaufzählung, welche Maßnahmen eben doch genehmigungspflichtige Objekte direkt oder an FFH-Gebiete (Fauna-Flora-Habitat-Gebiete) angrenzende Wälder sein könnten. Darunter wird der Einschlag von Holz in größeren Mengen erwähnt. Dies ist aus meiner Sicht nicht nur völlig unverständlich, sondern auch sachlich unhaltbar und nicht angemessen. Welche Maßnahmen konkret mit dieser vagen Formulierung „größere Mengen“ gemeint sind, ist nicht definiert und lässt einen Spielraum für nahezu willkürliche Auslegung. Im Übrigen möchte ich dann die Politik sehen, die uns immer erzählt, dass sie permanent am Bürokratieabbau arbeitet. Stellen Sie sich einmal vor, Sie machen einen Einschlag von 50 Festmetern – das könnte dann ja auch schon eine größere Menge sein. Das melden Sie dann erst einmal an. Das durchläuft erst einmal ein Genehmigungsverfahren. Vielleicht wenn Sie Glück haben, bekommen Sie dann auch die Genehmigung dazu. Dadurch entstünde auch für die Forstbetriebe und Waldbesitzer eine unerträgliche Rechtsunsicherheit, die sich entsprechend negativ auf die Versorgung der Holzverarbeitenden Betriebe auswirken würde, natürlich auch hier in Brandenburg. Es ist letztlich dem Schulterschluss des deutschen Forstwirtschaftsrates und des Deutschen Holzwirtschaftsrates zu verdanken, dass dieser Vorstoß der Verwaltung zumindest vorerst gestoppt wurde.

Natürlich nimmt die Holzindustrie mit großem Interesse die Reform der Landesforstverwaltung in den jeweiligen Bundesländern wahr. Uns beschäftigt insbesondere die Diskussion bzw. das Voranschreiten der Reform der Brandenburgischen Landesforstverwaltung. Insofern ist es auch für mich sehr schade, dass Herr Scherer uns heute zu diesem Thema nicht etwas Neues hat berichten können. Aus der Sicht der Holzindustrie sind bei dieser Reform fünf Grundbedingungen zu berücksichtigen, will man die Reform zum Erfolg führen:

- Grundversorgung mit Holz
- planbare Holzversorgung
- schnelle und flexible Teilnahme am wirtschaftlichen Marktgeschehen
- Trennung von Hoheit und Wirtschaft
- Effiziente und marktkonforme Holzmobilisierung mit einhergehender Unterstützung privatwirtschaftlicher Initiativen

Ich wünsche den Akteuren bei dieser Reform ein gutes Gelingen und eine glückliche Hand bei der Auswahl der geeigneten Mittel, dieses Land als Holzindustriestandort zu sichern und den Wald und die Forstwirtschaft in eine sichere Zukunft zu bringen.

Ein anderes Problem, das in den vorherigen Vorträgen das eine oder andere Mal angesprochen wurde, das in mittelbarem Zusammenhang mit der künftigen Holzwirtschaft steht, ist der überhöhte Wildverbiss in Brandenburg. Wir haben ein großes Verjüngungspotenzial im Durchschnitt der Flächen 7700 Pflanzen pro Hektar, welche allerdings nach drei Jahren durch Wildverbiss auf etwa die Hälfte reduziert worden sind. Jagdgesetzliche Änderungen und ein Umdenken bei Jägern und Flächeneigentümern sind hier längst überfällig.

Erhebungen aus jüngster Vergangenheit haben uns deutlich vor Augen geführt, dass es sich bei dem Forst- und Holzcluster in Brandenburg mit mehr als 15.000 Arbeitsplätzen um einen wirtschaftlichen Riesen handelt insbesondere hier im ländlichen Raum. Dass es sich außerdem um eine Boombranche handelt, konnte ich Ihnen anhand einiger Zahlen darstellen. Doch all diese positiven Signale dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Rahmenbedingungen durch die Politik gesetzt werden und wenn auf Seiten der Politik die Erkenntnis vorherrscht, dass eine nachhaltige forstliche Bewirtschaftung unseres Wirtschaftswaldes den Klimaschutz nicht ausschließt, werden wir auch weiterhin einen guten Weg beschreiten. Darüberhinaus stellt der Wald ein Vermögen dar, das konnten wir bereits dem Vortrag von Herrn Simon entnehmen. Deshalb ist es für mich unverständlich, dass einige Kommunen danach streben diese Vermögen zu veräußern oder zu verpachten. Umgekehrt, und das war bei meinem Vorredner Herrn Stahl sehr schön zu hören, könnte ein Schuh daraus werden: Die Kommune pachtet oder kauft zu ihrem eigenen Wald fremde Wälder hinzu oder geht andere Kooperationen ein, um an der Wertschöpfungskette teilzuhaben ohne ihr Eigentum aufgeben zu müssen.

„Wir haben den Mond erobert, aber wir stehen wie hilflose Kinder vor den sterbenden Wäldern, hinter denen er aufgeht“, so das Zitat von Hubert Weinzierl auf der Einladung zur heutigen Veranstaltung. Seit Anbeginn der Forstwirtschaft hat diese immer wieder Rückschläge in ihren Aktivitäten durch Kalamitäten hinnehmen müssen und realistischere muss konstatiert werden, dass Naturkatastrophen auch unsere Wälder zunehmend betreffen werden. Aber es wäre in meinen Augen fatal zu glauben, dass ein sich selbst überlassener Wald automatisch gesundet. Kranke Patienten müssen medizinisch behandelt werden, um ihnen die Möglichkeiten zu geben wieder gesund zu werden und ich denke gleiches gilt für unseren Wald auch. In diesem Sinne wünsche ich der Veranstaltung ein gutes Gelingen.

Die Entwicklung des Stadtforstes Nauen von der Bürde zur verlässlichen Wirtschaftsressource der Gemeinde

Ilona Moritz

Fachbereichsleiterin Ordnung und Sicherheit
Stadt Nauen

1. Ausgangslage mit wirtschaftlichen Folgen

Im Jahre 1994 wurde der Stadt Nauen durch die spätere Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) der größte Teil (84 %) des ehemaligen Stadtforstes in einem Umfang von 1.033 ha rückübertragen. Der Rest, eine Vielzahl von Bodenreformflächen, befinden sich als Splitterflächen in Gemengelange mit dem Stadtwald.

Der Stadtforst verfügt für Brandenburger Verhältnisse über sehr gute Bodenverhältnisse und über einen hohen Artenreichtum in seiner Bestockung.

47 % aller Flächen sind mit Laubbäumen, 35 % mit Laub- und Laubnadelmischbeständen bestockt. Auffällig sind jedoch die unübersehbaren Folgen durch Raubbau in den Nachkriegsjahren, die deutlich werden in einem überdurchschnittlichen Anteil der Altersklassen II (30-39 Jahre) und III (40-59 Jahre) zu verzeichnen sind, sowie einem hohen Anteil an Problemflächen durch abgängige Pappel- und Fichtenbestände.

Mit der Rückübertragung waren zwei Waldarbeiter vom Amt für Forstwirtschaft übernommen worden. Zur Realisierung der Aufgaben von Betriebsleitung und Vollzug kam es zum Abschluss eines Vertrages „Tätige Mithilfe“ in Form des so genannten „Rund-um-sorglos-Paketes“ mit dem Amt für Forstwirtschaft.

Die kaufmännische und forsttechnische Gesamtverantwortung wurde anfänglich über ein Stellenvolumen von 50 % und nach Maßnahmen der Personalreduzierung von zuletzt (2004) 15 % einer Volltagsstelle wahrgenommen.

Im Jahre 2004 konnte die Stadt Nauen wieder über 10 Jahre eigener Waldbewirtschaftung zurück blicken. Die anfängliche Lust am eigenen Wald hatte sich zur ungeliebten Last entwickelt.

Der Stadtforst musste jährlich trotz Förderung mit 50.000 € bezuschusst werden, wodurch in 10 Jahren rund 500.000 € Haushaltsmittel verbraucht worden waren.

Diese Ausgabestelle konnte die inzwischen aus anderen Gründen hoch verschuldete Gemeinde sich nicht mehr leisten, immerhin gehört die Waldbewirtschaftung nicht unbedingt zum Kerngeschäft einer Gemeinde. Da selbst die Unterhaltung einer Jugendfeuerwehr als zum damaligen Zeitpunkt freiwillige Aufgabe der Stadt durch das zuständige Ministeriums angelastet worden war, stand fest, so geht es nicht weiter.

Rufe aus der Stadtverordnetenversammlung zum Verkauf der Liegenschaft oder Vorschläge aus der Verwaltung, den Wald sich selbst zu überlassen, konnten doch wirklich nicht die einzigen Alternativen sein!

2. Der Wendepunkt

Im Zuge einer Neuorganisation wurde die Waldbewirtschaftung dem Fachbereich Ordnung und Sicherheit zugeordnet mit der ersten Aufgabenstellung, ein Leistungsverzeichnis für die Waldarbeiter, deren Eingliederung in eine zur Gründung vorgesehene städtische Dienstleistungsgesellschaft vorgesehen war, zu erarbeiten.

Aufgrund völliger fehlender Kenntnisse zum Aufgabengebiet führten insbesondere Gespräche mit außen stehenden Fachleuten nicht nur zu einem ersten minimalen Überblick über Rechtsgrundlagen, Aufgaben und Strukturen in der Waldbewirtschaftung, sondern auch auf die Ursachen der bisherigen unbefriedigenden Wirtschaftsergebnisse

Als eine wesentliche weitere Hilfe erwiesen sich der zur rechten Zeit in der Eberswalder Forstlichen Schriftenreihe erschienene 10. Band, „Kommunalwald in Brandenburg“ sowie weitere Publikationen des Landes, des Städte- und Gemeindebundes sowie des Waldbesitzerverbandes. Hierdurch

gelang es, dem Vertragspartner Amt für Forstwirtschaft die richtigen Fragen zu stellen, um die Ansatzpunkte für eine Kehrtwende in der Bewirtschaftung zu ermitteln.

Folgende Ursachen wurden in einer anschließenden Analyse¹ herausgearbeitet:

1. ein fehlendes unternehmerisches Selbstverständnis der Gemeinde, mangelnde Gewinnorientierung und das Fehlen einer Identifikation mit dem Wald in der Führung (Wald wurde eher im Sinne einer sehr großen Grünfläche verwaltet)
2. zu hohe Personalkosten² für die Waldarbeiter im Verhältnis zu der bewirtschafteten Fläche und zum erzielten Betriebsergebnis.
3. eine mangelhafte Organisation des Waldarbeitereinsatzes, insbesondere hervorgerufen durch die geteilte fachliche Anleitung durch den Revierförster und durch das dienstliche Unterstellungsverhältnis zum damaligen Bauhofleiter
4. eine unzureichende und unflexible Hiebsauslastung von 75 %³
5. keine im Verhältnis zur Vergütung stehende Abforderungen von Leistungen aus dem Vertrag Tätige Mithilfe⁴, d.h. es wurde nur das geplant und umgesetzt, was das Amt für Forstwirtschaft zuvor vorgeschlagen hatte. Dass das Amt für Forstwirtschaft bei der Umsetzung der Maßnahmen zuerst die eigene Interessenlage berücksichtigte und darüber hinaus ein Konkurrent am Markt darstellte, kann man dem AfF nicht vorwerfen. Die Stadt pflegte zum Vertragspartner AfF eine eher blinde und naive Vertrauensseligkeit.

Neben der Ursachenforschung hat die Verwaltung gleichzeitig, um der leidigen Diskussion hinsichtlich des Verkaufes des Waldes ein Ende zu bereiten, ein Markterkundungsverfahren zum Verkauf in Gang gesetzt, welches glücklicherweise - der Forst befindet sich abgesehen von der staatlichen Bewirtschaftung in der DDR seit dem frühen 14. Jahrhundert⁵ im Eigentum der Stadt - mit einem sehr ernüchternden Resultat endete. Der Ertrag wäre geeignet gewesen, nur vorübergehend eines der Haushaltslöcher zu stopfen. Er stand in keinem Verhältnis zu den in den letzten 10 Jahren verbuchten Zuschüssen.

Die Entscheidung⁶ für die kommunale Waldbewirtschaftung unter neuen Vorzeichen fiel daher leicht und einhellig. Gleichzeitig ging an die Verwaltung der Auftrag, ab dem folgenden Jahr ein positives Betriebsergebnis zu erreichen, die Waldarbeiter in die stadteigene Gesellschaft DLG mbH (hervorgegangen aus dem früheren Bauhof) zu überführen und den Vertrag tätige Mithilfe kritisch zu überprüfen und regelmäßig über den Erfüllungsstand Bericht zu erstatten.

3. Die Umsetzung

Im Jahr 2005 wurden die zwei Waldarbeiter in die neu gegründete DLG mbH überführt. Sie pflegen jetzt die städtischen Grünanlagen.

Die Arbeit im Wald erledigen seit dem vornehmlich Unternehmer aus der Region. Die Holzernte erfolgte zunächst bis auf die Werbung von Wertholz über Selbstwerber, der Anteil an Holzwerbung in Eigenregie hat aufgrund der höher erzielbaren Wertschöpfung inzwischen deutlich zugenommen. Der Hiebsatz wurde erfüllt, die positive Entwicklung auf dem Holzmarkt hat diese Entwicklung stark unterstützt.

Das Ziel, ein positives Betriebsergebnis zu erreichen, wurde bereits im ersten Jahr nach dem Wendepunkt problemlos erreicht. Es lag für

2005: bei 14.500 € mit FM; bei 2000 € ohne FM

Diese erste positive Entwicklung konnte verstetigt und verbessert werden.

Hierzu haben eine Reihe weiterer Maßnahmen beigetragen:

1. Die Festlegung der Ziele der Waldbewirtschaftung durch die StVV⁷
 - o Entwicklung des Stadtforstes zu einer verlässlichen und zukunftsorientierten Wirtschaftsressource
 - o Betreibung einer naturnahen Waldwirtschaft durch den Einsatz von standort-, klima- und waldfunktionsgerechten Baumarten unter vordergründiger Ausrichtung auf

Wertholzproduktion

- o Jagd als notwendiges Steuerungsmittel einer naturnahen Bewirtschaftung, die Jagdpachteinnahme als positiver Mitnahmeeffekt
- o Die grundsätzliche Auslastung des Hiebsatzes - Verschiebungen in den Sortimenten aufgrund abweichender Nachfrage am Holzmarkt sind in einem 10-Jahresrhythmus auszugleichen
- o Erhalt des Lebensraumes Wald, Beachtung der Schutzvorschriften der ausgewiesenen Waldgebiete innerhalb des LSG „Nauen- Brieselang- Krämer“ und der Erhaltungsziele des FFH – Gebietes Leitsackgraben
- o Erhaltung des Bestandes der vorhandenen Naherholungspotentiale ⁸
- o Einrichtung eines Naturfriedhofes ⁹

2. Der Vertrag tätige Mithilfe mit dem Amt für Forstwirtschaft wurde gekündigt und die Ingenieurleistungen neu ausgeschrieben. Der Markt ist voll von jungen gut ausgebildeten, leistungsfähigen und hoch motivierten Fachkräften.

Seit Jahresbeginn erbringt ein privater Forstdienstleister, dessen wirtschaftlicher Erfolg eng mit dem Erfolg der Waldbewirtschaftung in der Kommune verbunden ist, eine sehr gute Arbeit.

3. Die Zusammenarbeit mit den Pächtergemeinschaften des Eigenjagdbezirkes wurde intensiviert. Seit 2005 finden jährlich mit den Mitgliedern der Jagdpachtgemeinschaften und Vertretern der Angliederungsgenossenschaft Gesprächsrunden statt. Hierbei geht es der Stadt besonders um die bessere Nutzung der gut vorhandenen Potentiale an Naturverjüngung, insbesondere über die Einflussnahme auf die Abschussplanung des Reh- und Dammwildes, die Einführung eines Verbiss-Monitorings und des körperlichen Nachweises, des Nachweises der Gatterkontrollen, der Mithilfe bei der Feststellung von Schädlingsbefall, Müllmeldungen und neuerdings der Diskussion eines neuen Jagdkonzeptes für die 2008 neu zu vergebende Jagd.

Die Jäger haben durch Ihre Mitwirkung entscheidend dazu beigetragen, dass jahrelang zum Nachteil der Stadt praktizierte, „unerlaubte Holzentnahmen“ aufgeklärt werden konnten.

4. In diesem Jahr wurde aufgrund des Mangels vernünftiger Planungs- und Arbeitsunterlagen und zur Überprüfung des jährlichen Hiebsatzes eine Forsteinrichtung in Auftrag gegeben.

5. Der offene Umgang mit den Fehlern aus der Vergangenheit, die regelmäßige Information der Stadtverordneten, u.a. auch über Exkursionen, die Beteiligung von interessierten Abgeordneten bei der Personalauswahl des Stadtförsters oder der Auswahl des Forsteinrichters hat Interesse geweckt und neues Vertrauen geschaffen. Inzwischen kauft die Stadt ehemalige Splitterflächen ¹⁰ von Privaten wieder auf, um eine effektivere Waldbewirtschaftung zu ermöglichen.

6. Im Stadtforst werden bereits zum dritten Mal Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung für arbeitslose Feuerwehrkameraden geschaffen. So konnten aus dem Stadtwald ca. 100 Stück rustikale Bänke für die Freizeitanlagen des Ortes hergestellt, ein „Grünes Klassenzimmer“ eingerichtet, das Freischneiden von Feuerwehrzufahrten und Löschbrunnen umgesetzt werden. Zugleich konnten die Kameraden ihre Fertigkeiten im Umgang mit der Kettensäge verbessern.

7. Da fast ausschließlich nur noch Leistungen durch Unternehmer erbracht werden, wird der Regiebetrieb ab 2007 regelbesteuert.

8. Vorhandene Problemflächen sind als Umwandlungsflächen für Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen angeboten worden. Hierdurch konnten 2007 auf 16,4 ha Kunstverjüngung, zusätzlich¹¹ und ohne städtisches Geld zu verausgaben, realisiert werden.

2007 rechnet die Stadt mit einem Betriebsergebnis von 75.000 € ohne FM (72,6 €/ha), wobei seit Jahren stark vernachlässigte Leistungen wie Wegebau und umfassende Maßnahmen der Verkehrssicherung erstmals wieder angegangen worden sind. Der Hiebsatz ist erstmalig mit 5 Efm/ha/a überschritten worden.

Eine weitere Erfahrung ist die, dass derjenige gut beraten ist, der sich in seiner Wirtschaftsplanung nicht auf das Fließen von Fördermitteln verlässt. Dennoch ist nicht zu begreifen, weshalb die Landesregierung bisher offensichtlich nicht im Stande ist, zeitgerecht eine Förderrichtlinie zu verabschieden, um bereit stehende EU-Mittel ins Land fließen zu lassen.

Mit der wirtschaftlichen Nutzung des Waldes hat die Stadt auch einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und Beschäftigung in der Region geleistet.

In diesem Wirtschaftsjahr waren und sind im Stadtforst 18 Unternehmen der Holz- und Forstwirtschaft oder andere Dienstleistungsunternehmen zu Gange, neben den Großen der Branche wie Kronotex GmbH/ Kronoply GmbH auch 12 Unternehmen aus der unmittelbaren Region¹².

Auch das ist ein Erfolg!

Der Personalaufwand in der Sachbearbeitung hat sich von 0,15 % einer Vollzeitstelle vor der Aufgabenübernahme durch den Fachbereich Ordnung und Sicherheit mit jetzt 0,32 % einer Vollzeitstelle¹³ zwar verdoppelt, dieser Mehraufwand hat sich angesichts der Entwicklung des wirtschaftlichen Ergebnisses und der nicht in Geld ausgedrückten Leistungen des Waldes für die Allgemeinheit aber voll gelohnt.

4. Fazit:

1. Die Zielsetzung des BbgWaldG für den Körperschaftswald, dem Allgemeinwohl im besonderen Maße zu dienen, kann längerfristig nur mittels der Nutzung aller wirtschaftlichen Potentiale unter Beachtung der Nachhaltigkeit erfüllt werden. Der wirtschaftliche Erfolg prägt im besonderen Maße das Eigentümbewusstsein der Gemeinde und sorgt dadurch langfristig für den Erhalt des Waldes einschließlich der Sicherung seiner Schutz- und Erholungsfunktion.
2. Die kommunale Verwaltung muss ihrer forsttechnischen und kaufmännischen Gesamtverantwortung gerecht werden. Hierzu bedarf es einer Begegnung gegenüber Fachleuten in Augenhöhe. Das setzt jedoch ein gewisses Maß an Grundkenntnissen voraus. In dieser Frage besteht ein dringender Bedarf an Schulungs- und Informationsangeboten.

¹ Vergl. Konzept „Varianten zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Stadtforstes“, Informationsveranstaltung der StVV Nauen am 13.09.2004

² Lohnkosten inkl. Lohnnebenkosten betragen 2004 insgesamt 61.798 €

³ Hiebsatz von 3,13 Efm/ha/a (jährlich 3.232 Efm) bei 5,64 fm jährlichem Zuwachs

⁴ Kosten 2004 inkl. Waldarbeiterlohnrechnung und Holzverkaufshilfe in Höhe von 20.568 €

⁵ Dr. Ernst Georg Bardey, Geschichte von Nauen und Osthavelland, Rathenow 1892, S.14:

„Der Markgraf Waldemar befand sich nämlich im August 1315 persönlich zu Nauen und schenkte bei dieser Gelegenheit der Stadt und der Bürgerschaft das Holzungsrecht in den zwischen dem Brieselang und dem Zootzen gelegenen Lüchern und Wäldern.“

⁶ Beschlüsse der StVV Nr. 158-1 vom 02.11.2004 über Maßnahmen zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit des Stadtforstes und Nr. 284/2005 vom 17.08.2005, Entscheidung zum Markterkundungsverfahren Verkauf Stadtforst und Festlegung zur Durchführung eines Markterkundungsverfahrens für die Vergabe von Betriebsleitung und Betriebsvollzug

⁷ Beschluss StVV vom 31.05.2006 (DS-Nr. 158-3), Festlegung von Zielsetzungen der Waldbewirtschaftung für den Stadtforst im Zuge der Neuvergabe von Betriebsleitung und Betriebsvollzug ab 01.01.2007

⁸ Bürgermeisterdenkmal von 1899, Schwedenschanze, Radwanderweg nach Stolpshof und MAFZ Paaren/ Glien

⁹ Beschluss StVV vom 27.04.2005 zur Errichtung eines Naturfriedhofes (DS-Nr.233)/ Eröffnung voraussichtlich 1.1.2008

¹⁰ Ankäufe 2007: 4 Flächen, insgesamt 3,2072 ha/ 3.353,60 €

¹¹ Pflanzung durch Stadt 2007: 4,3 ha Dgl, KüTa mit 13.853 €/ keine Förderung

¹² Umkreis 50 km

¹³ Unter Bedingung Haustarifvertrag bei 36 h/ Woche 0,35 %